

Die Eheschließung in der Justizvollzugs- anstalt unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung des Gefangenen

**Eine vollzugskundliche Analyse von 67 Eheschließungen in den
Vollzugsanstalten des Landes Hessen**

**Inaugural - Dissertation
zur
Erlangung der juristischen Doktorwürde
des Fachbereichs Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**

**vorgelegt von
Jochen Bengsohn
Rechtsreferendar aus Kassel**

Marburg 1975

Die Eheschließung in der Justizvollzugs- anstalt unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung des Gefangenen

**Eine vollzugskundliche Analyse von 67 Eheschließungen in den
Vollzugsanstalten des Landes Hessen**

Inaugural - Dissertation
zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde
des Fachbereichs Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von
Jochen Bengsohn
Rechtsreferendar aus Kassel

Marburg 1975



Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften
angenommen am: 4. Februar 1975
Berichterstatter: Prof. Dr. Hupe
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Dr. Ehrhardt
Tag der mündlichen
Prüfung: 10. Februar 1975

Meinen Eltern

V o r w o r t

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Erich Hupe, möchte ich für die wertvolle Betreuung in menschlicher und fachlicher Hinsicht danken. Seine zahlreichen Hinweise und die stets gewährte freundschaftliche Unterstützung haben die Arbeit erst ermöglicht.

Besonderer Dank gilt auch Herrn Professor Dr. Dr. Helmut Ehrhardt, der aus seiner forensischen Praxis unentbehrliche Anregungen gab.

Herrn Professor Dr. Reinhard von Hippel danke ich für seine großzügige Unterstützung. In schwierigen Situationen stand er mit Rat und Tat zur Seite.

Der Hessische Minister der Justiz erteilte die notwendige Erlaubnis für die Untersuchungen innerhalb der Anstalten. Ich danke Herrn Ministerialrat Dr. Dahlke für seinen besonderen Einsatz.

Ohne die ständige Mithilfe der Anstaltsleiter und des Personals wären wertvolle Erkenntnisse verborgen geblieben. Ihnen sei an dieser Stelle ebenfalls gedankt.

InhaltsverzeichnisSeite

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

1	<u>Einleitung</u>	1
2	<u>Normativ-historischer Teil</u>	3
21	Die allgemeine Rechtsstellung des Gefangenen	3
211	Die Natur des Vollzugsrechtes	3
212	Vollzug als Justizverwaltung	4
213	Der Strafvollzug als sogenanntes "besonderes Gewaltverhältnis"	9
2131	Der Begriff des "besonderen Gewaltverhältnisses"	9
2132	Vollzug als sogenanntes "besonderes Gewaltverhältnis"	16
214	Die Anstalt	18
2141	Die Anstalt als Ort der Freiheitsentziehung	18
2142	Anstalt als verwaltungsrechtliches Institut	26
215	Geltung des Grundsatzes von der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Vollzug	29
2151	Bedeutungsgehalt dieses Grundsatzes	29
2152	Vorrang des Gesetzes	30
2153	Vorbehalt des Gesetzes	31
21531	Begriff	31
21532	Grundsätzliche Geltung im sogenannten "besonderen Gewaltverhältnis"	32
21533	Anforderungen an ein Gesetz im Sinne dieses Vorbehaltes	33
215331	Bei der Begründung des Vollzugsverhältnisses	33
215332	Bei der innerlichen Ausgestaltung des Vollzugsverhältnisses	34

216	Die Grundrechte des Gefangenen	37
2161	Generelle Bedeutung der Grundrechte im Vollzug	37
2162	Umfang der Grundrechte im Vollzug	38
21621	Die überkommene herrschende Meinung	38
21622	Die moderne Ansicht	41
217	Der Rechtsschutz des Gefangenen	46
2171	Formlose Rechtsbehelfe nach altem Recht	46
2172	Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach altem Recht	48
2173	Die Verfassungsbeschwerde	51
2174	Ziviler Rechtsschutz	52
2175	Schutz durch das Strafgesetzbuch	52
2176	Internationaler Rechtsschutz	52
2177	Rechtsschutz nach dem neuen Vollzugsgesetz	53
22	Das Recht auf Ehe in der Vollzugs- anstalt	55
221	Grundlagen des Eherechts	55
222	Grundsätzliche Geltung des Eherechts im Vollzug	59
223	Umfang des Eherechts im Vollzug	61
2231	Meinungsstand in der Literatur	61
2232	Die Rechtsprechung zu Nr.166 DVollzO	63
2233	Die jüngste Entwicklung in der Vollzugspraxis	68
2234	Kritik	70
224	Das Recht auf Heiratsinserate	71
3	<u>Empirischer Teil</u>	76
31	Einleitung	76
311	Untersuchungsziel	76
312	Methode	78
32	Die Eheschließung in hessischen Vollzugsanstalten	84
321	Zahlenmäßige Erfassung	84
3211	Untersuchungsgegenstand	84

3212	Zeitpunkt und Ort der Eheschließungen	85
3213	Die Heirat innerhalb eines bestimmten Straf- oder Verwahrungsabschnittes	90
322	Das Zustandekommen der Ehen	91
3221	Kontaktaufnahme vor Beginn der Freiheitsentziehung	91
3222	Kontaktaufnahme während der Freiheitsentziehung	94
32221	Kontakt durch Heiratsinserate	94
32222	Handel mit Anschriften	96
32223	Andere Arten der Kontaktaufnahme	99
32224	Vertiefung der Beziehungen	100
323	Die Trauung	104
3231	Vorbereitung der Trauung	104
3232	Die standesamtliche Trauung	109
3233	Die kirchliche Trauung	110
33	Die Ehepartner	112
331	Die Männer	112
3311	Kriminalrechtliche Gesichtspunkte	112
3312	Lebensalter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz	114
3313	Personenstand und Kinder	114
3314	Das Verhältnis zur Herkunftsfamilie	115
3315	Intellektuelle Fähigkeiten	116
3316	Schul- und Berufsausbildung	117
3317	Die finanzielle Lage	118
3318	Die physische und psychische Verfassung der Eheschließer	119
332	Die Frauen	122
3321	Kriminalität der Frauen	122
3322	Staatsangehörigkeit und Lebensalter	123
3323	Personenstand und Kinder	124
3324	Verhältnis zu den Eltern und Wohnorte	124
3325	Geistige Fähigkeiten und Ausbildung	125
3326	Die materiellen Verhältnisse	126
3327	Der Gesundheitszustand	127
3328	Die psychische Verfassung	128

34	Die Motive	129
341	Einleitung	129
342	Motive der Gefangenen	130
343	Motive der Frauen	136
35	Die Entwicklung und Auswirkungen der Eheschliessung	141
351	Während der Freiheitsentziehung	141
3511	Kommunikation der Ehepartner	141
3512	Das Haftverhalten	148
3513	Auswirkungen auf das Leben der Ehefrau	150
3514	Während der Freiheitsentziehung gescheiterte Ehen	152
3515	Auswirkungen der Heirat auf die Entlassung	153
352	Nach der Entlassung	154
3521	Formen und Ausgestaltung der ehelichen Gemeinschaft	154
3522	Nach der Entlassung gescheiterte Ehen	156
3523	Neue Straffälligkeit und Einfluß der Ehe auf die Wiedereingliederung	157
4	<u>Wertungen und zusammenfassende Ergebnisse</u>	161
41	Die Eheschließung der Gefangenen im Rahmen der Vollzugsreform	161
42	Kontrolle und Einflußnahme bei der Kontaktaufnahme	161
421	Zweckmäßigkeit der Maßnahmen	161
422	Rechtliche Zulässigkeit des Eingriffs	162
43	Die Möglichkeit des Eheverbots im Vollzug	163
431	Fragestellung	163
432	Absolutes Eheverbot als Verfassungsverstoß	164
433	Eheverbot aus Gründen der Sicherheit und Ordnung	164
434	Eheverbot zur Sicherung und Behandlung	165
435	Eheverbot bei "Zweck-Heiraten"	167

44	Förderung des Ehevorhabens und des Ehevollzuges bei besonderer Eignung der Partner	168
45	Ausgestaltungsmöglichkeiten für die Trauung	170
451	Vermeidung von Haftschäden	170
452	Trauungszeremonie im Hinblick auf einen leistenden Behandlungsvollzug	170
46	Beratende Funktion des Personals und anderer Beteiligter	172
461	Während der Freiheitsentziehung	172
462	Nach der Entlassung	173

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
AE	Alternativentwurf
Anm.	Anmerkung
AÖR	Archiv für öffentliches Recht
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Bay.VGH	Bayrischer Verwaltungsgerichtshof
Bd.	Band
bzw.	beziehungsweise
bG	besonderes Gewaltverhältnis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZE	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Barmer Kommentar zum Grundgesetz
BSHGes.	Bundessozialhilfegesetz
BVerfGer	Bundesverfassungsgericht
BVerfGerE	Entscheidungen des Bundesverfassungs- gerichtes
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwGerE	Entscheidungen des Bundes- verwaltungsgerichtes
ca.	circa
DAB	Dienstaufsichtsbeschwerde
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStrZ	Deutsche Strafrechtszeitung
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung für den deutschen Strafvollzug

EGGVG	Einführungsgesetz in das Gerichtsverfassungsgesetz
Eheges.	Ehegesetz
entspr.	entsprechend
Festschr.	Festschrift
Ffm	Frankfurt am Main
FRZ	Familienrechtszeitschrift
FBn.	Fußnote
GA	Goldtammers Archiv
gem.	gemäß
GenStA	Generalstaatsanwalt
GG	Grundgesetz
GR	Grundrechte
h.A.	herrschende Ansicht
HB	Handbuch
hess.	hessisch
HGO	Hessische Gefängnisordnung
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HMdJ	Hessischer Minister der Justiz
Hrsg.	Herausgeber
i.S.	im Sinne
i.w.S.	im weitesten Sinne
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVA	Justizvollzugsanstalt
JMBL.	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KrimJourn.	Kriminologisches Journal
NDR	Monatsschrift des deutschen Rechts
Ministerialerl.	Ministerialerlaß
MRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
MschKrim.	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
o.	oben
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rderl.	Runderlaß
Rdnr.	Randnummer
RegE	Regierungsentwurf
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZE	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
Schw.Z.Str.	Schweizer Zeitschrift für Strafrecht
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
StGB aF	Strafgesetzbuch in der Fassung vor dem 2. Strafrechtsreformgesetz vom 1. 1. 1975
StGB nF	Strafgesetzbuch in der Fassung nach dem 2. Strafrechtsreformgesetz in der voraussichtlichen Fassung vom 1. 1. 1975
StPO	Strafprozeßordnung
s.u.	siehe unten
subj.	subjektiv
TBC	Tuberkulose
u.	unten
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung
v.	von
VA	Verwaltungsakt
vgl.	vergleiche
Verf.	Verfassung
VerwR	Verwaltungsrecht

VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vollzges.AE	Alternativentwurf eines Gesetzes über den Vollzug von Freiheits- strafen und Maßregeln
Vollzges.RegE	Regierungsentwurf eines Gesetzes über den Vollzug von Freiheitsstrafen und Maßregeln
VollzVv	Vollzugsverwaltungsvorschriften
Vorbem.	Vorbemerkungen
VvDStl.	Veröffentlichungen von deutschen Staatsrechtslehrern
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
z.B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft
z.T.	Zum Teil

Literaturverzeichnis

- | | |
|---------------------|---|
| Altenhain | Hausstrafen im Strafvollzug -
Zulässigkeit und Grenzen.
in: GA 66, 110 |
| - | Die strafgerichtliche Recht-
sprechung zum Rechtsschutz
gegen Justizverwaltungsakte.
in: JZ 66, 16 |
| Andrae | Der deutsche Strafvollzug und
und seine reichsgesetzliche
Regelung.
Leipzig - 1920 |
| Anger | Befragung und Erhebung.
in: Handbuch der Psychologie,
Band 7, S. 567
(Hrsg. Graumann)
Göttingen - 1969 |
| Bachof | Verwaltungsakt und innerdienst-
liche Weisung.
in: Festschrift für Laforet,
S. 285
München - 1952 |
| Baumbach-Lauterbach | Kommentar zur Zivilprozeßord-
nung und zum Gerichtsverfas-
sungsgesetz.
32. Auflage - München - 1974 |
| Baumann, Jürgen | Die Dienst- und Vollzugsord-
nung vom 1.12.1961.
in: MSchrKrim. 64, 59 |
| - | Der Briefverkehr des Unter-
suchungsgefangenen.
in: DRiZ 59, 379 |
| - | u. a. Alternativentwurf eines
Strafvollzugsgesetzes.
Tübingen - 1973 |
| Beier | Die rechtliche Stellung des
Gefangenen.
Diss. Hamburg - 1950 |
| Berblinger | Die Einsamkeit in psychopatho-
logischer und sozialpsychia-
trischer Sicht.
in: Perspektiven der heutigen
Psychiatrie. S. 69
(Hrsg. H. Ehrhardt) Marburg (L) -
1972 |

- | | |
|-----------------------|--|
| Bonner Kommentar | Kommentar zum Grundgesetz
Hamburg - 1950 ff
Zit.: Bearbeiter B.K. |
| Brohm | Verwaltungsvorschriften und
besonderes Gewaltverhältnis.
in: DÖV 64, 238 |
| Bundesregierung | Entwurf eines Gesetzes über
den Vollzug der Freiheitsstra-
fen und freiheitsentziehenden
Maßregeln der Sicherung und
Besserung.
Bonn - 1973 |
| Clerc | Les Droits de Détenu
in: Schw.Z.f.Str. 77, 35 |
| Depenbrock | Erwachsenen-Strafvollzug
Diss. Bonn - 1960 |
| - | Vollzugsordnung im Strafvoll-
zug.
in: NJW 63, 89 |
| Deutscher Juristentag | Sitzungsberichte vom 48. DJT,
Band 2, N. 175 |
| Ehrenforth | Die Rechtsstellung der Gefan-
genen nach den Grundsätzen für
den Strafvollzug von Freiheits-
strafen vom Juli 1923.
Berlin - 1927 |
| Enneccerus | Lehrbuch des bürgerlichen
Rechts. Bd. 1,
bearbeitet von
Hans Karl Nipperdey
15. Aufl. - Tübingen - 1959 |
| Erman | Handkommentar zum BGB
5. Auflage - Münster - 1972 |
| Exner | Kriminologie.
3. Auflage - 1949
Berlin - Göttingen - Heidelberg |
| Fleiner | Institutionen des deutschen
Verwaltungsrechts.
8. Aufl. - Tübingen - 1928 |
| Forsthoff | Verwaltungsrecht I
Allgemeiner Teil
10. Aufl. - München 1973 und
6. Aufl. - München 1956 |

XII

- | | |
|--------------------|--|
| Geiger, Willi | Kommentar zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz.
Berlin - 1952 |
| Göppinger | Kriminologie.
2. Aufl. - München - 1973 |
| Greiffenhagen | Die wesentlichen Neuerungen der bundeseinheitlichen Dienst und Vollzugsordnung aus der Sicht des Hamburgischen Strafvollzuges.
Diss. - Hamburg - 1963 |
| Grunau, Theodor | Kommentar zur Untersuchungshaftvollzugsordnung.
2. Aufl. - Köln - 1972
Zit.: Grunau, UVollzO |
| - | Erläuterungen zur Dienst- und Vollzugsordnung.
Köln - 1972
Zit.: Grunau, DVollzO |
| - | Die rechtsstaatliche Kontrolle des Strafvollzuges.
in: ZStW 70, 501 |
| Hausen | Die Strafvollstreckung.
in: Handbuch des deutschen Gefängniswesens, S. 124
(Hrsg. Bumke) - Berlin - 1928 |
| Hasse | Vereinheitlichung der preußischen Gefängnisverwaltung.
in: DStrZ 1918 - Sp. 12 |
| Henkel | Strafverfahrensrecht.
2. Aufl. - Stuttgart -
Berlin - Köln - Mainz - 1968 |
| Hentig, v. | Strafe.
Bd. II Die modernen Erscheinungsformen.
Berlin - Göttingen -
Heidelberg - 1955 |
| Hesse, Konrad | Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland.
6. Aufl. - Freiburg - 1973 |
| Hippel, v., Robert | Der deutsche Strafprozeß.
Marburg (L) - 1941
Zit.: v.Hippel - Prozeß |

- Die geschichtliche Entwicklung der Freiheitsstrafe.
in: Handbuch des deutschen Gefängniswesens. S. 1
(Hrsg. Bunke) - Berlin - 1928
- Beiträge zur Geschichte der Freiheitsstrafe.
in: ZStW 18, 42o
- His, Rudolf Strafrecht des deutschen Mittelalters. Teil I
Leipzig - 192o
- Jacobi Die Rechtsstellung der Gefangenen
ZStW 5o, 376
- Jecht Die öffentliche Anstalt.
Berlin - 1963
- Jellinek, Walter Verwaltungsrecht.
3. Aufl. - Berlin - 1931
- Jesch Gesetz und Verwaltung.
Tübingen - 1961
- Kaiser, Günther Kriminologie.
2. Aufl. - München - 1973
- Kellner Zum Rechtsschutz im besonderen Gewaltverhältnis.
in: DÖV 63, 418
- Kern, Eduard Strafverfahrensrecht.
Bearbeitet von Claus Roxin,
11. Aufl. - München - 1972
- Gerichtsverfassungsrecht.
4. Aufl. - München - 1965
- König, René Handbuch der empirischen Sozialforschung.
Bd. 3a, 3. Auflage
Stuttgart - 1974
- Kohlrausch Kommentar zur Strafprozeßordnung.
22. Aufl. - Berlin - 193o
- Kretschmer, Ernst Körperbau und Charakter.
25. Auflage - 1967 - Berlin
Heidelberg - New York

XIV

- | | |
|---------------------------|---|
| Kriegsmann | Einführung in die
Gefängniskunde.
Heidelberg - 1912 |
| Krohne | Lehrbuch der Gefängniskunde.
Stuttgart - 1889 |
| Krüger, Herbert | Das besondere Gewaltverhältnis
in: VVDStL 15, 116 |
| Krüger, Hildegard | Die Grundrechte im besonderen
Gewaltverhältnis.
in: ZBR 56, 306 |
| Laband | Staatsrecht des Deutschen
Reiches.
5. Aufl. 1911 - 1914
Nachdruck: Aalen 1964 |
| Leisner | Die schutzwürdigen Rechte im
besonderen Gewaltverhältnis.
in: DVBl. 60, 617 |
| Liszt, v. | Das deutsche Gefängniswesen
seit 1830.
in: Handbuch des Gefängnis-
wesens, S. 166
(Hrsg. Holtzendorff-Jagemann)
Hamburg 1888 |
| Maetzel | Anmerkung zum Beschluß des
Bundesverfassungsgerichtes
vom 14.3.1972 (2 BVR 41/71) =
BVerfGerE 33,1 in: DÖV 72,765 |
| Mangoldt, v. - Klein | Das Bonner Grundgesetz.
Kommentar, 2. Auflage
Bd. 1 - Berlin 1957
Bd. 2 - Berlin 1964 |
| Mauch, Gerhard und Roland | Sozialtherapie und sozial-
therapeutische Anstalt.
Stuttgart - 1971 |
| Mauch, Gerhard | Psychotherapie im Strafvollzug
in: MSchrKrim. 64, 108 |
| Maunz, | Die verfassungsrechtliche
Gewähr von Ehe und Familie.
in: FRZ 56, 1 |
| Maunz - Dürig - Herzog | Kommentar zum Grundgesetz.
München - 1961 ff |

- Maurach Deutsches Strafrecht.
Allgemeiner Teil.
4. Aufl. - Karlsruhe - 1971
- Mayer, Otto Verwaltungsrecht. Bd.I u. III
3. Aufl. München - Leipzig -
1924
- Mayntz - Holm - Hübner Einführung in die Methoden der
empirischen Soziologie.
3. Auflage - 1971
Köln - Opladen
- Merkel, Adolf Julius Allgemeines Verwaltungsrecht.
Wien - 1927
- Mayer, Karl-Heinz Gefangenenbriefe mit straf-
barem Inhalt.
in: MDR 64, 724
- Mittermaier, Wolfgang Gefängniskunde.
Berlin - Frankfurt - 1954
- Morris, T. und Pauline Petonville. A sociological
study of an English prison.
London - 1963
- Müller - Dietz Strafvollzugsgesetzgebung
und Strafvollzugsreform.
Köln - 1970
- Verfassung und Strafvollzugs-
gesetz.
in: NJW 72, 1161
- Müller - Freienfels Ehe und Recht.
Tübingen - 1962
- Münch, v. Die freie Meinungsäußerung im
besonderen Gewaltverhältnis.
Diss. - Frankfurt - 1957
- Die Grundrechte des Strafge-
fangenen.
in: JZ 58, 73
- Nebinger Verwaltungsrecht.
Allgemeiner Teil.
2. Aufl. Stuttgart - 1949
- Nipperdey, Hans Karl Die soziale Marktwirtschaft
und das Grundgesetz.
2. Aufl. - Köln - 1961
- Perschel Die Meinungsfreiheit des
Schülers.
Berlin - 1962

- Peters, Karl Strafprozeß.
2. Aufl. - Karlsruhe - 1966
- Pfundtner - Neubert Das neue Reichsrecht.
Loseblatt-Sammlung
Berlin 1933 ff
- Quensel Strategie des kontrollierten
Wandels: Zusammengehörigkeit
zwischen Strafvollzug und
Wissenschaft.
in: KrimJournal 70, 66
- Reimer Die rechtsstaatlichen Garan-
tien im Strafvollzug.
Diss. - Hamburg - 1955
- Röhl Der Rechtsschutz des Gefan-
genen.
in: JZ 54, 65
- Rosin, Heinrich Souveränität, Staat, Gemeinde,
Selbstverwaltung.
in: Annalen des Deutschen
Reichs, 1883, S. 265
- Rupp Grundfragen zur Verwaltungs-
rechtslehre.
Tübingen - 1965
- Rupprecht, Reinhard Grundrechtseingriffe im
Strafvollzug.
in: NJW 72, 1345
- Sauer Strafvollzug und Strafvoll-
streckung.
in: ZStW 49, 533
- Schmidt, Eberhardt Kommentar zur Strafprozeß-
ordnung. Teil II
Göttingen - 1957
Zit.: Eb. Schmidt, StPO
- Einführung in die Geschichte
der deutschen Strafrechts-
pflege.
3. Aufl. - Göttingen - 1963
Zit.: Eb. Schmidt, Einführung
- Schüler-Springorum Strafvollzug im Übergang
Göttingen 1969
- Schulze Lehrbuch des deutschen Staats-
rechts.
Leipzig 1881

- Schwenk Die Rechtsstellung des Straf-
gefangenen im Strafvollzug.
Diss. - Göttingen - 1957
- Sieverts (Hrsg.) Handwörterbuch der Kriminolo-
gie.
2. Aufl. - Berlin - 1966
- Sixtl und Korte Der lerntheoretische Ansatz
in der Sozialpsychologie.
in: Handbuch der Psychologie,
Bd. 7, S. 180
(Hrsg. Graumann)
Göttingen - 1969
- Spannagel Die Strafvollzugsordnung von
Baden-Württemberg und ihre
Vereinbarkeit mit dem Grund-
gesetz.
Diss. - Freiburg - 1961
- Spanner Anmerkung zum Urteil OVG
Münster 19. 7. 1962
(I/7 672/61) in DÖV 63, 29
- Starck Anmerkung zum Beschluß des
Bundesverfassungsgerichtes.
14. 3. 1972
(2 BVR 41/71) BVerfGerE 33,1
in JZ 72, 358
- Strafvollzugskommission
Tagungsberichte, Bd. II
Bonn 1967
- Stumpfl Erbanlagen und Verbrechen.
Leipzig - 1935
- Thieme Die besonderen Gewaltverhält-
nisse.
in: DÖV 56, 521
- Der Gesetzesvorbehalt im
besonderen Gewaltverhältnis.
in: JZ 64, 81
- Tiedemann Die Rechtsstellung des Straf-
gefangenen nach französischem
und deutschem Verfassungsrech.
Bonn - 1963
- Eine europäische Erklärung der
Rechte des Strafgefangenen.
in: JZ 62, 245

Einleitung

Vollzugstheorie und Vollzugspraxis sind oftmals weit voneinander entfernt. Um einen Beitrag zur Überbrückung dieser Lücke zu erbringen, schien es geboten, theoretischen Erkenntnissen praktische Erfahrung gegenüberzustellen und beide Komplexe miteinander zu vergleichen. Vollzugstheoretische Modelle werden anhand von Gesetzen auf ihre Rechtmäßigkeit und anhand von empirischem Material auf Sinngehalt und Praktikabilität hin untersucht.

Als konkreten Ansatzpunkt wählt die Arbeit dafür die Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt. Von zahlreichen Stimmen wird die Heirat innerhalb der Anstalt als die Wiedereingliederungshilfe schlechthin proklamiert. Geht man aber davon aus, daß nicht jede Ehe die erhoffte sozialisierende Wirkung entfaltet, daß unter Umständen eine Wiedereingliederung durch die Heirat sogar gefährdet werden kann, so wird ein Spannungsverhältnis zwischen dem subjektiven Recht des Einzelnen auf Eingehung einer Ehe aus Art. 6 GG und den Zielen eines echten Behandlungsvollzuges als Bestandteil unserer sozialstaatlichen Ordnung deutlich.

Wie dieser Konflikt zu lösen ist, hängt nicht zuletzt von der Rechtsstellung des Gefangenen ab. Der Arbeit ist deshalb ein normativ-historischer Teil vorangestellt. Dort wird die allgemeine Rechtsposition des Gefangenen und sein subjektives Recht auf Ehe umfassend dargestellt.

Es folgt der empirische Teil mit Untersuchungen über die Eheschließung in hessischen Vollzugsanstalten.¹⁾

Am Schluß werden die Ergebnisse zusammenfassend gewürdigt und zahlreiche Änderungsvorschläge unter Berücksichtigung der besonderen Stellung des Gefangenen gemacht.

Dabei stehen insbesondere die staatlichen Einflußmöglichkeiten im Mittelpunkt der Erörterungen.

Dieses methodische Vorgehen lag auch deshalb nahe, weil der praktische Strafvollzug nicht ausschließlich in den Händen von ausgebildeten Juristen liegt.

1) Vgl. hierzu im einzelnen: Einleitung zum empirischen Teil

2	<u>Normativ-historischer Teil</u>
21	Die allgemeine Rechtsstellung des Gefangenen
211	Die Natur des Vollzugsrechts

Untersucht man die Rechtsstellung des Gefangenen, so stellt sich zunächst die Frage, wo das Vollzugsrecht im großen Rahmen der Kriminalrechtswissenschaften²⁾ einzuordnen ist.

Das Vollzugsrecht hat mehrere Quellen. Es setzt sich zusammen aus allen Vorschriften, die sich in irgendeiner Weise mit dem Strafvollzug beschäftigen. So sind Regelungen über den Vollzug in der Verfassung, dem Strafgesetzbuch und der bundeseinheitlichen DVollzO der Länder zu finden. Zentrale Grundlage bildet für die Zukunft ein neues Strafvollzugsgesetz des Bundes³⁾.

Die Rechtsnatur des Vollzugsrechts ist umstritten. Teilweise wird es zum Strafprozeßrecht gezählt⁴⁾, teilweise aber auch als eigenständige Disziplin anerkannt⁵⁾.

Zum Bereich des Prozeßrechts gehört nach h. A. das Strafvollstreckungsrecht⁶⁾. Das Vollstreckungsrecht dient aber nur dazu, den Vollzug in Gang zu setzen und zu überwachen⁷⁾. Durch das Vollzugsrecht dagegen wird der Raum für die tat-

2) Vgl. zur Einheit der Teilgebiete Peters, Prozeß, S. 602

3) Vorliegend als RegE von 1972 u. AE vom April 71

4) Sauer, ZStW 49, 540 ff; Maurach, AT § 2 II; Mittermeier, Gefängniskunde, S. 8, mit weiteren Nachweisen.

5) Peters, Prozeß, S. 602

6) Peters, Prozeß, S. 602; Depenbröck, Diss. S. 170
Eb. Schmidt, StPO 3 vor § 449; a.A. Henkel, S. 16

7) Eb. Schmidt, StPO 2 vor § 449; Peters, Prozeß, S. 602; R.v. Hippel, Prozeß, S. 668;
Kohlrausch, StPO I vor § 449

sächliche Verwirklichung des Freiheitsentzuges abgesteckt⁸⁾. Es stehen das Verhältnis der staatlichen Organe zum Einzelnen, die Behandlung von Menschen und ihre Wiedereingliederung im Vordergrund. Das Vollzugsrecht hat also etwas völlig anderes zum Gegenstand als das Vollstreckungsrecht. Es ist nicht gemeinsam mit diesem Gebiet zum Prozeßrecht zu zählen.

Auch die materiellen Elemente im Vollzugsrecht⁹⁾ sprechen gegen eine Einordnung in das Strafprozeßrecht. Im Vollzug müssen neben Verfahrensvorschriften auch materielle Bestimmungen aus dem StGB beachtet werden¹⁰⁾. Trotz der Zwischenschaltung einer formellen Vollstreckung ist die Verwirklichung der materiellen Strafrechtsnormen im Vollzug unverkennbar¹¹⁾. Eine Zuordnung zum Prozeßrecht scheidet auch aus diesem Gesichtspunkt aus.

Das Vollzugsrecht ist also ein eigenständiges Rechtsgebiet im Gesamtbereich der Strafrechtswissenschaften i. w. S. Es enthält formelle und materielle Elemente.

212

Vollzug als Justizverwaltung

Mit der Einordnung des Vollzugsrechtes ist aber über die Gestalt, in welcher der Staat dem Gefangenen im sachlichen Vollzug gegenübertritt, noch nichts gesagt. Die Frage nach

8) Peters, Prozeß, S. 602

9) Auf die Doppelnatur des Vollzugsrechts (formelle und materielle Elemente) haben insbes. Hansen (in Bumke HB des Gefängniswesens, S. 124) und Mittermeier (Gefängniskunde, S. 8) hingew.

10) Depenbrock, Diss. S. 36

11) z. B. die Vorschriften über die Arbeit (§ 21 StGB aF)

der Natur des Vollzuges ist von der Frage nach der Natur des Vollzugs r e c h t s zu trennen¹²⁾. Obwohl der Strafvollzug im StGB geregelt ist und das Vollzugsrecht zu den Strafrechtswissenschaften i. w. S. gehört¹³⁾, ist damit über seine Rechtsnatur nichts ausgesagt¹⁴⁾.

Früher ist die Ansicht vertreten worden, der Vollzug sei ein Bestandteil des Verfahrens und gehöre deshalb zur rechtsprechenden Tätigkeit des Staates¹⁵⁾. Der Vollzug ist nach dieser Ansicht Strafvollstreckung und notwendige Folge sowie Ergänzung des Urteilsverfahrens. Urteil und Vollstreckung - bei Freiheitsstrafen in Form des Vollzuges - seien untrennbare Höhepunkte der staatlichen Rechtspflege in den Händen der rechtsprechenden Gewalt¹⁶⁾.

Diese Auffassung läßt unberücksichtigt, daß der von der Strafvollstreckung bzw. dem Strafverfahren verfolgte Zweck (= Freiheitsentziehung) im Vollzug bereits erreicht ist. Die Verwirklichung des Vollzuges durch hoheitliche Maßnahmen gehört daher nicht mehr zum Strafverfahren¹⁷⁾. Lediglich Entscheidungen über Dauer oder Aussetzung der Strafe bleiben Gegenstand der Vollstreckung, die als Bindeglied zwischen Urteil und Vollzug steht. Der Strafvollzug dient der durch das Urteil angeordneten und durch die Strafvollstreckung herbeigeführten Freiheitsentziehung¹⁸⁾. Das eigentliche Strafverfahren, das von Gericht und Staatsanwaltschaft durchgeführt wird, ist also vom Vollzug zu trennen und

12) Vgl. Schüler-Springorum, S. 39

13) s. o. S. 3

14) Depenbrock, Diss. S. 1

15) Sauer, ZStW 49, 538; Hasse DStr Z 1918 Sp. 12

16) Sauer, ZStW 49, 539

17) Vgl. Peters, Prozeß, S. 455

18) Eb. Schmidt, StPO 1 vor § 449

hat auf dessen Ausgestaltung und Rechtsnatur keinerlei Einfluß.

Das StGB nennt zwar in den §§ 14 ff aF/§§ 38 ff nF einige Grundzüge über den Vollzug. Jedoch sind die vorhandenen Regeln unvollständig. Sie können deshalb über den Strafvollzug als Rechtsverhältnis keine abschließende Aussage machen¹⁹⁾.

Einen Anhaltspunkt zur Bestimmung der Natur des Vollzuges scheint die Verfassung zu enthalten. Gemäß Art. 74 GG hat der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für den Bereich des Strafvollzuges. Aus Art. 74 GG läßt sich jedoch nur entnehmen, daß der Vollzug nicht zum gerichtlichen Verfahren gehört, weil er neben dem allgemeinen Strafrecht und dem Verfahrensrecht noch einmal gesondert aufgeführt ist. Eine positive Aussage über das Wesen des Vollzuges gibt Art. 74 GG nicht. Ohne einen Hinweis auf die Rechtsnatur staatlichen Handelns geben zu wollen, bezweckt der Zuständigkeitskatalog der Verfassung lediglich die Klärung von Kompetenzfragen.

Auch das zukünftige Vollzugsgesetz enthält über die Rolle des Vollzuges innerhalb der staatlichen Gewalten keinen Anhaltspunkt.

Da die einschlägigen Gesetze keine Antwort auf die Frage geben, zu welcher staatlichen Tätigkeit der Vollzug gehört, ist die Lösung des Problems im Wesen des Strafvollzuges selbst zu suchen.

Die Praktiken des täglichen Vollzuges sprechen für Verwaltung. Begriffe wie Ermessen, Zulässigkeit oder Verhältnismäßigkeit prägen die Tätig-

19) Schüler-Springorum, S. 69

keit der Anstaltsbediensteten. Die zum Vollzug ergangene Rechtsprechung vertieft den gewonnenen Eindruck. Zunächst hielten sich die Verwaltungsgerichte für zuständig, Vollzugsrecht zu sprechen²⁰⁾. Aber selbst nach der Einführung der §§ 23 ff EGGVG, welche die vollzugsrechtlichen Streitigkeiten der Strafjustiz zuordneten, hat sich das Bild nicht erheblich geändert. Auch heute noch haben die Verfahren vor den OLG-Strafsenaten verwaltungsgerichtlichen Zuschnitt, wenn es um vollzugsrechtliche Entscheidungen geht²¹⁾. Daß der sachliche Vollzug letztlich seinen Ursprung strafrechtlichen Normen zu verdanken hat, steht der Annahme von verwaltender Tätigkeit nicht entgegen. Strafrechtliche Sanktionen können durchaus Verwaltung zur Folge haben. So ist beispielsweise die gem. §§ 38/39 StGB aF angeordnete Polizeiaufsicht nach einhelliger Ansicht staatliche Verwaltung.

Es ist zu untersuchen, ob der Vollzug auch den allgemeinen Definitionen von Verwaltung entspricht. Herkömmlicherweise hat man, wenn es um die Einordnung von staatlicher Tätigkeit geht, eine negative Definition verwandt. So soll Verwaltung diejenige Staatstätigkeit sein, die nicht in den Bereich der Gesetzgebung und Justiz fällt²²⁾. Untauglich ist diese Begriffsbestimmung jedoch dann, wenn es um die Abgrenzung zwischen Rechtsprechung und Verwaltung geht, da sie die Feststellung, daß eine Handlung nicht Rechtsprechung ist, gerade voraussetzt. Die Lösung ist deshalb mit einer positiven Definition zu suchen. Nach Wolff ist Verwaltung die mannig-

20) OVG Hamburg, DVBl. 56, 658

21) Schüler-Springorum, S. 40

22) O. Mayer, VerwR I, S. 13

faltige, zweckbestimmte, in der Regel fremdnützige und verantwortliche, durchführende und gestaltende Besorgung von Angelegenheiten²³⁾. Im Gegensatz zur Vollstreckung, die man nicht als durchführende und gestaltende Besorgung von Angelegenheiten bezeichnen kann, da sie nur eine tatsächliche Folge der richterlichen Entscheidung darstellt, besitzt der Vollzug diese geforderten Eigenschaften. Im Strafvollzug wird durch das gewollte Eingreifen der staatlichen Exekutiven der Richterspruch verwirklicht²⁴⁾. Die vom Urteil bezweckten Auswirkungen haben ohne den Vollzug keinen Realitätsgehalt. Erst der Vollzug soll die vom Urteil angeordnete, von der Vollstreckung herbeigeführte Freiheitsentziehung aufrecht erhalten und ausgestalten²⁵⁾. Bei der Verfolgung dieses Zieles wird der Vollzugsbeamte eigenverantwortlich und selbst entscheidend tätig, weil die möglichen Probleme sowie die menschlichen Wesen so vielschichtig sind²⁶⁾, daß abschließende Regelungen an keiner Stelle erfolgen können. Der Begriff des freien Ermessens ist notwendig, um den Verantwortlichen den nötigen Spielraum zu einer differenzierten und der Zweckbestimmung des Vollzuges²⁷⁾ entsprechenden Aufgabenbewältigung zu geben. Allerdings gilt dies nicht uneingeschränkt. Grenze der internen Ausgestaltung bleibt das Gesetz, in dessen Anwendung das Urteil gesprochen ist²⁸⁾. Eine Bindung an das Gesetz spricht jedoch nicht gegen das Vorliegen einer mannigfaltig gestaltenden Tätigkeit²⁹⁾. Der Vollzug ist also nach der

23) Wolff, VerwR I, 57 f

24) Vgl. Ehrenforth, S. 12

25) Peters, Prozeß, S. 602

26) Vgl. auch Depenbrock, Diss. S. 43

27) Vollzugsgesetz §§ 2 ff RegE/§§ 2 ff AE

28) Ehrenforth, S. 12

29) Art. 20 III GG

zugrunde gelegten Definition³⁰⁾ Verwaltung³¹⁾.

Da aber Verwaltung als solche einen breiten Rahmen der staatlichen Tätigkeit überhaupt ausfüllt, bleibt zu klären, wo der Vollzug speziell einzuordnen ist. Gem. Art. 83 GG obliegt den Ländern die Durchführung von Angelegenheiten, in denen der Bund für die Gesetzgebung zuständig ist, sofern es sich nicht ausdrücklich um bundesunmittelbare Verwaltung handelt. Der Strafvollzug ist daher Landesverwaltung. Nicht immer waren innerhalb der Landesverwaltung die Zuständigkeiten auf die Justizminister übertragen. Der Vollzug von Zuchthausstrafen und längereren Gefängnisstrafen lag in Preußen zwischen 1810 und 1918 in den Händen der inneren Verwaltung³²⁾. Noch heute ist in der DDR der Strafvollzug Sache der Polizei. Wegen des engen Sachzusammenhanges zwischen Urteil und Ausgestaltung des Freiheitsentzuges erscheint es aber geboten, den Vollzug der Justiz zuzuweisen.

- 213 Der Strafvollzug als sogenanntes
 besonderes Gewaltverhältnis
- 2131 Begriff des "besonderen Gewaltverhältnisses" (bG)

Hat man das Vollzugsrecht als eigenständige Disziplin³³⁾, sowie den sachlichen Vollzug als Landesjustizverwaltung qualifiziert³⁴⁾, so erhebt

30) siehe S. 8

31) So auch die überwiegende Ansicht der Autoren, die sich mit der Rechtsnatur des Vollzuges befaßt haben, z.B. Jacobi, ZStW 50, 379; Tiedemann, S.91 ff; Kern, Strafverfahrensrecht, S. 255 f; Andrae, S. 97; Depenbrock Diss.S.42

32) Kern, Gerichtsverfassungsrecht § 2 A III a; Mittermeier, S. 28

33) siehe S. 3 f

34) siehe S. 4 ff

sich die Frage, was den Gefangenen vom freien Bürger unterscheidet, der ja regelmäßig auch Adressat von Gesetzesnormen und Verwaltungsakten ist. Es gilt also, die besondere Position des Verurteilten von der Position des "Freien" abzugrenzen, um die Frage nach der Rechtsstellung des Gefangenen umfassend zu beantworten.

Die Rechtsstellung ist die essentielle Qualifikation einer Person. Sie ist die Grundlage, aus der sich später Rechte und Pflichten ergeben³⁵⁾. Diese Qualifikation folgt aus der rechtsordnungsgemäßen Beziehung zum Staat.

Bei den in Freiheit lebenden Bürgern nennt man dieses Verhältnis Staat - Einzelner oft im Anschluß an Laband "allgemeines Gewaltverhältnis"³⁶⁾. Der Bürger, egal ob Inländer oder Ausländer, stehe, sofern er sich nur im Bereich der deutschen Staatshoheit befindet, in einem Staat - Untertanen-Verhältnis³⁷⁾. Diese Auffassung ist nicht unbestritten. So hat man sich gegen eine solche Konstruktion gewehrt, da der Staat seinen Bürgern auch auf gleicher Ebene entgegentreten könne³⁸⁾. Dabei ist jedoch unberücksichtigt geblieben, daß es sich bei solchen Begegnungen um Ausnahmefälle handelt³⁹⁾. Unabhängig von diesen möglichen Beziehungen steht der Bürger immer in einem faktischen Unterordnungsverhältnis, aufgrund dessen er bestimmte Pflichten⁴⁰⁾ zu erfüllen hat.⁴¹⁾

Die Situation des Strafgefangenen ist anders. Sein Verhältnis zum Staat zeichnet sich zunächst durch eine gegenüber dem Normalfall gesteigerte

35) Wolff I § 32 IV a

36) Vgl. Laband, 5. Aufl. S. 432 ff

37) Forsthoff, § 7 A Vorbem. 10. Aufl. (S. 127)

38) Merkl, S. 129 ff; Spanner, DÖV 63, 30

39) z.B. im sog. Verwaltungsprivatrecht, vgl. Forsthoff, 10. Aufl. S. 197

40) z.B. Steuerpflicht, Rülzepingpflicht

41) Vgl. Fleiner, S. 165 f.

Pflichtigkeit aus. Während der freie Bürger nur vereinzelt mit der staatlichen Gewalt spürbar in Berührung kommt, ist der Gefangene ständig mit ihr konfrontiert. Das zeigt allein schon der Umstand, daß der Verurteilte nicht über den Ort seines Aufenthaltes bestimmen und über seinen Tagesablauf frei verfügen kann.

Offensichtlich handelt es sich hier um eine besondere Lage. Die außerordentliche Situation gibt den allgemeinen Status⁴²⁾ nicht auf, kann aber zur Folge haben, daß die Rechte aus dem allgemeinen Status teils extensiv, teils restriktiv verändert werden⁴³⁾. In Literatur und Rechtsprechung werden diese Beziehungen, in denen eine engere Staatsbindung des Bürgers besteht, häufig "besondere Gewaltverhältnisse" genannt⁴⁴⁾. Aber auch andere Bezeichnungen sind geläufig. So ist von "besonderen Pflichtverhältnissen"⁴⁵⁾, "verwaltungsrechtlichen Sonderverhältnissen"⁴⁶⁾ oder aber von "Sonderstatusverhältnissen"⁴⁷⁾ gesprochen worden.

Das sogenannte "besondere Gewaltverhältnis" ist als Rechtsfigur schwerwiegender Kritik ausgesetzt. Dabei ist nicht zuletzt der Begriff "Gewalt" als Ansatzpunkt gewählt worden. Gewalt sei als Gegensatz zum Recht zu verstehen. Im demokratischen Rechtsstaat dürfe es aber keine Gewalt mehr geben, sondern nur noch Herrschaft des Rechts⁴⁸⁾.

42) Siehe S. 10

43) Wolff, § 32 IV c 3

44) z.B. v.Münch Diss. S. 15 ff;
BVerwGerE 14, 84; BVerfGerE 3, 58 u. a.

45) Ule, VVDStL 15, 133 ff

46) Wolff, § 32 IV

47) Hesse, S. 134 ff

48) Spanner, DÖV 63, 29

Gewalt und Recht sind jedoch nicht als sich ausschließende Gegensätze zu verstehen⁴⁹⁾. Zwar sind die verwaltungsrechtlichen Sonderbeziehungen des Staates zum Bürger früher als tatsächliche Machtverhältnisse im rechtsfreien Raum verstanden worden⁵⁰⁾, doch haben die sogenannten "besonderen Gewaltverhältnisse" eine dem allgemeinen Gewaltverhältnis⁵¹⁾ vergleichbare Entwicklung gehabt. Die Geltung von rechtlichen Grundsätzen ist auch hier längst anerkannt⁵²⁾. Es handelt sich beim "besonderen Gewaltverhältnis" um eine vom Recht bestimmte und begrenzte Lebensbeziehung zweier Rechtsträger⁵³⁾, die mindestens durch Verpflichtungen miteinander verbunden sind⁵⁴⁾. Der Begriff "besondere Gewalt" meint eben nicht eine Blankovollmacht für nicht-rechtliche Gewalt⁵⁵⁾.

Mit dieser Feststellung ist der Unterschied zum allgemeinen Gewaltverhältnis freilich noch nicht gefunden. Teilweise wird das "besondere Gewaltverhältnis" durch Aufzählung von Beispielen abgehandelt. Sorgfältig hat man die einzelnen Möglichkeiten herausgearbeitet und große Mühe darauf verwandt, den Unterschied zwischen den freiwillig eingegangenen und den zwangsweise zustandegekommenen Beziehungen aufzuzeigen⁵⁶⁾. Es handelt sich dabei aber um untaugliche Qualifikationsversuche. Nicht

49) Vgl. Perschel (S.6), der nachweist, daß Gewalt etymologisch von walten = herrschen kommt und deshalb nicht als Gegensatz zum Recht verstanden werden muß.

50) Vgl. dazu Krohne, S. 2

51) Siehe S. 10

52) ausdrücklich BVerwGer. DVBl. 55, 260

53) Jacobi, ZStW 50, 377

54) Wolff, § 32 IV

55) Schüler-Springorum, S. 41

56) Wolff, a.a.O.; Hesse, a.a.O., u. a.

einzelne Unterschiedsmerkmale, sondern nur die allen Sonderverhältnissen gemeinsamen Gesichtspunkte können deren Wesen zutreffend beschreiben.

Man hat auf die verschärfte Abhängigkeit der Einzelnen hingewiesen, die in den vorgesehenen Zusammenhang treten⁵⁷⁾. Allein mit diesem Kriterium ist für die Charakterisierung des sogenannten "besonderen Gewaltverhältnisses" nicht viel gewonnen. Selbst derjenige, der in ein privates Arbeitsverhältnis eintritt oder in einen Familienverband integriert ist, nimmt im Rahmen dieses Verhältnisses eine Stellung ein, die durch ihre gesteigerte Abhängigkeit gekennzeichnet ist⁵⁸⁾.

Aber auch der Umstand der öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung kann für das Wesen des "besonderen Gewaltverhältnisses" letztlich nicht entscheidend sein. So ist beispielsweise das Verhältnis Sozialversicherungsträger - Bürger trotz gesteigerter Abhängigkeit in öffentlich-rechtlicher Form kein sogenanntes "besonderes Gewaltverhältnis". Es fehlt an der ständigen Einwirkung der "besonderen Gewalt"⁵⁹⁾.

Früher war die Ungleichheit der Beteiligten das entscheidende Merkmal⁶⁰⁾. Heute steht der Begriff des Funktionierens im Vordergrund. Nur wenn das Pflichtverhältnis öffentlich-rechtlich ausgestaltet werden muß, um seinen staatlichen Funktionen gerecht zu werden, entwickelt es "besondere Gewalt"⁶¹⁾. Im "besonderen Gewaltverhältnis" ist der Mensch enger als normal

57) Otto Mayer, Bd. I, S. 101 ff

58) Vgl. Wolff, § 32 IV 3 (sog. Privatrechtliche besondere Gewaltverhältnisse)

59) Thieme, DÖV 56, 521

60) Schulze, S. 320; Rosin, S. 265 ff

61) v.Münch, Diss. S. 15 f

mit dem Staat und seinen Funktionen verbunden⁶²⁾.

Zusätzlich ist als Wesensmerkmal die Verpflichtung des Betroffenen angeführt worden, einer fortlaufenden Kette von Anweisungen Folge zu leisten⁶³⁾. Dabei ist das "besondere Gewaltverhältnis" gekennzeichnet durch die Anzahl der zu erbringenden Leistungen, ihrem zeitlichen Ausmaß sowie ihrem Inhalt, der nicht von vornherein festliegen muß. Eine hohe Intensität der Einflußmöglichkeit⁶⁴⁾, sowie das Vorliegen einer echten Disziplinargerichtbarkeit⁶⁵⁾ sollen weitere Kriterien sein.

Von einem anderen Ansatzpunkt her sind für alle sog. "besonderen Gewaltverhältnisse" zwei Besonderheiten herausgestellt worden⁶⁶⁾.

Zunächst soll im "besonderen Gewaltverhältnis" eine sogenannte "Staatsrichtung" herrschen. Man will damit folgendes beschreiben: Beide Parteien streben jeweils nach eigenen Rechten und fremden Pflichten. Der Staat ist an einem Maximum rechtlicher Freiheit und an geringst möglicher Bindung interessiert. Der Bürger will die Staatsseite maximal rechtlich gebunden, sich selbst aber mit zahlreichen subjektiven Rechten ausgestattet sehen. In diesem Spannungsfeld nähme der Einzelne, historisch und tatsächlich bedingt, gegenüber dem Staat die schwächere Position ein. Er sei deshalb in die Rolle des in Staatsrichtung Angreifenden gedrängt. Bei näherer Betrachtung findet man hinter dem scheinbar Neuen altvertrautes Gedankengut wieder. Denn worin unter-

62) Schüler-Springorum, S. 51

63) BVerwGerDVBl. 55, 259

64) Thieme, DÖV 56, 521

65) v.Münch, Diss. S. 16

66) Schüler-Springorum, S. 52

scheidet sich die Ungleichheit der Partner⁶⁷⁾ von einer tatsächlich stärkeren und schwächeren Position der Beteiligten ?

Als zweite gemeinsame Besonderheit ist auf das sog. "Singularitätsproblem" im "besonderen Gewaltverhältnis" hingewiesen worden⁶⁸⁾. Damit ist die Verflechtung von ungezählten und unvorhersehbaren Einzelanweisungen im innersten Bereich gemeint. Aber auch hier wird deutlich, daß dieses Phänomen schon zuvor mit Betriebsverhältnis⁶⁹⁾ oder Innenverhältnis⁷⁰⁾ bezeichnet worden ist.

Die Besonderheiten der Gewalt sind auch mit der persönlichen Natur der Staat - Bürger-Beziehung zu umschreiben. Die materielle Eigenart des "besonderen Gewaltverhältnisses" ist nicht zuletzt durch zwei ausgeprägte persönliche Institute gekennzeichnet⁷¹⁾. Einmal gibt es die Fürsorgepflicht des Staates. Damit ist die Verpflichtung der Obrigkeit gemeint, die über die bloße Daseinsfürsorge hinausgeht, welche z. B. dem allgemeinen Gewaltverhältnis eigentümlich ist. Auf der anderen Seite steht die gesteigerte Duldungspflicht der "Gewaltunterworfenen", im öffentlichen Dienst bezeichnenderweise Treuepflicht genannt⁷²⁾.

Zusammenfassend läßt sich das "besondere Gewaltverhältnis" als gesteigertes Abhängigkeitsverhältnis zwischen Staat und Bürger definieren⁷³⁾, das nur in öffentlich-rechtlicher Ausgestaltung funktionstüchtig ist⁷⁴⁾, und sich

67) siehe S. 13

68) Schüler-Springorum a.a.O.

69) Ule VVDStL 15, 133 ff

70) Bachof in Festschrift für Laforet, S. 285

71) Herbert Krüger, VVDStL 15, 116 ff

72) Herbert Krüger, a.a.O.

73) Vgl. S. 13

74) Vgl. S. 13 f

insbesondere auszeichnet durch eine personelle Beziehung der Parteien⁷⁵⁾. Trotz dieser Bindung ist eine deutliche Polarisierung unverkennbar. Der Bürger fordert in der Angreiferrolle sein Recht vom Staat. Die Obrigkeit dagegen verfolgt ihre Interessen im sogenannten Innenbereich mit zahlreichen Einzelanweisungen gegenüber dem Betroffenen⁷⁶⁾.

2132

Vollzug als sogenanntes "besonderes Gewaltverhältnis"

Überträgt man die gewonnenen Grundsätze auf die Position des Verurteilten, so stellt man fest, daß der Status der Gefangenschaft dem Bild des sog. "besonderen Gewaltverhältnisses" vollständig entspricht.

Der Gefangene steht innerhalb der Justizvollzugsanstalt in einem wesentlich engeren Kontaktverhältnis zum Staat als der freie Bürger. Durch das ständige Aufeinandertreffen der Parteiinteressen ergibt sich zwangsläufig eine gegenseitige Einflußnahme, die von der Einweisung in die Anstalt bis zum Entlassungstermin nicht unterbricht. Ein Hervortreten des personellen Momentes ist für diese Beziehung geradezu notwendig. Die unzähligen täglichen Probleme wären unlösbar, wenn nicht an die Beteiligten erhöhte Anforderungen gestellt werden dürften. Weil die Verwirklichung der Strafzwecke in privaten Anstalten fraglich erscheint, muß der Strafvollzug um seiner Funktion willen öffentlich-rechtlich ausgestaltet sein. Die

75) Vgl. S. 15

76) Vgl. S. 14/15

"Staatsrichtung" des Gefangenen offenbart sich überaus deutlich in seinen zahlreichen Beschwerden aller Art. Was das Innenverhältnis und die Intensität der staatlichen Einwirkungsmöglichkeit angeht, gibt es wohl kaum ein Stück staatlicher Verwaltung, wo den Anforderungen eines "besonderen Gewaltverhältnisses" in dieser Hinsicht mehr entsprochen wird, als im Strafvollzug. Die zahlreichen Einzelanweisungen regeln das Anstaltsleben bis ins Detail, und dem Staat ist auf jedem Gebiet⁷⁷⁾ eine hochgradige Einflußmöglichkeit garantiert.

Die Beziehung Staat - Gefangener ist daher oft als "besonderes Gewaltverhältnis" bezeichnet worden⁷⁸⁾. Mit dieser Begriffsbestimmung werden Folgen für die Situation des Gefangenen verbunden⁷⁹⁾. Sie reichen von der Ansicht, daß der bloße Begriff "besonderes Gewaltverhältnis" dem Grundsatz der rechtmäßigen Verwaltung genügt,⁸⁰⁾ bis zur Einstufung des "besonderen Gewaltverhältnisses" als taugliche Grundrechtsschranke⁸¹⁾. Ob aber solche Konsequenzen gezogen werden können, ist eine Frage der Rechtsfolgende, die einer getrennten Untersuchung bedarf⁸²⁾. Sie ergeben sich keineswegs automatisch aus der Einstufung einer Staat - Bürger-Beziehung unter diesen Begriff.

Das richtig verstandene "besondere Gewaltverhältnis" zeichnet sich allein durch die oben herausgearbeiteten Beschreibungsmerkmale aus⁸³⁾. Der Ausdruck "besonderes Gewaltverhältnis" hat sich

77) z.B. Arbeit, Freizeit, medizinische Betreuung

78) Für viele: Jacobi, ZStW 50, 379 ff; Tiedemann, S. 92; v.MüncH, JZ 58, 73; Baumann, MschKrim. 64, 61; Depenbrock, Diss. S. 49

79) Mittermeier, S. 12

80) Depenbrock, Diss. S. 59

81) v.MüncH, JZ 58, 73; Tiedemann, S. 93

82) siehe S. 29 ff

83) siehe S. 15/16

zwar zur Kennzeichnung bestimmter Erscheinungen unserer Rechtsordnung eingebürgert, eine rechtliche Qualifikation braucht mit dem Wortsinn des Begriffes nicht notwendig verbunden zu sein⁸⁴⁾⁸⁵⁾.

214 Die Anstalt

2141 Die Anstalt als Ort der Freiheitsentziehung

Von einer umfassenden Untersuchung der Stellung des Gefangenen ist eine eingehende Erörterung des Anstaltsbegriffes nicht zu trennen. Mit Anstalt kann allerdings zweierlei gemeint sein. Entweder wird darunter der räumlich gegenständliche Bereich der Freiheitsentziehung, oder auch das verwaltungsrechtliche Institut der öffentlichen Anstalt verstanden. Ehe auf den Anstaltsbegriff als Rechtsinstitut einzugehen ist, soll einiges zu den Vollzugsanstalten als Ort der Freiheitsentziehung gesagt werden. Mit der abstrakten Rechtsstellung des Gefangenen haben diese Ausführungen unmittelbar nichts zu tun. Der Einfluß des räumlich-gegenständlichen Bereiches auf Leben und Entwicklung des Verurteilten ist jedoch so entscheidend, daß eine umfassende Schilderung seiner Position ohne die Erörterung dieses Gebietes unmöglich ist.

84) Vgl. Brohm, DÖV 64, 234; Fuß DÖV 72, 765

85) Daß mit der bloßen Begriffsbestimmung keine rechtlichen Folgen verknüpft sind, zeigt das Beamtenverhältnis. Hier ergeben sich Rechte und Pflichten der Beteiligten nicht aus ihrem "Sonderstatus", vielmehr aus den positiven gesetzlichen Regelungen im Bundesbeamtengesetz und der Verfassung.

Das Altertum kennt die Freiheitsstrafe kaum. Der gebräuchliche "carcer" dient im wesentlichen der Untersuchungshaft⁸⁶⁾. Aber auch im Mittelalter hat die Freiheitsentziehung als Strafe kaum Bedeutung. Deshalb gibt es auch keine Strafanstalten^{87) 88)}. Erst später verdrängt die in Gefängnissen vollzogene Freiheitsentziehung die üblichen Sanktionen. Langsam entwickelt sich ein Anstaltssystem. Die Gefängnisstrafe der damaligen Zeit ist als Abart der Leibesstrafe anzusehen⁸⁹⁾. Bei schmaler Kost und ohne Beschäftigung soll der Gefangene sicher verwahrt sein.

Erst als man die wertvolle Arbeitskraft des Gefangenen entdeckt, entwickelt sich ein Strafsystem der Zwangsarbeit. Die bedeutendste Strafe ist die in Anstalten vollzogene Festungsbaugefangenschaft. Sie beruht auf dem Gedanken, sich die Freiheitsentziehung in umfassendem Maße nutzbar zu machen⁹⁰⁾. Der Erziehungsgedanke ist sowohl in den Gefängnissen als auch bei der Festungsbaugefangenschaft fremd. Entsprechend primitiv ist die äußere Gestalt der Anstalten.

Davon unabhängig entwickeln sich Zuchthäuser in den verschiedensten Formen⁹¹⁾. In England werden für Nichtstuer, Landstreicher und Bettler Arbeitshäuser errichtet, um diese Personen zur Arbeit zu bewegen. Dieses Modell wird nach Holland getragen. Es entstehen die Amsterdamer

86) Mittermeier, S. 15

87) His, S. 342 ff

88) Im Vordergrund stehen Lebensstrafen, Bußen, öffentliche Demütigungen, Landesverweisung

89) Kriegsmann, S. 7

90) Kriegsmann, S. 48

91) Mittermeier, S. 20; Kriegsmann, S. 7

Zuchthäuser für arbeitsscheues Gesindel⁹²⁾. 1595 wird das erste Zuchthaus für Männer gegründet (=tuchthuis), 1597 folgt das Weibierzuchthaus (= spinhuis). Bald belegen auch kleinere Verbrecher diese Anstalten, wenn man sie für besserungsfähig hält. Das Zuchtmittel Arbeit soll der Wiedereingliederung in das bürgerliche Leben dienen⁹³⁾. Der Geist in den Anstalten unterscheidet sich wesentlich vom Gedankengut in den Kerkern des Mittelalters. Erziehung und Besserung durch Arbeit anstatt bloßer Unschädlichmachung wird erstrebt. Aber auch die baulichen Anlagen sowie die Ernährung und Kleidung der Insassen erscheinen für die damalige Zeit überaus großartig und verursachen Bewunderung⁹⁴⁾. Berücksichtigt man die engen Beziehungen und Interessenverknüpfungen zwischen den holländischen Handelszentren und den deutschen Hansestädten, so verwundert es nicht, daß auf deutschem Gebiet das Amsterdamer Vorbild Nachahmung findet⁹⁵⁾. So entstehen Anstalten mit ähnlichem Charakter in norddeutschen Städten. 1615 wird in Hamburg ein Zuchthaus gegründet, wenig später in Bremen, Lübeck und Danzig. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts errichtet man auch im Süden und Westen Zuchthäuser, die dem Amsterdamer Modell entsprechen.⁹⁶⁾ Die Mehrzahl der Zuchthausgründungen fällt allerdings ins 18. Jahrhundert⁹⁷⁾. Obwohl in diesen Häusern noch vielfach polizeilicher Charakter herrscht, und erst nach und nach Strafen in ihnen vollzogen werden, so sind sie dennoch

92) Vgl. Mittermeier, S. 15

93) Eb. Schmidt, Einführung § 178

94) v. Hippel, in Bumke, S. 11

95) v. Hippel, ZStW 18, 420

96) Mittermeier, S. 18

97) v. Hippel, in Bumke, S. 11

als die eigentlichen Vorläufer unserer heutigen Anstalten anzusehen.

In Holland und England geht die Entwicklung des Anstaltswesens zügig voran. Nicht zuletzt durch John Howards sensationelle Schilderung der grauenvollen Zustände in englischen Zuchthäusern⁹⁸⁾, sowie unter dem Einfluß des neuen pensylvanischen Systems⁹⁹⁾, entstehen in England die ersten Anstalten für Einzelhaft. In Deutschland sind die Zustände bis auf wenige Ausnahmen als traurig anzusehen¹⁰⁰⁾. Das Zuchthaus entwickelt sich gegenüber dem Gefängnis zur schwereren Straftat, obwohl es dem Amsterdamer Prinzip nach¹⁰¹⁾ anfangs nur für kleinere Übeltäter gedacht war. Oft wird aber auch kein Unterschied mehr zwischen Gefängnis und Zuchthaus gemacht. Die Anstalten werden neben ihrer Funktion als Ort des Strafvollzuges zusätzlich als Armen- und Irrenhäuser verwendet¹⁰²⁾. Die Arbeit dient allein der Peinigung der Gefangenen und dem Gelderwerb. Es herrscht auf allen Gebieten große Willkür und ein System fehlt völlig¹⁰³⁾. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts zeichnet sich auch in deutschen Anstalten eine Besserung des Zustandes ab. Das ist einerseits auf die Einflüsse

98) v.Hippel in Bumke, S. 13; Wahlberg in Holtzendorf Jagemann, HB des Gefängniswesens, S. 90

99) Das pensylvanische System entspringt hauptsächlich dem Gedankengut der Quäker. Der Unrechts-tuer hat sich von Gott gewandt. Er muß daher durch völlige Isolierung (Tag und Nacht) allein mit der Bibel in der Hand zum Nachdenken gezwungen und dadurch zu Gott zurückgeführt werden.

100) v.Hippel in Bumke, S. 13

101) siehe S. 20

102) Kriegsmann, S. 21

103) Vgl. Mittermeier, S. 20 f

des anglo-amerikanischen Systems, andererseits auf die zahlreichen Anregungen aus der neu entstehenden Gefängniswissenschaft zurückzuführen¹⁰⁴⁾. Aber auch das aufkommende Interesse der Bürger an einem geordneten System guter Anstalten trägt viel dazu bei, daß sich die Verantwortlichen intensiver der Sorge um Anstalten und Gefangene annehmen¹⁰⁵⁾. Die auf Theodor Fliedners (1800 - 1834) Anregung gegründete rheinisch-westfälische Gefängnisgesellschaft und der Berliner Schutzverein von 1827 verdeutlichen das bürgerliche Engagement.

Obwohl auch bauliche und anstaltstechnische Verbesserungen geschaffen werden¹⁰⁶⁾, kann eine praktische Anstaltsreform mit den regen Bemühungen dieser Gruppen nicht Schritt halten. Es wird zwar von den deutschen Einzelstaaten im 19. Jahrhundert ein einheitliches System des Gefängniswesens festgelegt, doch sind die traditionsbedingten Verschiedenheiten in der Vollzugspraxis unverkennbar. Eine umfassende Neuordnung wird somit durch die herrschenden staatsrechtlichen Verhältnisse erheblich gehemmt. Alle Hoffnungen ruhen deshalb auf einer reichsgesetzlichen Regelung. Doch das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 bringt die erwartete Lösung nicht, obwohl die Anstalten als Ort der zu vollziehenden Freiheitsstrafen¹⁰⁷⁾ oder Maßregeln der Sicherung¹⁰⁸⁾ und Besserung genannt werden. Schon die Motive zu diesem Gesetz lassen erkennen, daß sich der Gesetzgeber, was Art und Ausgestaltung der Anstalten angeht, vor

104) v.Hippel in Bumke, S. 13

105) Mittermeier, S. 23

106) Mittermeier, S. 28 und S. 37

107) §§ 15 ff StGB aF; §§ 119, 456 StPO

108) §§ 42 ff StBG aF

eine nicht zu bewältigende Aufgabe gestellt sieht. Es heißt dort¹⁰⁹⁾: "Welche Art jene Anstalten selbst sein sollen, darüber mußte sich der Gesetzesentwurf einer allgemeinen Vorschrift enthalten. Die zur Zeit noch in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes bestehende Verschiedenheit jener Strafanstalten würden eine solche Vorschrift illusorisch machen." Daneben hat der Gesetzgeber jedoch positive Zukunftserwartungen¹¹⁰⁾: "Das allerdings darf als ein von allen Staaten des Bundesgebietes gleichmäßig anzustrebendes Ziel vorausgesetzt werden, daß die Strafanstalten überall nach möglichst gleichen und einheitlichen Grundsätzen zu verwalten sein werden, weil nur erst dann, wenn die nach dem ein- und demselben Strafgesetz erkannte Strafe überall im Bundesgebiet unter denselben Bedingungen und Formen zur Vollstreckung gelangt, die durch das StGB gegebene Einheit auch bei der Vollstreckungsinstanz zu ihrer tatsächlichen Folge gebracht wird." Zunächst aber werden drei in Anstalten zu vollziehenden Strafen einheitlich normiert¹¹¹⁾. Die tatsächlichen Zustände verbessern sich nur langsam¹¹²⁾.

Eine entscheidende Wende bringt erst der Anfang des 20. Jahrhunderts¹¹³⁾. Je mehr der Vergeltungsgedanke im Strafrecht dem Streben

109) Entwurf I (Juli 1869) 31 zitiert nach v.Hippe: in Bumke 5, S. 14 f.

110) Motive, StGB aaO

111) Zuchthaus, Gefängnis und die Haft

112) So verfügt der preußische Ministerialerlaß vom 29.6.1874 den Sträflingen, statt wie früher viermal im Jahr, dreimal wöchentlich Fleisch oder eine entsprechende Menge Speck zu geben (Vgl. v.Liszt in Holtzendorff-Jagemann, HB des Gefängniswesens, S. 166)

113) Vgl. Eb. Schmidt, Einführung § 351

nach persönlich beeinflussender Behandlung des Rechtsbrechers weichen muß, umso schneller schreitet die positive Entwicklung der deutschen Strafanstalten voran. Der Erziehungsvollzug verlangt in den Anstalten wesentlich andere Einrichtungen als der alte Vollzug¹¹⁴⁾. Sinnvolle Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten werden geschaffen. Zum erstenmal in der deutschen Anstaltsgeschichte wird ein Stufenvollzug praktiziert¹¹⁵⁾.

1933 bricht die Entwicklung ab. Daß der Charakter der Anstalten unmittelbar von der Einstellung der jeweiligen Machthaber zur Strafe geprägt wird, ist in dieser Zeit deutlicher als je zuvor in der Geschichte. Es gibt zwar keine eigene Straftheorie des nationalsozialistischen Regimes, aber brutale Abschreckung zwecks Systemsicherung und Übersicherung zur Ausmerzung des Systemgegners bilden die Grundlage für alle Strafen¹¹⁶⁾. Die Anstalten werden entsprechend eingerichtet. Man differenziert nicht mehr zwischen kriminellen und politischen Gefangenen. Neu eingerichtete Konzentrationslager nehmen den überfüllten Strafanstalten einen Teil der Aufgaben ab.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges liegen die Anstalten für kurze Zeit in den Händen der alliierten Siegermächte. Bei den vorgenommenen Massenentlassungen bekommt mancher unberechtigt die Freiheit geschenkt. Nach Übergabe an die deutschen Behörden wird noch unter dem unmittelbaren Eindruck der erlebten totalitären

114) Mittermeier, S. 29

115) Die Idee des Stufenvollzuges ist allerdings älter. Sie geht in der modernen Form bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück.

116) Maurach, AT § 6 II E

Herrschaft der Charakter der Vollzugsanstalten von einem Streben nach höchster Rechtsstaatlichkeit beeinflusst. Man ist vor allem darauf bedacht, die Rechte der Gefangenen nur im Notfall zu beschneiden. Die Zweispurigkeit des Strafrechts spiegelt sich auch im Gesicht der Anstalten wider. Zwar wird die Maßregel der Sicherungsverwahrung größtenteils mit in den Strafanstalten vollzogen, jedoch in getrennten Abteilungen und in verschiedener Form.

Infolge des Alternativentwurfs zum StGB von 1966, der Präventionszwecke unter Vorrang des Resozialisierungsgedankens postuliert, ändern sich auch die Anstalten. Psychotherapeutische Abteilungen werden eingerichtet. Erkenntnisse der Psychiatrie, Psychologie und Pädagogik benutzt man als Grundlage für die Behandlung von Delinquenz. Sozialtherapeutische Anstalten¹¹⁷⁾ entstehen unter der Leitung von Nervenärzten. Sie sind ausgestattet mit einem geschulten Stab von Mitarbeitern¹¹⁸⁾. Ein neues Vollzugsgesetz bestätigt die gegenwärtigen Tendenzen, gleichgültig ob es um räumliche Gliederung der Anstalten¹¹⁹⁾, Auswahl des Personals¹²⁰⁾, Durchführung des Vollzuges¹²¹⁾ oder um Sonder Einrichtungen geht¹²²⁾. Die zukünftige Entwicklung wird eindeutig festgelegt¹²³⁾.

117) § 69 AE 1966; § 65 StGB 1975

118) zum Aufbau und Personal: Mauch, S. 71 ff

119) §§ 130 ff RegE; §§ 8 ff AE

120) §§ 141 ff RegE; §§ 16 ff AE

121) §§ 59 ff RegE; §§ 73 ff AE

122) §§ 110 ff RegE; §§ 162 ff AE

123) Der AE geht beispielsweise für die Zukunft von der offenen Anstalt als Regeltyp aus. Die geschlossene Anstalt soll nur für Ausnahmefälle dienen. (Vgl. Begründung zu § 60 AE)

Wenn man im Zusammenhang mit dem Strafvollzug von Anstalt spricht, kann anstatt des Ortes der Freiheitsentziehung auch das Rechtsinstitut der allgemeinen Verwaltungsrechtsdogmatik gemeint sein. Voraussetzung ist allerdings, daß es sich bei den Justizvollzugsanstalten um öffentlich-rechtliche Anstalten handelt. Die klassische Definition bezeichnet die Anstalt als ein Bestand von Mitteln sachlicher und persönlicher Art, welche in der Hand eines Trägers der öffentlichen Verwaltung einem besonderen öffentlichen Zweck dauernd zu dienen bestimmt ist¹²⁴⁾. Dieser Beschreibungsansatz ist kritisiert worden, weil er keine klare Abgrenzung von der Körperschaft des öffentlichen Rechts und von der Stiftung erlaubt¹²⁵⁾. Man hat deshalb die öffentliche Anstalt als eine von einer Hoheitsperson oder von mehreren Hoheitspersonen gemeinschaftlich getragene, rechtlichsubjektivierte Organisation bezeichnet, die bestimmt ist, öffentlichen Zwecken unmittelbar zu dienen¹²⁶⁾. Es sollen darunter vorwiegend Leistungs- aber auch Eingriffsapparaturen fallen.

Einige Autoren wollen den Anstaltsbegriff allerdings auf die Leistungsverwaltung beschränken¹²⁷⁾. Für die Eingriffsverwaltung soll die Behörde der entsprechende Organisationstyp sein¹²⁸⁾. Es ist aber nicht einzusehen, warum man die Eingriffsverwaltung vom Anstaltsbegriff ausnehmen

124) Otto Mayer, Bd. 2, S. 286 f

125) Wolff II § 98 I a 4

126) Wolff II § 98 I a 6

127) Jecht, S. 104; Thieme DÖV 56, 522

128) Jecht aaO

sollte, nur weil die typische Anstaltstätigkeit in der Gewährung von Leistungen besteht. Entscheidend ist vielmehr, daß die oben genannte Definition für bestimmte Einrichtungen zutrifft.

Anstaltsträger muß also eine Hoheitsperson sein. Diese Rolle erfüllen bei den Strafanstalten die Länder als Gebietskörperschaften. Ihre Interessen werden nach der Verfassung letztlich durch die Anstalten wahrgenommen¹²⁹⁾. Die rechtlich subjektivierte Organisation Vollzugsanstalt ist darüber hinaus auch dazu bestimmt, öffentlichen Zwecken zu dienen. Im Interesse des Gemeinwohls werden Rechtsbrecher gesichert oder wieder eingegliedert.

Je nach Erscheinungsform kann man den öffentlich-rechtlichen Anstaltstyp noch näher spezifizieren. Stellt man auf die Rechtsfähigkeit ab, so sind rechtsfähige und nicht rechtsfähige Anstalten zu unterscheiden. Die Vollzugsanstalten zählen zu den nicht rechtsfähigen öffentlichen Anstalten. Im Außenverhältnis unterscheiden sie sich trotz eigenen Namens nicht von ihrer Hoheitsperson, und bilden daher keine dem Anstaltsträger gegenüber verselbständigte Zurechnungs-, Zuordnungs-, Vermögens- oder Haftungseinheit^{130) 131)}.

Wenn man nach Benutzungsform differenziert, so gibt es offene und geschlossene Anstalten. Weil die Vollzugsanstalten ihre Insassen von der Außenwelt abriegeln, gehören sie zu den abgeschlossenen Anstalten des öffentlichen Rechts¹³²

129) Art. 84 GG

130) Wolff § 98 II 1 u. 3

131) Das schließt nicht aus, daß sie im Innenverhältnis zum Anstaltsträger über einen eigenen Wirtschaftsplan, Buchführung und eigenes Personal verfügen können.

132) Wolff § 98 II g 3

Problematisch bleibt allerdings die Einstufung der Vollzugsanstalten in den öffentlich-rechtlichen Anstaltsbegriff, wenn man als zusätzliches Kriterium die Nutzbarkeit für erforderlich hält. Von einigen Autoren ist mangels Nutzbarkeit den Strafanstalten auch der Anstaltscharakter im öffentlich-rechtlichen Sinne abgesprochen worden¹³³⁾. Die Strafanstalt kenne keine Benutzer. Wenn man die Nutzbarkeit überhaupt als Wesensmerkmal der öffentlichen Anstalt gelten lassen will, so wird man den Strafanstalten diese Eigenschaft nicht absprechen können. Denn auch sie sind nutzbare, wenngleich unfreiwillig benutzte, Anstalten¹³⁴⁾. Legt man diesen richtig verstandenen Nutzbarkeitsbegriff zugrunde, verwundert es nicht, daß die Gefängnisse sogar schon zu den Versorgungsanstalten gezählt worden sind¹³⁵⁾. Ob dieser Schritt allerdings zulässig ist, erscheint mehr als fraglich. Auf jeden Fall sind Justizvollzugsanstalten aber nicht rechtsfähige, geschlossene, öffentlich-rechtliche Anstalten¹³⁶⁾.

Wie die Qualifizierung des Vollzuges als "besonderes Gewaltverhältnis"¹³⁷⁾ ist auch dessen Einstufung unter die öffentlich-rechtlichen Anstalten rein beschreibender Natur. Irgendwelche Rechtsfolgen sollen sich nicht automatisch aus dieser Einordnung ergeben¹³⁸⁾.

133) Nebinger, S. 136 f; Spannagel Diss. S. 61; RöhlJZ 254, 68

134) Wolff II § 98 II; Jellinek, S. 515 f

135) Otto Mayer 2. Bd., S. 268 ff

136) Wolff § 98 II; Grunau ZStW 70, 510; Mittermeier, S. 2; Depenbrock Diss. S. 52; Tiedemann, S. 92 f; Sauer ZStW 44, 540; Otto Mayer, Bd. 2, S. 281 u. a.

137) siehe S. 16 ff

138) siehe S. 18

Es wird Aufgabe der nächsten beiden Kapitel sein, zu klären, welche Konsequenzen die Qualifizierung des Vollzuges als sog. "besonderes Gewaltverhältnis" und als Anstalt des öffentlichen Rechts für die Position des Gefangenen hat.

- 215 Geltung des Grundsatzes von der
Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Vollzug
2151 Bedeutungsgehalt dieses Grundsatzes

Vor der Frage nach der Geltung dieses Prinzips im Vollzug ist darauf hinzuweisen, daß der Vollzug bereits oben als ein Stück staatlicher Verwaltung bezeichnet worden ist.¹³⁹⁾ Weiter soll vorab geklärt werden, was unter dem Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung allgemein verstanden wird.

In einem Staat, dessen Zweck die Schaffung oder Erhaltung eines materiellen Rechtszustandes ist, soll jede legale Machtausübung dem Gesetz als Prinzip der Gerechtigkeit entsprechen¹⁴⁰⁾. Das gilt insbesondere auch für die Verwaltung. Sie muß verfassungsmäßig und den Gesetzen entsprechend sein. Verfassungs- oder Gesetzmäßigkeit bedeutet also, daß hoheitliches Handeln in keiner Form gegen geltende Gesetze oder Verfassungsnormen verstoßen darf. Es ergeben sich für die Exekutive daher eine Reihe von bestimmten Verboten aus diesem Prinzip¹⁴¹⁾. Beispielsweise dürfen die Behörden ihre Zuständigkeiten nicht überschreiten oder Ungleichbehandlungen vornehmen. Auch folgt aus dem Grundsatz der

139) siehe S. 4 ff

140) Wolff I § 30 I a

141) Wolff aaO

gesetzmäßigen Verwaltung das Verbot unverhältnismäßigen Handelns. Darüber hinaus lassen sich aus dem Prinzip der sogenannte Vorrang des Gesetzes und der Vorbehalt des Gesetzes entnehmen¹⁴²⁾. Es handelt sich dabei um zwei Formeln, die im Vollzug besondere Bedeutung haben.

2152

Vorrang des Gesetzes

Unter Vorrang des Gesetzes versteht man die Derogationswirkung aller Staatsakte in Gesetzesform gegenüber allen anderen Akten der niedrigeren Normenhierarchie. Das formelle Gesetz überragt deshalb in seiner Bedeutung alle anderen Arten von Rechtsnormen. Ein Staatswille, der auf diesem Weg zur Erscheinung gekommen ist, kann rechtlich auf keinem anderen Weg aufgehoben, abgeändert oder unwirksam gemacht werden, und andere vorhandene staatliche Willensäußerungen aufheben, welche ihm entgegenstehen¹⁴³⁾.

Für den Bereich der "besonderen Gewaltverhältnisse" und damit auch für den Vollzug ist die Geltung des Gesetzesvorranges bestritten worden¹⁴⁴⁾. Im sogenannten Organwalterbereich sollen die zu Innenrecht umgeformten höherrangigen Außenrechtsnormen keinen Vorrang mehr gegenüber den generellen oder konkreten Anweisungen des Organwalters genießen. An die Stelle der Rangpyramide im Außenrecht trete jetzt Ranggleichheit¹⁴⁵⁾. Konkurrenzen seien nach den allgemeinen Grundsätzen über Spezialität bzw. Posteriorität zu

142) Jesch, S. 1

143) Otto Mayer, 1. Bd., S. 68

144) Rupp, S. 70 ff

145) Rupp, S. 75

lösen¹⁴⁶⁾. Daß eine konkrete Anweisung eines Organwalters abstrakt formuliertes Gesetzesrecht brechen soll, erscheint gerade im Hinblick auf den Vollzug besonders bedenklich. Im Bereich der sogenannten "besonderen Gewaltverhältnisse" tritt die Exekutivgewalt dem Einzelnen besonders intensiv gegenüber¹⁴⁷⁾. Der allgemeine Rechtsstaatsgedanke fordert deshalb ein anderes Ergebnis. Rechtssicherheit und Kontrolle ist nur dann möglich, wenn auch im Bereich der "besonderen Gewaltverhältnisse" der Gesetzesvorrang gilt.

2153 Vorbehalt des Gesetzes

21531 Begriff

Während der Vorrang des Gesetzes speziell durch Art. 20 III GG geregelt ist, normiert die Verfassung den Vorbehalt des Gesetzes¹⁴⁸⁾ nicht ausdrücklich¹⁴⁹⁾. Man leitet ihn aus den Grundrechten¹⁵⁰⁾ oder aus dem Rechtsstaatsprinzip ab¹⁵¹⁾. Vorbehalt des Gesetzes bedeutet, daß Staatsakte bestimmten Inhalts nur rechtmäßig sind, wenn sie aufgrund eines Gesetzes ergehen. Gewisse Sachbereiche können nur durch Gesetz oder durch untergesetzlichen Staatsakt auf der Basis einer gesetzlichen Ermächtigung geregelt werden¹⁵²⁾. Das Fehlen

146) Rupp, S. 71

147) siehe S. 11 und 14

148) Von dem hier erörterten allgemeinen Gesetzesvorbehalt sind die Gesetzesvorbehalte bei den einschränkbaren Grundrechten streng zu unterscheiden.

149) Maunz-Dürig, GG Art. 20, 128; Thieme JZ 64, 8.
Jesch, S. 5, 134, 189

150) Jesch, S. 134, 156 ff

151) Maunz-Dürig, GG Art. 20, 128; Thieme aaO

152) Jesch, S. 30

des Gesetzes führt zur Rechtswidrigkeit des Staatsaktes.

21532

Grundsätzliche Geltung im sogenannten "besonderen Gewaltverhältnis"

Auch die Geltung des Gesetzesvorbehaltes ist für die sogenannten "besonderen Gewaltverhältnisse" verneint worden¹⁵³⁾. Der Vorbehalt des Gesetzes soll allein im allgemeinen Gewaltverhältnis Bedeutung erlangen. Hoheitsakte im Bereich der "besonderen Gewalt" seien "Hausgut" der Verwaltung¹⁵⁴⁾. Diese Ansicht beruht auf einem Verständnis der "besonderen Gewaltverhältnisse" als rechtsfreie Innenräume des Staates¹⁵⁵⁾. Recht und "besondere Gewalt" sind aber gerade keine Gegensätze mehr¹⁵⁶⁾. Das Vordringen des Rechts im "besonderen Gewaltverhältnis" hat auch die Vorbehaltsproblematik beeinflusst¹⁵⁷⁾. Die veränderten Machtverhältnisse im Staat und die damit verbundene Stärkung des Parlaments¹⁵⁸⁾ erfordern eine Einflußnahme des Gesetzgebers auf Gebieten der "besonderen Gewalt". Unter dem modernen Verfassungsverständnis darf es keine Räume geben, in denen die Verwaltung ohne Einflußnahme des Parlaments tätig werden kann. Die prinzipielle Geltung des Vorbehaltsprinzips ist daher auch in den "besonderen Gewaltverhältnissen" anerkannt¹⁵⁹⁾. Sie folgt aus dem Wandel der Verfassungsstruktur und der damit verbundenen Veränderung des Vor-

153) Otto Mayer, Bd. I, S. 101

154) W. Jellinek, S. 122

155) Thieme, JZ 64, 83

156) siehe S. 12

157) Jesch, S. 208

158) Thieme, JZ 64, 82

159) Wolff II, § 99 IV; Thieme JZ 64, 81 f.

behaltsbereich¹⁶⁰⁾.

21533 Anforderungen an ein Gesetz im Sinne
 dieses Vorbehaltes

215331 bei der Begründung des Vollzugs-
 verhältnisses

Fraglich bleibt, wie das Gesetz im Sinne des Vorbehaltes beschaffen sein muß. Genügt eine verfassungsrechtliche Globalermächtigung, eine Anstaltsordnung, Gewohnheitsrecht oder ist ein formelles Parlamentsgesetz erforderlich ? Bei der zwangsweisen¹⁶¹⁾ Begründung eines "besonderen Gewaltverhältnisses" kann dem Gesetzesvorbehalt nur durch ein formelles Gesetz entsprochen werden. Wo es um das "ob" des "Gewaltverhältnisses" geht, steht die gewaltenteilende Funktion des Gesetzesvorbehaltes im Vordergrund¹⁶²⁾. Nur ein formelles Parlamentsgesetz kann diese Funktion erfüllen, weil so die Zuständigkeit der ersten Gewalt garantiert bleibt, und das Gebiet vor Übergriffen der Exekutive geschützt wird. Der Begriff des "besonderen Gewaltverhältnisses" als solcher, sowie Gewohnheitsrecht können ein formelles Gesetz nicht ersetzen. Damit die Beteiligung der ersten Gewalt gewährleistet ist, muß ein formelles Parlamentsgesetz der zwangsweisen Begründung eines "besonderen Gewaltverhältnisses" zugrunde liegen.

160) Jesch, S. 211

161) Bei der freiwilligen Begründung wird oft die freiwillige Unterwerfung des Betroffenen als ausreichend erachtet. (Vgl. Thieme JZ 64, 83f)

162) Schüler-Springorum, S. 68

Im Vollzug ist daher der Gesetzesvorbehalt nur erfüllt, wenn die Begründung eines Gefangenschaftsverhältnisses durch formelles Gesetz geregelt ist. Durch die Normierung der Freiheitsstrafe und der Maßregeln im StGB¹⁶³⁾, der Untersuchungshaft in der StPO¹⁶⁴⁾ und des Jugendarrestes bzw. der Jugendstrafe im JGG¹⁶⁵⁾ sind formelle Gesetzesgrundlagen vorhanden, die trotz ihrer Unvollständigkeit ausreichen.

215332

bei der innerlichen Ausgestaltung
des Vollzugsverhältnisses

Bei der inneren Ausgestaltung, also bei der Frage nach dem "wie" eines "besonderen Gewaltverhältnisses", ist man teilweise der Auffassung, daß der sogenannte Zweck des Gewaltverhältnisses bzw. der Anstaltszweck¹⁶⁶⁾ ein formelles Gesetz vertreten kann¹⁶⁷⁾. Mit der gesetzlichen Ermächtigung zur Einordnung des Bürgers in ein "besonderes Gewaltverhältnis" sei auch die Ermächtigung verbunden, die zur Erfüllung des Zweckes dieses Verhältnisses erforderlichen Maßnahmen zu treffen¹⁶⁸⁾. Soweit es um den Vollzug geht, wird mit dessen Einordnung als "besonderes Gewaltverhältnis" oder als Anstalt die Folge verbunden, der Vollzugszweck könne ein formelles Gesetz ersetzen¹⁶⁹⁾. Dadurch

163) §§ 18 ff, 42 a ff StGB aF/38 ff, 61 ff StGB nF

164) § 119 StPO

165) §§ 90 f JGG

166) Da der Vollzug gleichzeitig sog. "besonderes Gewaltverhältnis" und öffentliche Anstalt ist (siehe S. 16 ff/ 26 ff) und die Problematik im Hinblick auf den Gesetzesvorbehalt identisch ist, wird auf eine weitere Differenzierung zwischen Zweck des "besonderen Gewaltverhältnisses" und Anstaltszweck verzichtet. Die Vollzugsrechtsprechung verwendet beide Begriffe synonym (Vgl. OLG Oldenburg MDR 64, 1027)

167) Ule u. Krüger VVDStL 15, 109 ff; Wolff, § 32 IV c; Thieme, JZ 64, 82 ff u.a.

168) Thieme JZ 64, 83

169) Depenbrock Diss. S. 49; Jacobi, ZStW 50, 349; Tiedemann, S. 93; Beier Diss. S. 31; Schwenk Diss. S. 38; Reimer Diss. S. 25; Baumann, MSchr-Krim. 64, 61

wird jedoch das "besondere Gewaltverhältnis" Vollzug mit der ganzen Unsicherheit belastet, die der Lehre von Sinn und Zweck der Strafe anhaftet¹⁷⁰⁾. Vorhersehbarkeit der Maßnahmen, berechtigtes Interesse an einer rechtssatzmäßigen Differenziertheit der Regelungen sowie der Vertrauensschutz der Gefangenen sind rechtsstaatliche Forderungen, die eine Einstufung von unbestimmten Zwecken als taugliche Grundlage im Sinne des Gesetzesvorbehaltes nicht zulassen.

Die Begriffe Zweck des "besonderen Gewaltverhältnisses" und Anstaltszweck müssen deshalb als Ersatzmöglichkeiten für ein formelles Gesetz im Bereich des allgemeinen verwaltungsrechtlichen Gesetzesvorbehaltes ausscheiden¹⁷¹⁾.

Als mögliche Grundlage kann jedoch die bundeseinheitliche Dienst- und Vollzugsordnung der Länder in Frage kommen. Der Rechtssatzcharakter ist dieser Vorschrift überwiegend abgesprochen worden¹⁷²⁾. Berücksichtigt man die zahlreichen auf die DVollzO gestützten Verwaltungsakte, die unbestritten Rechtsnormen sind, so erscheint es bedenklich, deren Grundlage die Rechtsqualität abzusprechen. Darüberhinaus ergibt sich der Rechtssatzcharakter auch positiv: Die DVollzO enthält Pflichten für beide am Vollzugsverhältnis Beteiligten. Die jene Verpflichtungen anordnenden Vorschriften sind daher Normen, und weil abstrakt-generell gefaßt, Rechtssätze¹⁷³⁾.

170) Baumann, MSchrKrim. 64, 65

171) Vgl. Schüler-Springorum, S. 67;
Spannagel Diss. S. 71

172) Depenbrock, NJW 63, 89; Altenhain GA 66, 110
Fußnote 3; OLG Hamburg NJW 63, 1790

173) Vgl. Schüler-Springorum, S. 73 (Den Rechtssatzcharakter bejahen: Baumann MSchrKrim. 64, 61; Tiedemann, S. 54 ff)

Selbst nach Bejahung des Rechtssatzcharakters erscheint in Bezug auf den Gesetzesvorbehalt nicht viel gewonnen, da diese Vorschrift kein formelles Parlamentsgesetz darstellt. Es ist jedoch fraglich, ob der Vorbehalt des Gesetzes bei der inhaltlichen Ausgestaltung des sogenannten "besonderen Gewaltverhältnisses" überhaupt formelle Gesetzesqualität fordert. Der Vorbehalt hat in diesem Bereich die Funktion für eine möglichst umfassende Durchnormierung zu sorgen, damit die hoheitlichen Maßnahmen vorhersehbar und kontrollierbar werden. Dieser Regelungsfunktion im Innenbereich kann aber ein Ensemble guter Verwaltungsvorschriften besser gerecht werden als ein schlechtes Parlamentsgesetz¹⁷⁴⁾. Gewaltenteilende Aufgaben - wie etwa bei der Begründung eines "besonderen Gewaltverhältnisses"¹⁷⁵⁾ - hat der Gesetzesvorbehalt an dieser Stelle nicht. Man kann deshalb bei der inneren Ausgestaltung eines "besonderen Gewaltverhältnisses" auf ein Parlamentsgesetz verzichten, ohne daß dadurch das Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung in Gestalt des Gesetzesvorbehaltes verletzt wird. Voraussetzung ist allerdings die Existenz von Vorschriften, die das gesamte Gebiet rechtssatzmäßig gliedern und ordnen.

Dem Vorbehalt des Gesetzes ist daher im Vollzug im Hinblick auf eine innere Ausgestaltung durch die DVollzO gerade noch entsprochen. Das neue parlamentarisch legitimierte Vollzugsgesetz wird die dennoch zurückgebliebenen Bedenken endgültig zerstreuen.

174) Schüler-Springorum, S. 68

175) siehe S. 33 f

216	Die Grundrechte der Gefangenen
2161	Generelle Bedeutung der Grundrechte im Vollzug

Während im vorhergegangenen Abschnitt die Bedeutung der Gesetzmäßigkeit einer Verwaltung als allgemeines verwaltungsrechtliches Prinzip im Vollzug behandelt wurde, soll nun die grundrechtliche Stellung der Gefangenen im Vordergrund stehen. Es handelt sich dabei um eine gesonderte Problemstufe¹⁷⁶⁾, die aber mit der oben dargestellten im Zusammenhang steht, und sich teilweise mit ihr überlagert. Dabei wiederholen sich alle bereits erwähnten Zweifel¹⁷⁷⁾, allerdings auf die höhere verfassungsrechtliche Tonart gestimmt¹⁷⁸⁾. Die Schwierigkeiten des Vollzuges werden auf der verfassungsrechtlichen Ebene besonders deutlich, weil in den meisten Fällen nicht das allgemeine Gesetzmäßigkeitsprinzip, sondern Grundrechtsverletzungen Streitgegenstand sind.

Die prinzipielle Geltung der Grundrechte im Vollzug wird heute nicht mehr bestritten¹⁷⁹⁾. Problematisch ist, in welchem Umfang die Grundrechte gewährleistet und auf welche Art und Weise sie einschränkbar sind. Nach allgemeinen verfassungsrechtlichen Regeln können Grundrechte nur nach Maßgabe des im Grundrechtsteil ausdrücklich vorgesehenen Einschränkungsgünde beschnitten werden. Dabei kommt dem Gesetz entscheidende Bedeutung zu. Oft ist im Grundrechtstatbestand schon zum Ausdruck gebracht, daß eine Beschränkung durch einfaches Gesetz erfolgen darf. Es muß dabei beachtet werden, daß das

176) Leisner, DVBl. 60, 618

177) siehe S. 34 und 36

178) Schüler-Springorum, S. 43

179) Vgl. Tiedemann, S. 93

Wesen des Grundrechts unangetastet bleibt¹⁸⁰⁾, und daß der Eingriff verhältnismäßig ist. Wenn das einschränkende Gesetz nachkonstitutionell ist, soll es das betroffene Grundrecht nennen¹⁸¹⁾. Man spricht bei einer solchen Beschränkungsmöglichkeit vom verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt¹⁸²⁾. Es ist nun fraglich, ob im Hinblick auf die besondere Stellung des Gefangenen die allgemeinen Regeln über Grundrechtsbeschränkungen im Vollzug modifiziert werden müssen.

- 2162 Umfang der Grundrechte im Vollzug
21621 Die überkommene herrschende Meinung

Die überkommene herrschende Lehre¹⁸³⁾ und Rechtsprechung¹⁸⁴⁾ schränkt den oben erörterten Grundsatz, daß Grundrechte nur durch oder aufgrund eines Gesetzes einschränkbar sind, für den Bereich der "besonderen Gewaltverhältnisse" und damit auch für den Vollzug ein. Grundrechtsbeschränkungen sollen auch dann zulässig sein, wenn Sinn und Zweck des spezifischen "besonderen Gewaltverhältnisses" es erfordern. Zur Begründung dieses Ergebnisses werden zwei verschiedene Möglichkeiten angeführt. Einmal ist das "besondere Gewaltverhältnis" zur Erfüllung des grundrechtlichen Gesetzesvorbehaltes einge-

180) Art. 19 II GG

181) Art. 19 I 2 GG

182) Von diesem Begriff ist der oben erörterte allgemeine verwaltungsrechtliche Gesetzesvorbehalt zu unterscheiden (siehe S. 31)

183) Wolff, § 32 IV c; Hesse § 10 III 2; Hilde Krüger ZBR 56, 304; Herbert Krüger und Ule VVDStL 15, 109 ff; v. Münch Diss. S. 14 ff; v. Mangoldt-Klein S. 133 u. a.

184) für viele: BayVGH VerwRspr. 13, 1

setzt worden¹⁸⁵⁾. Der Begriff "besonderes Gewaltverhältnis" vertritt nach dieser Ansicht die parlamentarisch zustande gekommene Eingriffsgrundlage. Ein förmliches Gesetz sei nach Art. 19 I GG nicht erforderlich und die Nennung des Grundrechts erübrige sich, weil die Kategorie der "besonderen Gewaltverhältnisse" den vorkonstitutionellen Gesetzen gleichstehe¹⁸⁶⁾.

Häufiger als ein dem verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt genügender Begriff wird das "besondere Gewaltverhältnis" von Vertretern der überkommenen herrschenden Meinung als sogenannte immanente Gewährleistungsschranke angesehen¹⁸⁷⁾. Damit sind solche Schranken gemeint, die in der Art und Weise der verfassungsrechtlichen Gewährleistung des Grundrechtes selbst enthalten sind. Die Gewährleistungsschranken sind deshalb von den Vorbehaltsschranken zu trennen. Sie sollen den von vornherein feststehenden Gehalt der Grundrechte mitbestimmen. Es handelt sich gar nicht um Schranken im eigentlichen Sinne, sondern um Begriffsfestlegungen¹⁸⁸⁾. Gewährleistungsschranken können Grundrechte nach ihrem Wesen sachlich begrenzen (= sachliche Gewährleistungsschranken), oder sie können sich auf die Person des Grundrechtsträgers beziehen (= persönliche Gewährleistungsschranken)¹⁸⁹⁾. Da der Eingriff in ein "besonderes Gewaltverhältnis" die persönliche Stellung des Rechtsträgers bestimmt und beeinflusst, sind nach dieser Ansicht die "besonderen Gewaltverhältnisse" zu

185) Leisner DVBl 60, 326; Hammann, S. 63; Forsthöf, 6. Aufl. S. 155

186) Leisner DVBl 60, 326

187) v.Mangoldt-Klein, S. 133-139; Grunau ZStW 70, 511; OLG Nürnberg GA 61, 249

188) v.Mangoldt-Klein, S. 122

189) v.Mangoldt-Klein, aaO

zählen.¹⁹⁰⁾ Die Grundrechte der Betroffenen sollen also von vornherein insoweit beschränkt sein, wie Sinn und Zweck des jeweiligen "besonderen Gewaltverhältnisses" es erfordern. Mag man die "besonderen Gewaltverhältnisse" als Grundrechtsgesetzesvorbehalte oder als immanente persönliche Gewährleistungsschranken ansehen, im Ergebnis herrscht Einigkeit: Es liege im Wesen eines "besonderen Gewaltverhältnisses", daß der Einzelne besonderen Verpflichtungen unterworfen sei, denen er im allgemeinen Gewaltverhältnis nicht untersteht. Die Regel, daß Grundrechte nur durch oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden können, erleide eine Ausnahme, wenn der Betroffene Grundrechtsträger sich in einem "besonderen Gewaltverhältnis" befindet.

Für den Vollzug argumentiert man zusätzlich mit dem Begriff der Verfassungsinstitution¹⁹¹⁾. Das Grundgesetz habe den Vollzug in Art. 12 IV in Verbindung mit Art. 104 institutionalisiert¹⁹²⁾. Diese Institutionalisierung habe einen materiellen Gehalt, der nur durch Funktionieren - sei es unter Grundrechtsbeschränkungen - zu realisieren ist.¹⁹³⁾ Da das Grundgesetz als ein einheitliches Ganzes angesehen werden müsse, könnten einzelne Grundrechte nicht in einem Umfang gewährt werden, der die Ausübung anderer Grundrechte illusorisch macht¹⁹⁴⁾.

Auch die Vollzugsrechtsprechung rechtfertigt eine große Anzahl von Grundrechtseingriffen,

190) v.Mangoldt-Klein, S. 127

191) v.Münch JZ 58, 73; Tiedemann, S. 93 ff; Depenbrock, Diss. S. 56 ff; OLG Frankfurt JR 64, 393

192) Tiedemann, S. 97

193) v.Münch, JZ 58, 73

194) v.Münch aaO

indem sie sich auf den Begriff des "besonderen Gewaltverhältnisses" beruft. Sinn und Zweck sowie die Funktion des "besonderen Gewaltverhältnisses" Vollzug werden oftmals zur Begründung von Beschlüssen nach den §§ 23 ff EGGVG herangezogen, in denen die Gerichte eine Beeinträchtigung der Grundrechte für rechtmäßig erklärten¹⁹⁵⁾.

1622

Die moderne Ansicht

Die mit dem Vordringen des Rechtsstaates verbundene Stärkung der Grundrechte bleibt auch für die "besonderen Gewaltverhältnisse" nicht ohne Wirkung. Zu Recht wird die überkommene herrschende Meinung zunehmend kritisiert. Das "besondere Gewaltverhältnis" sei eine Begriffsschöpfung der Theorie, vom Grundgesetz weder als Gewährleistungsschranke noch als Gesetzesvorbehalt anerkannt.

Als Gewährleistungsschranke muß das "besondere Gewaltverhältnis" deshalb für untauglich befunden werden, weil die immanente Beschränkung eines Grundrechtes nur dann zulässig ist, wenn das Interesse des Gemeinwohles dem Interesse des Einzelnen überwiegt. Stehen sich aber unspezifische Begriffe wie Vollzugszweck, Natur des Vollzuges, bzw. Wesen der Anstalt und Interesse des einzelnen Gefangenen am Grundrechtsschutz gegenüber, so muß die Güterabwägung um

195) OLG Frankfurt NJW 64, 2073;
OLG Oldenburg MDR 64, 1027;
OLG Celle NJW 68, 123;
OLG Koblenz NJW 71, 531.

der Bedeutung der Grundrechte willen zu Gunsten des Grundrechtsträgers ausfallen. Gerade im Vollzug besteht die Gefahr, daß mit unbestimmten Zwecken jede Grundrechtbeschränkung in der gewünschten Weise legitimiert wird. Deshalb werden auch die Synonyma Anstaltszweck, Funktion des Vollzuges oder Aufgabe des "besonderen Gewaltverhältnisses" als Leerformeln mit tautologischer Natur bezeichnet¹⁹⁶⁾. Weil es an der Eindeutigkeit der Begriffe fehlt, kann der Hinweis auf den Zweck des Vollzuges oder die Aufgabe der Anstalt nur die neue unbeantwortete Frage aufwerfen, was damit gemeint sei¹⁹⁷⁾.

Auch als verfassungsrechtlicher Gesetzesvorbehalt kann das "besondere Gewaltverhältnis" Vollzug nicht dienen¹⁹⁸⁾. Nur ein formelles Parlamentsgesetz garantiert, daß bei den Grundrechten mit Gesetzesvorbehalt der vom Verfassungsgeber gewollte Weg eingehalten wird. Die Grundrechte sollen zwar einschränkbar sein, aber nur durch formelles Gesetz. Deshalb genügen auch die Vorschriften der DVollzO dem grundrechtlichen Gesetzesvorbehalt nicht. Die zahlreichen Vorbehalte liefen ins Leere, stünde es im Belieben der Verwaltung, durch die Schaffung von Rechtsnormen der gekennzeichneten Art das Erfordernis einer gesetzlichen Regelung zu umgehen¹⁹⁹⁾. Das Prinzip der Gewaltenteilung kann nur gewahrt bleiben, wenn die vom Grundgesetz zugelassenen Beschränkungen der Grundrechte durch oder aufgrund eines Parlamentsgesetzes erfolgen. Ein von der Verwaltungsdomatik entwickelter sowie von der Rechtspre-

196) Müller-Dietz, Vollzugsgesetzgebung und Vollzugsreform, S. 74

197) Müller-Dietz a.a.O.

198) Müller-Dietz, S. 74 ff; Schüler-Springorum, S. 100

199) Müller-Dietz, S. 75

chung rezipierter Begriff oder eine von der Exekutive erlassene Vorschrift entsprechen diesen rechtsstaatlichen Anforderungen nicht²⁰⁰⁾.

Auch ist der Versuch abzulehnen, den Vollzug als Verfassungsinstitution mit einhergehenden Grundrechtseinschränkungen einzuordnen²⁰¹⁾.

Nähere Ausführungen zum Wesen des Vollzuges als Verfassungseinrichtung fehlen im Grundgesetz. Aus Art. 104 GG ergibt sich nur die Möglichkeit der Freiheitsentziehung, und aus Art. 12 IV GG die Zulässigkeit der Zwangsarbeit während dieser Zeit. Das reicht für die Annahme einer Verfassungsinstitution nicht aus²⁰²⁾. Weiterhin läßt der Verfassungstext an keiner Stelle den Schluß zu, daß die grundgesetzlich anerkannte Freiheitsstrafe nur in der herkömmlichen Vollzugsform vollstreckt werden dürfe.

Die strafrechtliche Abteilung des 48. DJT²⁰³⁾, die 1967 eingesetzte Strafvollzugskommission²⁰⁴⁾, die Bundesregierung²⁰⁵⁾ und die Verfasser des Alternativentwurfes zum Vollzugsgesetz²⁰⁶⁾ bemängeln ebenfalls den verfassungsrechtlich unzulässigen Zustand.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 16. 3. 72 die Diskussion beendet²⁰⁷⁾. Das Gericht schließt sich der den herrschenden Zustand kritisierenden Ansicht an. Es entscheidet,

200) Schüler-Springorum, S. 103; Müller-Dietz, S. 77 f

201) siehe S. 40

202) Schüler-Springorum, S. 97

203) DJT 48, Sitzungsberichte, Bd. 2, N. 175

204) Tagungsberichte der Vollzugsgesetzkommission II, S. 107

205) Die Auffassung der Bundesregierung wird durch den RegE zum Vollzugsgesetz dokumentiert.

206) AE zum Vollzugsgesetzentwurf der Bundesregierung (April 1973)

207) BVerfGE 33,1 = NJW 72, 811 = DVE 72, 385 = DÖV 72, 561 = JZ 72, 352

daß auch die Grundrechte von Gefangenen nur durch oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden dürfen. Das Verfassungsgericht rügt gleichzeitig Rechtsprechung und Lehre, die mit Hilfe der Rechtsfigur "besonderes Gewaltverhältnis" eine eigenständige Grundrechts-schranke für Strafgefangene konstruiert haben. Dadurch seien die Grundrechte der Gefangenen in einer unerträglichen Unbestimmtheit relativiert worden. Eine nähere Begründung für dieses Ergebnis gibt das Gericht allerdings nicht. Doch dürften mutmaßlich die gleichen Gründe maßgeblich gewesen sein, die oben²⁰⁸⁾ gegen das "besondere Gewaltverhältnis" und die DVollzO als Gesetzesvorbehalt aufgeführt wurden.

Eingriffe müssen aber noch für eine gewisse Übergangszeit hingenommen werden²⁰⁹⁾. Das BVerfGer trägt damit dem Umstand Rechnung, daß die Wertordnung des Grundgesetzes dem Gesetzgeber einen angemessenen Zeitraum zum Erlass eines Vollzugsgesetzes zugestanden hat, und daß der Gesetzgeber diese Zeit in der Vergangenheit nicht ungenutzt verstreichen ließ. Dabei ist nach Auffassung des Gerichts zu berücksichtigen, daß bis in jüngste Zeit die Ansicht vertreten wurde, die Grundrechte des Gefangenen seien durch das Vollzugsverhältnis generell eingeschränkt. Unter Beachtung dieser Sachlage müßten Eingriffe noch bis zum Ende der 6. Legislaturperiode hingenommen werden. Wegen der unvorhergesehenen Verkürzung der 6. Legislaturperiode muß nun das Ende der 7. Legislaturperiode die für den Gesetzgeber entscheidende Frist sein.

208) siehe S. 34

209) Leitsatz b) der Entscheidung

Aber auch während dieser Übergangszeit sind Eingriffe ohne gesetzliche Stütze nicht beliebig zulässig²¹⁰⁾. Sie sollen nur dann rechtmäßig erfolgen, wenn sie zur geordneten Funktion des Vollzuges notwendig sind. Weiterhin enthält die Entscheidung eine Empfehlung an den Gesetzgeber. Einschränkungen der Rechte des Gefangenen kommen nur in Betracht, wenn sie zur Erreichung eines von der Wertordnung des Grundgesetzes gedachten, gemeinschaftsbezogenen Zweckes unerlässlich sind²¹¹⁾. Nur das entspricht nach zutreffender Ansicht des Gerichts der umfassenden Bindung der staatlichen Gewalt an die Grundrechte durch Art. 1 III GG.

In der Literatur ist diese Entscheidung fast ausnahmslos begrüßt worden²¹²⁾. Man spricht von der Erfüllung eines Vermächtnisses, das Freudenthal zu Beginn des Jahrhunderts dem Vollzug hinterlassen habe²¹³⁾. Sogar von Nachsicht des BVerfGer. mit dem Gesetzgeber ist die Rede²¹⁴⁾.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die hier vertretene Ansicht der rechtsstaatlichen Stellung des Gefangenen entspricht, die er auch durch Urteilsspruch nicht verliert. Bei der Grundrechtsbeschränkung im Vollzug sind die vom BVerfGer. aufgestellten Grundsätze beachtlich. Der Gefangene hat zwar nicht die gleichen

210) BVerfGer. a. a. O.

211) Leitsatz c) der Entscheidung

212) Fuß DÖV 72, 765; Müller-Dietz NJW 72, 1161; Rupprecht NJW 72, 1345; Starck JZ 72, 358; Maetzel DÖV 72, 563; Kritisch äußert sich Forsthoff (VerwR I 10. Aufl. S. 127 Fußn. 1): Das Urteil überzeuge u. a. deshalb nicht, weil die Grundrechtsbeschränkung bei Gefangenen nicht ipso iure eintritt, sondern die Folge eines richterlichen Urteils ist, das den Betroffenen in den Status eines Gefangenen versetze. Im übrigen sei die Tragweite des Urteils derzeit noch nicht übersehbar.

213) Müller-Dietz NJW 72, 1162

214) Rupprecht NJW 72, 1345

Grundrechte wie der in Freiheit lebende Bürger, was sich aus der Natur der Freiheitsentziehung ergibt. Er hat aber einen Anspruch darauf, daß sich die Schranken aus einem Parlamentsgesetz ergeben und somit für ihn im konkreten Fall vorhersehbar sind. Sinn und Zweck des "besonderen Gewaltverhältnisses" können diese Aufgabe nicht erfüllen. Soweit sich die Grundrechtsbeschränkungen noch nicht aus einem formellen Gesetz ergeben²¹⁵⁾, muß das neue Vollzugsgesetz diese Lücken schließen²¹⁶⁾.

- 217 Der Rechtsschutz des Gefangenen
2171 Formlose Rechtsbehelfe nach altem Recht

Um die oben aufgezeigte Rechtsposition auch verwirklichen zu können, braucht der Strafgefangene wirksame Rechtsbehelfe.

In größeren Vollzugsanstalten sind aus Entlastungsgründen zahlreiche Entscheidungen vom Anstaltsleiter auf den Vertreter, Abteilungsleiter, Sicherheitsinspektor oder Sozialarbeiter delegiert. Dem Anstaltsleiter bleiben meist nur noch die komplizierteren oder voraussichtlich abzulehnenden Anliegen. Daneben hat er aber auch nach Nr. 194 DVollzO über Beschwerden zu entscheiden, die der Gefangene gegen Maßnahmen der nachgeordneten Organe vorbringt. Wendet sich der Gefangene mit seiner Beschwerden direkt an die Aufsichtsbehörde, wird diese Angelegenheit dem Anstaltsleiter zur Erledigung in eigener Sache übergeben. Das gilt nicht für Beschwerden gegen ärztliche und geistliche Maßnahmen oder

215) So z.B. aus §§ 14 ff StGB aF/38 ff StGB nF; § 119 StPO; §§ 90 f JGG

216) Dabei handelt es sich um alle Grundrechtsbeschränkungen, die bei der inneren Gestaltung des Vollzuges notwendig sind.

auch die eines Psychologen, wenn sie so sehr fachlicher Art sind, daß sie sich der Weisungsbefugnis des Anstaltsleiters entziehen²¹⁷⁾.

Gemäß Nr. 194 2 DVollzO hat der Gefangene die Möglichkeit, sich gegen die Entscheidung des Anstaltsleiters im Wege der Dienstaufsicht zu beschweren. Diese Dienstaufsichtsbeschwerde ist nach Nr. 195 2 DVollzO der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorzulegen. Eine Stellungnahme des Anstaltsleiters sowie die Personalakten des Beschwerdeführers sind beizufügen. Die Dienstaufsichtsbeschwerde ist frist- und formlos. Allerdings kann die Aufsichtsbehörde nach Nr. 195 4 DVollzO ein Verfahren einleiten, wenn der Inhalt strafbar ist. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde enthält lediglich die Anregung für die Verwaltung, sich mit der von ihr geregelten Angelegenheit nochmals zu befassen. Der Gefangene selbst hat kraft eigenen Rechts keinen unmittelbaren Einfluß auf das Schicksal seiner Eingabe. Wenn die Behörde jedoch bestimmte Arten generell zu beantworten pflegt, kann auf Grund dieser tatsächlichen Übung die angegangene Stelle unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes zu einem Bescheid verpflichtet sein. Nicht beantwortet zu werden brauchen Beschwerden beleidigenden Inhalts oder Eingaben, die eine bereits beschiedene Angelegenheit nur wiederholen²¹⁸⁾.

Wenn sich die Aufsichtsbehörde der Sache angenommen hat, prüft sie neben der Rechtmäßigkeit auch die Angemessenheit der angegangenen Maßnahme. Das ist deshalb sinnvoll, weil die Aufsichtsbehörde

217)Grunau, DVollzO Nr. 195 4

218)Vgl. Grunau DVollzO Nr. 194 2

sachkundig die Angelegenheit beurteilen kann. Als weiterer formloser Rechtsbehelf steht dem Gefangenen nach Art. 17 GG das Petitionsrecht zu. Er kann sich schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen²¹⁹⁾ oder an die Volksvertretung wenden. Der Petitionsempfänger entscheidet nicht über die Rechtmäßigkeit einer Maßnahme. Er ist nur zur Entgegennahme und Erledigung im Sinne einer sachlichen Prüfung verpflichtet²²⁰⁾. Das gilt nicht, wenn die Eingabe etwas Verbotenes verlangt, die Grenzen der Formalbeleidigung überschreitet oder wider besseres Wissen eingebracht wird²²¹⁾. Bei der Beurteilung dieser Kriterien ist situationsbedingte starke Erregbarkeit der Gefangenen zu berücksichtigen²²²⁾.

Neben der Entgegennahme und sachlichen Prüfung muß die zuständige Stelle darüber hinaus die ordnungsgemäße Beantwortung der Petition vornehmen²²³⁾.

2172

Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach altem Recht

Durch das Inkrafttreten der Verwaltungsgerichtsordnung²²⁴⁾ wurde das EGGVG dahingehend erweitert, daß dem Gefangenen ein besonderer Rechtsschutz zu gewähren ist²²⁵⁾.

219) Zuständig i.S. von Art. 17 GG heißt nicht abhilfebefugt. Es kommt vielmehr auf den Grad der Einflußmöglichkeiten an (Vergleiche Wernicke BK Art. 17 II 3 a).

220) BVerfGE 2, 330

221) v. Mangoldt-Klein, Art. 17 III 3

222) Depenbrock, Diss. S. 160

223) BVerfGE 2, 225; v. Mangoldt-Klein Art. 17 GG^{II}₄

224) 21. 1. 1960

225) Mit Geltung vom 1. 4. 1960

Gemäß § 23 I 2 EGGVG in Verbindung mit Nr. 196 DVollzO kann der Verurteilte Anordnungen, Verfügungen oder sonstige Vollzugsmaßnahmen durch ein Antragsverfahren gerichtlich überprüfen und im Fall der Rechtswidrigkeit aufheben lassen. Die vom Antragsteller angefochtene Maßnahme muß Verwaltungsaktqualität haben. Dieser Anforderung entsprechen in der JVA nur die Einzelfallregelungen des Anstaltsleiters, denn allein er ist Behörde im Sinne des allgemeinen Verwaltungsrechts²²⁶⁾. Nach § 23 II kann der Gefangene auch im Wege eines Verpflichtungsantrages anstreben, daß die Behörde zum Erlaß eines Verwaltungsaktes verurteilt wird.

Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung ist nur zulässig, wenn der Gefangene auch geltend macht, durch die Maßnahme oder Ablehnung in seinen Rechten verletzt zu sein (§ 24 I EGGVG)²²⁷⁾. Die Zulässigkeit eines Antrages hängt also vom Bestand eines subjektiven Rechts ab. Die Rechtsposition des Gefangenen muß tangiert sein, ein rein tatsächliches Geschehen²²⁸⁾ ist nicht mit Hilfe der §§ 23 ff EGGVG angreifbar. In Zweifelsfällen ist die Zulässigkeit eines Antrages aber zu bejahen²²⁹⁾. Zuständig für die gerichtliche Entscheidung ist nach § 25 EGGVG in erster und letzter Instanz ein Strafsenat beim Oberlandesgericht. Die Antragsfrist bzw. die Wiedereinsetzung regelt § 26 EGGVG.

226) Wolff, § 98 II d 2

227) entspr. dem § 42 I VwGO

228) z.B. verspätete Briefausgabe; Festsetzung der Essenszeit

229) Kellner DÖV 63, 421; Maunz-Dürig, Art. 2 I 26, 19 IV 25; OLG Hamburg JZ 61, 167.

§ 24 II EGGVG knüpft die Zulässigkeit des Antrages an die Durchführung eines Vorverfahrens, soweit nach Landesrecht ein förmliches Vorschaltverfahren vorhanden ist²³⁰⁾. Die Dienstaufsichtsbeschwerde ist kein förmlicher Rechtsbehelf im Sinne dieser Vorschrift²³¹⁾. Einige Länder haben ein förmliches Vorverfahren eingerichtet, entweder um die Senate zu entlasten, oder um noch eine letzte Überprüfungsmöglichkeit für die Behörden zu schaffen.²³²⁾ Die vorgeschaltete Beschwerde wird über die Anstalt der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Erst gegen deren Bescheid kann der Betroffene gerichtlich vorgehen. In Bundesländern, die ein solches Vorschaltverfahren nicht kennen, wendet sich der Gefangene direkt an das Oberlandesgericht. Ist der Antrag entweder ohne Vorschaltverfahren oder nach dessen Durchführung dort eingegangen, wird der Generalstaatsanwalt eingeschaltet, weil nach § 29 II EGGVG die Vorschriften der Strafprozeßordnung über das Beschwerdeverfahren sinngemäß gelten.²³³⁾ Der Generalstaatsanwalt führt gemäß § 308 StPO die Gegenerklärung der jeweiligen Anstalt herbei und übersendet diese nach eigener Stellungnahme an das Oberlandesgericht.

Das Gericht entscheidet nur über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme. Erwägungen zur Sachgemäßheit dürfen von den Senaten im Gegensatz zu der Bescheidung einer Dienstaufsichtsbeschwerde durch die Aufsichtsbehörde nicht gemacht werden²³⁴⁾.

230) Vgl. Nr. 196 II DVdlzO

231) Baumbach-Lauterbach EGGVG § 24, 3

232) Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und das Saarland

233) §§ 30 6 II, 307, 308, 309 StPO

234) Grunau, Vorbem. zu Nr. 196 DVollzO

Auch Ermessensentscheidungen unterliegen der richterlichen Kontrolle. Die Rechtswidrigkeit einer solchen Maßnahme liegt vor, wenn die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten sind, oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Vorschrift nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht worden ist²³⁵⁾.

Hat der Antrag Erfolg, so hebt das Gericht den angegriffenen Akt auf bzw. verpflichtet die Behörde, einen entsprechenden Akt zu erlassen. Wenn die angegriffene Maßnahme schon vollzogen sein sollte, spricht das Gericht auf Antrag aus, daß und wie die Vollzugsbehörde die Maßnahme rückgängig zu machen hat. Die Kostenregelung für das Verfahren enthält § 30 EGGVG. Die Bewilligung des Armenrechts richtet sich nach § 114 ZPO, da § 29 III EGGVG in diesem Zusammenhang auf die Zivilprozeßordnung verweist²³⁶⁾.

2173

Verfassungsbeschwerde

Gemäß § 90 I BVerfGerGes kann jeder mit der Behauptung, in seinen Grundrechten verletzt zu sein, beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde einlegen. Dieser besondere verfassungsrechtliche Schutz steht auch ohne Einschränkung dem Gefangenen bei Grundrechtsverletzungen zu²³⁷⁾. Die Grundrechtsverletzungen können Folge eines Verwaltungsaktes aber auch tatsächlichen Handelns sein²³⁸⁾.

235) Vgl. § 28 III EGGVG

236) Zahlreiche Anträge nach §§ 23 ff EGGVG bleiben in der Praxis mangels Erfolgsaussicht im Armenrechtsverfahren stecken.

237) Geiger BVerfGerGes. § 90, 6 c

238) Röhl JZ 54, 69; Tiedemann S. 194

2174 Ziviler Rechtsschutz

Vermögensschäden, die der Gefangene durch Amtspflichtverletzungen erleidet, können gemäß § 834 BGB/Art. 34 GG vom Staat ersetzt verlangt werden²³⁹⁾. Diese Tatbestände verdrängen insoweit eine persönliche Inanspruchnahme des schädigenden Beamten. Allerdings hat der Gefangene einen Anspruch aus § 823 BGB, wenn dieser nicht in Ausübung seines Amtes tätig wird.

2175 Schutz durch das Strafgesetzbuch

Weiterhin kann der Gefangene seine Rechtsstellung im Verletzungsfall durch Strafanzeigen sichern²⁴⁰⁾. Der in den Vorschriften des Strafgesetzbuches enthaltene Schutzgedanke kommt auch auf den Gefangenen während des Freiheitsentzuges uneingeschränkt zu²⁴¹⁾.

2176 Internationaler Rechtsschutz

Nach der Ausschöpfung des nationalen Rechtsschutzes steht dem Gefangenen die Beschwerde bei der Kommission für Menschenrechte zu. Gemäß Art. 25 der Rom-Konvention kann er sich bei Verletzung der in der Konvention oder im Zusatzprotokoll verankerten Grundrechte an die Kommission wenden. Damit der Schutz wirksam werden kann, muß die Vollzugsbehörde dulden, daß der Gefangene mit der Kommission schriftlich Kontakt aufnimmt und aufrecht erhält.

239) BGH ZE 21, 214 ff

240) z.B. wegen §§ 185, 223, 240 StGB

241) Ule, VVDStL 15, 140

Wenn der Kommission in einem berechtigten Fall die Einflußnahme nicht gelingt, so kann gemäß Art. 44, 47 der Rom-Konvention der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden.

2177

Rechtsschutz nach dem neuen Vollzugsgesetz

Die Rechtsmittel im neuen Vollzugsgesetz gleichen teilweise den bisher gewährten Rechtsbehelfen. Das Gesetz enthält aber auch Veränderungen.

Die formlose Beschwerde beim Anstaltsleiter bleibt erhalten²⁴²⁾. Darüber hinaus ist die Beschwerdemöglichkeit beim Besuch eines Vertreters der Aufsichtsbehörde vorgesehen²⁴³⁾. Nach der Ansicht der Verfasser des Alternativentwurfes sollen diese Besuche regelmäßig erfolgen²⁴⁴⁾. Das Petitionsrecht und die Dienstaufsichtsbeschwerde bleiben unberührt²⁴⁵⁾.

In den §§ 97 ff RegE/148 ff AE wird der Antrag auf gerichtliche Entscheidung geregelt. Neu ist die Schaffung eines Instanzenzuges. Auf unterster Stufe werden sogenannte Vollstreckungsgerichte eingeführt²⁴⁶⁾. Nach dem Regierungsentwurf sollen diese Gerichte im Kollegial-

242) § 96 I RegE/§ 147 AE

243) § 96 II RegE/§ 147 II AE

244) § 147 II AE

In der Begründung heißt es u.a.: Die Verfasser halten es für notwendig, daß sich die Justizverwaltung durch regelmäßige Besuche nicht nur über die Situation der Anstalt unterrichtet, sondern sich dabei auch den Insassen stellt.

245) § 96 III RegE; 147 III AE

246) Nach den Vorstellungen des AE sollen diese Gerichte ohne landesrechtlich geregeltes Vorschaltverfahren angerufen werden können, weil ein solcher Modus die Gefahr der Verzögerung in sich birgt (vgl. Begründung AE zu § 148). Der RegE läßt entspr. der alten Lage ein solches Verfahren zu (§§ 98 III RegE, 24 II EGGVG, Nr. 196 II DVollzO)

gerichtsverfahren als Kammer entscheiden.
Der Alternativentwurf will die Vollstreckungs-
gerichte dagegen mit Einzelgerichten besetzen²⁴⁷⁾.

Nur wenn die Beteiligten es übereinstimmend
beantragen, oder wenn der Vollstreckungsrichter
es aus rechtlichen oder grundsätzlichen Erwä-
gungen für notwendig hält, soll nach dem Alter-
nativentwurf eine mit drei Berufsrichtern be-
setzte Kammer zuständig sein (§ 149 II AE).

Entschieden wird durch Beschluß²⁴⁸⁾. Das Gericht
hebt die Maßnahme auf, falls sie rechtswidrig
und der Antragsteller in seinen Rechten ver-
letzt ist²⁴⁹⁾. Wenn es sich um Ablehnung oder
Unterlassung einer Maßnahme handelt, so spricht
das Gericht die Verpflichtung der Vollzugsbe-
hörde zur Vornahme der Amtshandlung aus. Fehlt
die Spruchreife, so verpflichtet das Gericht die
Behörde, den Antragsteller unter Beachtung der
Rechtsauffassung des Gerichts zu bescheiden²⁵⁰⁾.

Gegen die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts
ist Rechtsbeschwerde zulässig, wenn die Nachprü-
fung zur Fortbildung des Rechts oder zur Ver-
einheitlichung der Rechtsprechung geboten er-
scheint²⁵¹⁾. Die Rechtsbeschwerde darf nur
auf die angebliche Verletzung von gesetzlichen
Vorschriften gestützt werden²⁵²⁾. Die Ober-
landesgerichte²⁵³⁾ entscheiden im Beschlußver-
fahren²⁵⁴⁾. Die Beschlüsse sind endgültig²⁵⁵⁾.

247) § 98 RegE; § 148 AE (Die Verfasser des AE ver-
sprechen sich dadurch größere Beweglichkeit
und Schnelligkeit.)

248) § 103 I RegE/§ 155 I AE

249) § 103 II RegE/§ 155 II AE

250) § 103 IV RegE/§ 155 IV AE

251) § 104 RegE/§ 156 AE

252) § 104 II RegE/§ 156 II AE

253) § 105 RegE/§ 157 AE

254) § 107 I RegE/§ 159 I AE

255) § 107 IV RegE/§ 159 IV AE

Will allerdings ein Oberlandesgericht von einer aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Entscheidung eines anderen Oberlandesgerichts abweichen, so muß es die Sache dem Bundesgerichtshof vorlegen²⁵⁶⁾.

Das neu geregelte gerichtliche Verfahren hat durch die Schaffung eines Instanzenzuges erhebliche Vorteile gegenüber der alten Haftbeschwerde nach §§ 23 ff EGGVG. Die u. a. bezweckte Vereinheitlichung der Rechtsprechung dient der Rechtssicherheit im Interesse der Betroffenen. Durch Kontrollmöglichkeiten wird sich das Vertrauen der Gefangenen in ihre Rechtsstellung verstärken.

Während sich in der Vergangenheit die Oberlandesgerichte in Vollzugsfragen notwendigerweise mit Sachverhalten einfacher und wenig bedeutungsvoller Art beschäftigen mußten, wird ihnen dies nun von den anstaltsnahen Vollstreckungsgerichten abgenommen. Die Obergerichte können sich deshalb wieder intensiver Aufgaben widmen, die ihrem eigentlichen Wesen entsprechen.

22 Das Recht auf Eingehung einer Ehe in der Vollzugsanstalt

221 Grundlagen des Eherechts

Ehe bedeutet im allgemeinen Sprachgebrauch die rechtlich sanktionierte Lebensform zwischen Mann und Frau. So muß der Begriff auch im Wert- und Anspruchssystem des Grundgesetzes verstanden

256) Die zur Wahrung der einheitlichen Rechtsprechung ausnahmsweise vorgesehene Zuständigkeit des BGH, die der RegE durch eine Änderung des GVGs erreicht (§ 165 2b RegE), regelt der AE im Vollzugsgesetz selbst (§ 159 VI).

werden²⁵⁷⁾. Ehe im verfassungsrechtlichen Sinne ist daher die grundsätzlich lebenslange, monogame, auf freiem Entschluß beruhende Verbindung eines Mannes mit einer Frau zur Lebensgemeinschaft²⁵⁸⁾. Voraussetzung ist eine Eheschließung auf dem Boden der staatlichen Ehegesetzgebung. Zwar sind eheähnliche Verbindungen nicht verboten. Sie fallen aber nicht unter den grundgesetzlichen Ehebegriff²⁵⁹⁾. Auch ist mit Ehe im Sinne des Grundgesetzes nur die bürgerliche Ehe gemeint. Kirchliche Ehen fallen nach allgemeiner Ansicht nicht unter den Ehebegriff der Verfassung²⁶⁰⁾. Als Begriff des positiven Rechts knüpft die Ehe an eine vorstaatliche naturgegebene Ordnung an²⁶¹⁾. Sie soll Keimzelle jeder menschlichen Gemeinschaft sein.²⁶²⁾

Neben der Familie ist die Ehe als staatliches Rechtsinstitut²⁶³⁾ mit naturrechtlichem Ursprung durch Art. 6 GG von der Verfassung anerkannt und geschützt. Art. 6 I GG ist deshalb nicht nur bloßer programmatischer Satz, sondern hat darüber hinausgehende Funktionen. Er sichert zunächst, daß die Ehe (und Familie) als wesentliche Einrichtung der deutschen Rechtsordnung

257) BK Art. 6 II 1 A; BGH ZE 6, 360; v.Mangoldt-Klein, Art. 6 III 3 GG

258) BVerfGE 10, 60 ff (66)

259) Maunz-Dürig GG Art. 6, 15

260) Maunz-Dürig GG Art. 6, 15; aA Scheying FRZ 57, 5

261) v.Mangoldt-Klein, GG Art. 6 III 3; Maunz-Dürig GG Art. 6, 14

262) BVerfGE 6, 71

263) Als Rechtsinstitut bezeichnet man den Inbegriff der auf die Rechtsverhältnisse einer bestimmten Art bezüglichen Rechtsbegriffe (= Enneccerus - Nipperdey AT § 71 II). Weil die Ehe eine gemeinsame Ordnungsfigur für eine Gesamtheit von Rechtssätzen darstellt, die sich um ein bestimmtes Rechtsverhältnis gruppieren, ist sie als sog. Rechtsinstitut anzusehen. (Vgl. Müller-Freienfels S. 60 ff)

erhalten bleibt, und enthält somit eine Institutsgarantie²⁶⁴⁾. Ehe und Familie dürfen durch den Gesetzgeber weder beseitigt, noch in ihrer Würde und Stellung entkleidet werden²⁶⁵⁾.

Neben seiner Wirkung als Einrichtungsgarantie ist Art. 6 I GG aber auch Grundsatznorm und Auslegungsregel für das gesamte öffentliche Recht²⁶⁶⁾. Nur so wird die Vorschrift dem leitenden Prinzip des sozialen Rechtsstaates und ihrer Einordnung im Grundrechtsteil der Verfassung gerecht²⁶⁷⁾.

Fraglich ist aber, ob Art. 6 I GG dem Bürger einen subjektiven Anspruch gegen den Staat auf Eingehung einer Ehe zugesteht. Aus dem Wortlaut selbst läßt sich im Gegensatz zu den klassischen Freiheitsrechten²⁶⁸⁾ ein subjektives Recht des Einzelnen nicht entnehmen. Es ist deshalb auch vertreten worden, Art. 6 I GG könne überhaupt kein subjektives Recht erzeugen, oder ein solches Recht sei nicht aktuell²⁶⁹⁾. Art. 6 I GG ist nach dieser Ansicht kein Grundrecht, sondern lediglich eine Einrichtungsgarantie, die den Einzelnen nur nebenbei begünstigt²⁷⁰⁾. Dem ist zu Recht entgegengehalten worden, daß sich aus Art. 6 I GG ein echtes subjektives Recht des Einzelnen auf Eingehung einer Ehe und Gründung einer Familie ergibt²⁷¹⁾.

264) BVerfGE 6, 72; Maunz-Dürig GG Art. 6 Nr. 6

265) Maunz, FRZ 56, 2

266) v. Mangoldt-Klein GG Art. 6 III 3

267) Vgl. BVerfGE 6, 72

268) Vgl. z.B. Art. 2, 5, 8 GG

269) v. Mangoldt-Klein GG Art. 6 III 3; OLG Saarbrücken 2VAS 5/60

270) v. Mangoldt-Klein a.a.O.

271) Maunz FRZ 56, 1; BVerfGE 6, 571 f; BVerfGE 6, 386; Maunz-Dürig GG Art. 1, 65; BVerfGE 14, 27; OLG Celle NJW 61, 692; v. Münch JZ 58, 73

Es handelt sich um ein natürliches Menschenrecht, das insbesondere im Hinblick auf den Rechtsschutz nur als subjektives öffentliches Recht gegen den Staat voll verwirklicht werden kann²⁷²⁾.

Das BVerfGer sieht in Art. 6 I GG eine Bestimmung im Sinne der klassischen Grundrechte, die angesichts der Erfahrung in der NS-Zeit, dem Schutze der spezifischen Privatsphäre von Ehe und Familie vor äußeren Zwang dienen soll²⁷³⁾.

Berücksichtigt man den Bedeutungsgehalt der Norm und die Notwendigkeit eines wirksamen Rechtsschutzes, so muß ein subjektives Ehe-recht aus Art. 6 I GG anerkannt werden. Daß dieses Verständnis nicht innerhalb des Wort-lautes von Art. 6 I GG Niederschlag gefunden hat, ist unerheblich. Art. 12 MRK bringt also gegenüber dem Grundgesetz keine Neuerung. Er wiederholt nur noch einmal wörtlich, daß der Einzelne ein subjektives öffentliches Recht auf Eingehung einer Ehe gegen den Staat hat²⁷⁴⁾.

Enthält die Verfassung mit Art. 6 I GG ein selbständiges Freiheitsrecht, so ist für die Anwendung des Auffanggrundrechtes aus Art. 2 I GG kein Platz mehr²⁷⁵⁾. Das General-freiheitsrecht behält dort keine eigenständige Bedeutung mehr als subjektives öffentliches Recht, wo Erscheinungsformen der Freiheit unter

272) Maunz FRZ 56, 1

273) BVerfGerE 6, 71

274) Maunz-Dürig, GG Art. 1, 65

275) a.A. OLG Saarbrücken (aaO). In Ermangelung eines konkreten Grundrechts wird das Eherecht aus Art. 2 I GG hergeleitet.

bestimmten Spezialgrundrechten subsumiert werden können²⁷⁶⁾.

222

Grundsätzliche Geltung des Eherechts im Vollzug

Es ist nun zu überprüfen, ob der oben aufgestellte Grundsatz vom subjektiven öffentlichen Recht auf Ehe auch für den Gefangenen gilt. Für eine andere Beurteilung könnte sprechen, daß der Gefangene während der Inhaftierung nicht in der Lage ist, eine häusliche Gemeinschaft herzustellen.

Aus dem Wesen der durch Art. 6 I GG geschützten Ehe ergibt sich, daß eine Gemeinschaft normalerweise auch im häuslich-gegenständlichen Bereich gegründet werden soll. Nur so kann scheinbar die Ehe sinnvoll vollzogen werden. Gemäß § 1353 BGB ist der Ehepartner zivilrechtlich sogar dazu verpflichtet, die häusliche Gemeinschaft herbeizuführen²⁷⁷⁾. Ist zwischen Ehegatten eine solche Gemeinschaft nicht begründet, weil die Partner an verschiedenen Orten wohnhaft sind, so müssen sie Einigkeit über einen gemeinsamen Wohnsitz erzielen.

Es sind aber Fälle denkbar, in denen die eheliche Gemeinschaft im Sinne des § 1353 BGB auch dann erhalten bleibt, wenn die Eheleute nicht zusammenleben können²⁷⁸⁾. Das ist z. B. dann so, wenn aus beruflichen Gründen ein Wohnsitzwechsel eines Partners stattgefunden hat.

276) Dürig, AÖR 81, 121; Nipperdey S. 8;
Maunz-Dürig GG Art. 2, 6

277) RGZ E 53, 340

278) Erman § 1353 I; RGZ E 95, 332

Trotz der erwähnten Bedenken ist deshalb bei zeitstrafig Verurteilten grundsätzlich das Bestreben vorhanden, nach der Entlassung die mit der geschlossenen Ehe verbundene Verpflichtung zur häuslichen Gemeinschaft zu erfüllen.

Es ist in Literatur²⁷⁹⁾ und Rechtsprechung²⁸⁰⁾ unstreitig, daß ein subjektives Recht auf Eheschließung auch dem Gefangenen zusteht, der eine zeitlich begrenzte Strafe verbüßt.

Bei der lebenslänglichen Freiheitsstrafe ist das Problem anders gelagert. Im Gegensatz zum zeitstrafig Verurteilten ist der Lebenslängliche (wenn man von der Möglichkeit einer Begnadigung absieht) nicht in der Lage, die häusliche Gemeinschaft jemals aufzunehmen. Man hat deshalb auch versucht, dem zur lebenslangen Strafe Verurteilten das Recht auf Eheschließung abzusprechen²⁸¹⁾. Diese Ansicht ist jedoch unzutreffend. Selbst wenn es den Partnern unmöglich ist, die häusliche Ehegemeinschaft herbeizuführen, spricht das noch nicht für eine Aushöhlung der Ehe als Institution²⁸²⁾. Neben dem häuslichen Zusammenleben ist auch die geistige Bindung der Ehegatten wesentliches Merkmal der Ehe. Interesse an den Schwierigkeiten des Partners, Vertrauen, Hoffnung und Verständnis für die gegenseitigen

279) v.Münch JZ 58, 75 ff; Schüler-Springorum S. 256; Tiedemann JZ 62, 247; Baumann MSchr-Krim 64, 76; Altenhain JZ 66, 21; Ministerentschließung des Europarates 6.6.61; Grunau UVollzO Nr. 76; Greiffenhagen, Diss.S.233

280) OLG Frankfurt NJW 65, 413; OLG Oldenburg 25.3.1968 3 VAS 2/68; OLG Hannover 1 VAS 23/68; OLG München 18.6.69 VAS 17/69

281) OLG Celle NJW 61, 692

282) Vgl. OLG Hamm 24.2.61 1 VerwS 4/60; OLG Hamm 9.5.68 1 VAS 23/68; Schüler-Springorum S.256 Fußnote 52; Greiffenhagen S. 233; Altenhain JZ 66, 21 Fußnote 40

Schwächen sind einige Begriffe, die zeigen, daß eine richtig verstandene Ehegemeinschaft nicht nur an ein häusliches Zusammenleben geknüpft sein muß, sondern auch sinnvoll sein kann, wenn die Ehegatten durch die lebenslange Freiheitsstrafe für immer getrennt leben müssen. Auch die Ehe eines bereits verheirateten Lebenslänglichen wird ja nicht automatisch nach dem Urteilsspruch aufgelöst, weil etwa ein Mißbrauch der Ehe als Institution vorliegen würde. Es bleibt der freien Entscheidung der Beteiligten überlassen, ob sie ihre Ehegemeinschaft ohne das häusliche Zusammenleben fortsetzen wollen. Der äußerliche Kontakt der Partner kann durch Schriftverkehr, Telefongespräche und Besuche aufrechterhalten werden. Nach den Vorstellungen des neuen Vollzugsgesetzes, das dem lebenslänglich Verurteilten nach 5 bzw. 10 Jahren Urlaub zugesteht, kann die Ehe sogar hin und wieder im häuslichen Bereich vollzogen werden²⁸³⁾. Das Recht auf Eingehung einer Ehe während des Vollzuges steht auch dem zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten zu.

- 223 Umfang des Eherechts im Vollzug
2231 Meinungsstand in der Literatur

Teilweise ist man im Schrifttum für die uneingeschränkte Zulässigkeit der Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt eingetreten²⁸⁴⁾. Der

283) § 13 III ReqE/§ 58 II AE

284) v.Münch JZ 58, 75; Baumann MSchrKrim 64, 76; wohl auch Altenhain JZ 66, 21; Tiedemann JZ 62 247; Schüler-Springorum S. 258, für den Fall, daß der Strafvollzug nur den negatorischen Status des Gefangenen beachten muß, weil er positiv zu geben nicht in der Lage ist.

Eheschluß beeinträchtigt das Prinzip der Einsperrung nicht, da die Trauung während der dem Gefangenen zustehenden Besuchszeit vorgenommen werden könne²⁸⁵⁾. Die Nichtvollziehbarkeit der häuslichen Gemeinschaft stelle für die Eheschließung keinen Hinderungsgrund dar. Außerdem sei der Anstaltsleiter kein Vormund des Gefangenen und dürfe die Eheschließung deshalb nicht verbieten²⁸⁶⁾.

Einschränkender hat eine Entschließung des Ministerrates vom 6. 6. 61 das Eherecht des Gefangenen interpretiert²⁸⁷⁾. Es wird zwar in Art. 7 anerkannt, daß die bloße Tatsache der Haft den Gefangenen an der Ausübung seiner bürgerlichen Rechte nicht hindern darf; der Grundsatz wird jedoch dahingehend eingeengt, daß ein grundsätzliches Eherecht des Gefangenen dann entfällt, wenn die Ausübung mit dem Ziel der Inhaftierung insbesondere des Erziehungsstrafvollzuges nicht vereinbar ist, oder ohne Schaden bis zur Entlassung verschoben werden kann²⁸⁸⁾. Diese Beschränkung rechtfertigt man mit der Erwägung, es handele sich hier nicht um ein echtes Heiratshindernis, sondern nur um eine Terminverschiebung²⁸⁹⁾.

Auch Greiffenhagen meint, die Aufsichtsbehörde dürfe die Genehmigung zur Eheschließung in gewissen Fällen verweigern²⁹⁰⁾. Wenn die Sicherheit und Ordnung oder die Wiedereingliederung des Gefangenen durch die Eheschließung gefährdet

285) v.Münch aaO

286) Baumann aaO

287) Veröffentlicht in: Mitteilungen des Europarates, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 57, S. 19 (22.3.62)

288) Vgl. Art. 8 der Entschließung

289) Clerc Schw.Z.f.Str. 77, 35

290) Greiffenhagen Diss. S. 233

werde, sei die Behörde zum Verbot befugt.

Gegen eine uneingeschränkte Zulassung für den Spezialfall der Untersuchungshaft hat sich Grunau ausgesprochen²⁹¹⁾. Wenn der Haftzweck gefährdet werde, könne der zuständige Richter die Genehmigung zur Eheschließung versagen.

2232

Die Rechtsprechung zu Nr. 166 DVollzO

Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichtsstrafsenate hat in zahlreichen Entscheidungen unter Anerkennung des prinzipiellen Rechts auf Eheschließung im Vollzug gewisse Einschränkungen für zulässig erachtet. Weil diese Rechtsprechung sich ausnahmslos auf Nr. 166 DVollzO stützt, ist zunächst eine nähere Betrachtung dieser Vorschrift geboten.

Weder die Regierungsvorlage zur Reform des Gefängniswesens von 1879²⁹²⁾, noch die Bundesratsgrundsätze von 1897²⁹³⁾ oder die Reichsratsgrundsätze von 1923²⁹⁴⁾ enthalten eine Bestimmung über die Möglichkeit einer Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt. Von dem Gedanken der weitgehenden Nichtgeltung der Grundrechte während des Vollzuges beeinflusst, läßt die damalige Vollzugspraxis eine Heirat in der Anstalt nicht zu. Auch der Entwurf eines Reichsvollzugsgesetzes von 1927²⁹⁵⁾, die Verordnung von 1934²⁹⁶⁾, sowie die Strafvollzugsordnung von 1940²⁹⁷⁾ sprechen nicht von einer Heirat in der Anstalt.

291) Grunau UVollzO Nr. 76

292) Am 19.3.1879 von der Regierung dem Bundesrat vorgelegt. (Abgedruckt bei Krohne S. 553 ff)

293) Erlassen am 28.10.1897 (Vgl. ZStW 16, 400 ff)

294) vom 7.6.1923 (RGBl 23 II, 63)

295) 9.9.1927 (in Materialien zur Strafrechtsreform, Bd. 6)

296) 14.5.1934 (RGBl 34, 383)

297) 22.7.1940 Pfundtner-Neubert II c 14

Die hessische Ordnung über das Gefängniswesen²⁹⁸⁾ vom 23. 5. 1949 erwähnt in Nr. 138 erstmalig die Eheschließung in der Anstalt²⁹⁹⁾. Die Vorschrift lautet: "Zur Eheschließung vor dem Standesbeamten wird dem Gefangenen nur dann Gelegenheit gegeben, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und der Direktor dem Gefangenen seine Einwilligung gegeben hat." Die Eheschließung soll also bis auf Ausnahmen unzulässig sein. Es handelt sich um ein prinzipielles Eheverbot, gekoppelt mit einem Erlaubnisvorbehalt. Wenn der Gefangene sich in einer außergewöhnlichen Situation befindet, die eine Heirat in der Anstalt rechtfertigt, wird der Anstaltsleiter sein Anliegen genehmigen. Als wichtigen Grund im Sinne des Erlaubnisvorbehaltes wird man insbesondere gewisse Notlagen verstehen müssen.

Durch Ministerialerlasse vom 10. 3. 1951³⁰⁰⁾ und 10. 3. 1952³⁰¹⁾ wird die Organisation des Vollzuges neu geregelt. Der hessische Minister der Justiz ist oberste Aufsichtsbehörde, während der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Frankfurt in Gestalt der höheren Vollzugsbehörde die Aufsicht über die Anstalten ausübt. Mit dieser Neuerung wird gleichzeitig auch die Nr. 138 HGO geändert³⁰²⁾. Der Antrag auf Eheschließung aus wichtigem Grund soll nicht mehr dem Anstaltsdirektor, sondern dem Generalstaatsanwalt als höherer Vollzugsbehörde vorgelegt

298) Da den empirischen Untersuchungen Material aus hessischen Strafanstalten zu Grunde liegt, soll hier die HGO stellvertretend für die anderen Gefängnisordnungen der Länder sein.

299) unveröffentlicht. Erschienen als Sonderdruck für die Leiter der hessischen Anstalten.

300) JMBI 51, 33

301) JMBI 52, 22

302) JMBI 52, 22

werden. Diese Regelung gilt in Hessen bis zum Inkrafttreten der bundeseinheitlichen DVollzO fort und wird zugleich mit der Einführung der DVollzO durch Runderlaß des hessischen Justizministers vom 1. 12. 1961 aufgehoben³⁰³⁾.

Nr. 166 DVollzO sieht jetzt die Möglichkeit zur Eheschließung in der Anstalt vor, wenn wichtige Gründe nicht entgegenstehen und die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorliegt. Da die DVollzO in Nr. 166 nur von Aufsichtsbehörde spricht, die Aufsicht des hessischen Gefängniswesens aber wie bisher zweispurig bleibt, ist problematisch, welche der beiden in Frage kommenden Behörden³⁰⁴⁾ über den Antrag auf Eheschließung zu entscheiden hat. Laut den Ergänzungsbestimmungen zur DVollzO³⁰⁵⁾ wird die Ungenauigkeit bereinigt, indem man unmißverständlich klarstellt, daß mit Aufsichtsbehörde in Nr. 166 DVollzO für Hessen der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Frankfurt gemeint sei.

Mit der Einführung der Nr. 166 DVollzO wird ein deutlicher Umschwung sichtbar. Geht die HGO noch vom Eheverbot als Regelfall aus, so ist jetzt durch die DVollzO eine Heirat in der Anstalt grundsätzlich erlaubt. Das generelle Verbot mit Erlaubnisvorbehalt ist umgewandelt worden in eine Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt. Problematisch bleibt, was unter wichtigem Grund im Sinne von Nr. 166 DVollzO zu verstehen ist.

303) JMB1 62, 37

304) Minister der Justiz oder Generalstaatsanwalt

305) Runderlaß des Hessischen Ministers der Justiz 19. 6. 1962 (JMB1 62, 93)

Schon bald nach Inkrafttreten der DVollzO beschäftigen sich die OLG-Strafsenate mit dieser Frage:

Das Oberlandesgericht Hamm meint, ein wichtiger Grund zum Verbot der Heirat sei dann gegeben, wenn Anhaltspunkte vorliegen, daß die beabsichtigte Eheschließung die Erreichung des Strafzweckes vereiteln, mindestens aber in hohem Maße hemmen würde³⁰⁶⁾. Läßt also der Einzelfall die Befürchtung zu, daß die Wiedereingliederung des Gefangenen in die Gemeinschaft durch die Eheschließung mit einer ungeeigneten Person ernstlich gefährdet ist, soll nach Ansicht des Senats die Behörde zur Ablehnung befugt sein. Die Aufsichtsbehörde dürfe nicht selbst durch eigene Handlungen zur Förderung von vollzugs-schädlichen Maßnahmen beitragen. Das Oberlandesgericht Frankfurt schließt sich dieser Auffassung an³⁰⁷⁾. Die Erlaubnis zur Eheschließung könne von der Vollzugsbehörde ohne Ermessensüberschreitung dann versagt werden, wenn sich aus dem Vorleben des Gefangenen und seinen bisherigen Beziehungen zu seiner zukünftigen Frau gewichtige Gründe gegen eine Eheschließung in der Anstalt ergeben.

Ist die Vollzugsbehörde im Zweifel am Bestand der Ehe, so rechtfertigt das eine Ablehnung der Eheerlaubnis nach der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Celle ebensowenig wie der Umstand, daß die Behörde nicht in der Lage war, Nachforschungen über die Persönlichkeit der zukünftigen Frau anzustellen.³⁰⁸⁾

Es sei nicht Aufgabe der Vollzugs-

306) OLG Hamm 24.2.1961 (1 VerwS 4/60)

307) OLG Frankfurt NJW 65, 412

308) OLG Celle NJW 61, 692

behörde, den Gefangenen vor einer übereilten Eheschließung zu schützen. Entscheidend bleibe allein, ob das Recht auf Eingehung einer Ehe durch die Natur des Vollzuges möglicherweise eine Einschränkung erfahren müsse³⁰⁹⁾. Wichtige Gründe sind nach Auffassung des Gerichts auch Eheverbote im Sinne des Ehegesetzes³¹⁰⁾. Die Behörde soll nicht an der Herbeiführung eines Erfolges mitarbeiten, der vom Gesetzgeber mißbilligt wird. Dem Gefangenen darf insbesondere dann nicht die Eheschließung in der Anstalt gestattet werden, wenn eine frühere Ehe noch nicht geschieden oder für unwirksam erklärt worden ist³¹¹⁾. Auch muß beachtet werden, daß eine Ehe zwischen Verwandten und Verschwägerten in gerader Linie sowie zwischen voll- und halbbürtigen Geschwistern nicht geschlossen werden darf³¹²⁾. Eine geplante Eheschließung ist unzulässig zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und dem anderen am Ehebruch Beteiligten, wenn der Ehebruch als Scheidungsgrund festgestellt ist³¹³⁾.

Das Oberlandesgericht Stuttgart sieht einen wichtigen Grund im Sinne von Nr. 166 DVollzO dann als gegeben an, wenn ein wegen Heiratschwindel bereits mehrfach vorbestrafter Sicherungsverwahrter, dessen ausgesetzte Sicherungsverwahrung ebenfalls wegen dieses Delikts widerrufen wurde, einen Antrag auf Eheschließung in der Anstalt stellt³¹⁴⁾. Eine nähere Begründung

309) Als Beispiel für eine der Natur des Vollzuges entsprechenden Beschränkungsmöglichkeit führt der Senat die lebenslange Strafe an (vgl. oben S. 60)

310) OLG Celle NJW 61, 692

311) Vgl. § 5 Eheges.

312) § 4 Eheges.

313) § 6 Eheges.

314) OLG Stuttgart 26.5.1964 2VAS 40/63

bleibt das Gericht schuldig.

Ob die baldige Haftentlastung wichtiger Grund für eine Ablehnung sein kann, wird von den Obergerichten nicht einheitlich beurteilt. Das Oberlandesgericht Frankfurt und das Oberlandesgericht München vertreten, ein wichtiger Grund im Sinne von Nr. 166 DVollzO liege dann vor, wenn dem Antragsteller zugemutet werden kann, mit seinen Heiratsplänen zu warten, weil die Dauer des Freiheitsentzuges nur noch kurze Zeit beträgt³¹⁵⁾. Das Oberlandesgericht Oldenburg hat in der gleichen Frage zu Recht anders entschieden, weil solche Erwägungen völlig neben der Sache liegen^{315a)}. Allein der Umstand der bevorstehenden Entlassung mache einen Aufschub zwecks Erhaltung der grundsätzlichen Belange des Vollzuges nicht erforderlich.

So unterschiedlich die Ergebnisse der Oberlandesgerichte bei der Auslegung des Begriffes "wichtiger Grund" im Sinne von Nr. 166 DVollzO sind, im Ausgangspunkt herrscht Einigkeit: Das Recht des Gefangenen auf Eingehung der Ehe ist nicht uneingeschränkt gewährleistet. Sinn und Zweck des Vollzuges rechtfertigen eine Beschränkung des Grundrechtes aus Art. 6 I GG. Ein wichtiger Grund im Sinne von Nr. 166 DVollzO liegt immer dann vor, wenn die Natur des Vollzuges die Genehmigung der Heirat nicht zuläßt.

2233

Die jüngste Entwicklung in der Vollzugspraxis

Am 1. 1. 1969 wird der Generalstaatsanwalt als höhere Vollzugsbehörde abgelöst. Die alleinige Aufsicht über die hessischen Anstalten liegt

315) OLG Frankfurt NJW 65, 413;
OLG München 18.6.69 VAS 17, 69

315a) OLG Oldenburg 25.3.1968, 3VAS 2/68

jetzt in den Händen des Justizministers. Die Entscheidungen über Anträge auf Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt fällt zunächst in seinen Zuständigkeitsbereich.

Im Rahmen einer weitgehenden Neuregelung des bisherigen Vergünstigungssystems erhält auch die Nr. 166 DVollzO einen neuen Wortlaut³¹⁶⁾³¹⁷⁾. Im Gegensatz zur ursprünglichen Fassung fehlt jetzt der Zusatz: "wenn wichtige Gründe nicht entgegenstehen". Außerdem entscheidet nicht mehr die Aufsichtsbehörde über den Antrag des Gefangenen, sondern der Anstaltsleiter in eigener Zuständigkeit³¹⁸⁾. In Nr. 103 der VollzVv für den hessischen Vollzug wird die Nr. 166 DVollzO wörtlich wiederholt³¹⁹⁾.

In der heutigen Vollzugspraxis wird einem solchen Antrag immer stattgegeben, wenn nicht Ehehindernisse im Sinne des Ehegesetzes³²⁰⁾ offensichtlich entgegenstehen. Selbst unverbindlich abratend wird man nach eigener Auskunft der zuständigen Personen in den hessischen Vollzugsanstalten nur noch selten tätig.

Das neue Vollzugsgesetz erwähnt die Möglichkeit der Eheschließung während des Freiheitsentzuges nicht. Man geht offenbar von der unbeschränkbaren Zulässigkeit der Heirat in der Anstalt aus. Eine positive Normierung des Eherechts erscheint deshalb nicht erforderlich.

316) Ministerialerlaß 12.6.1969 (JMBl 69, 758)

317) Nr. 166 DVollzO: Dem Verurteilten soll auf Antrag Gelegenheit zur Eheschließung in der Anstalt gegeben werden.

318) Ministerialerlaß 12.6.1969 (4430-IV/1-1103)

319) Runderlaß H.M.d.J. 12.1.1973 (JMBl 73, 61)

320) siehe S. 67

Nach Vorstellungen des Gesetzes ist dann sogar ein entsprechender Antrag des Gefangenen überflüssig.

2234

Kritik

Die eine Beschränkung des Eherechts rechtfertigenden Begründungen der Literatur und der Oberlandesgerichtsrechtsprechung sind nicht mehr haltbar. Sie berufen sich auf Wesen und Natur des "besonderen Gewaltverhältnisses" Vollzug. Diese unbestimmten Begriffe einer überkommenen Dogmatik und Rechtsprechung können die Grundrechte weder als Gewährleistungsschranke noch als verfassungsrechtlicher Gesetzesvorbehalt wirksam beschneiden³²¹⁾. Das Begriffspaar "Sinn und Zweck" ist deshalb untauglich, das subjektive Recht auf Ehe im Vollzug je nach Umständen des Einzelfalles zu beschränken. Ob allerdings das Eherecht im vollen Umfang zugestanden werden soll, wie es ein Teil der Literatur fordert³²²⁾, und die Verwaltung praktiziert³²³⁾, oder ob nach neuen verfassungsmäßigen Beschränkungsmöglichkeiten gesucht werden muß, soll hier noch nicht entschieden werden. Die Beantwortung der Frage hängt im wesentlichen von den empirischen Untersuchungsergebnissen ab.

321) siehe S. 41 ff

322) siehe S. 61 f

323) siehe S. 68 f

Das Recht auf Heiratsinserate

Das bloße Recht zur Eheschließung nutzt dem Gefangenen dann nichts, wenn er keinerlei Verbindung zu einer bestimmten Person hat. Damit Art. 6 I GG in der Justizvollzugsanstalt voll verwirklicht werden kann, muß die Möglichkeit gewährleistet sein, einen geeigneten Partner aus der Anstalt heraus kennenzulernen.

Für die Gefangenen ohne Kontakt zur Außenwelt sind deshalb Heiratsinserate in Tageszeitungen und Illustrierten von entscheidender Bedeutung.

Die Berechtigung zur Aufgabe von Heiratsinseraten geht einen ähnlichen Weg wie das Ehe-recht selbst.

Da die Eheschließung nach der HGO grundsätzlich verboten ist³²⁴⁾, besteht für die Vollzugsverwaltung der damaligen Zeit keinerlei Veranlassung, dem Gefangenen die Aufgabe von Heiratsinseraten zu gestatten.

Auch die ursprüngliche Fassung der DVollzo³²⁵⁾ spricht nicht von der Möglichkeit der Gefangenen, auf diese Weise Kontakte zu knüpfen. Aber schon die Rundverfügung des Hessischen Ministers der Justiz vom 22. 1. 1961³²⁶⁾ beschäftigt sich ausführlich mit Heiratsinseraten der Gefangenen. Es könne der Resozialisierung eines Rechtsbrechers dienlich sein, wenn er bei Haftentlassung in geordnete Verhältnisse kommt. Aus diesem Grund sei es auch vertretbar, Gefangenen, die nicht als Heiratsschwindler anzusehen sind, unter sorgsamer Beteiligung der Vollzugsanstalt zu

324) siehe S. 64 f

325) vom 1.12.1961

326) 313 E/1-280367

gestatten, eine Heiratsanzeige in einer seriösen konfessionellen oder überkonfessionellen Zeitung oder Zeitschrift aufzugeben. Voraussetzung soll allerdings sein, daß es sich um ein ernsthaftes Lebensanliegen des Gefangenen handelt. Er habe sich vor Aufgabe des Inserats bereit zu erklären, dem Partner über seinen derzeitigen Aufenthaltsort und seine Persönlichkeit erschöpfend und wahrheitsgemäß Auskunft zu geben und dabei etwaige Vorstrafen und den Anlaß, der zur laufenden Inhaftierung geführt hat, sowie den Zeitpunkt des Strafendes und etwaige anschließende Maßregeln der Sicherung und Besserung anzugeben. Es bestehen nach Aussage der Verfügung auch keine Bedenken dagegen, daß sich der Gefangene anstelle eines Inserates bei seinen Bemühungen um Kontakt der Hilfe eines amtlichen Mitarbeiters oder eines Familienangehörigen bedient. Die auf ein Inserat eingegangenen Schreiben sollen mit besonderer Sorgfalt behandelt werden. Es sei nicht vertretbar, dem Gefangenen mehr als nur wenige für ihn bedeutsame Schreiben vorübergehend zur Antwort zu überlassen. Laut Rundverfügung soll die Aushändigung von Schreiben der Ehevermittlungsinstitute und von Bildern, die über den oben genannten Rahmen hinausgehen, unzulässig sein, weil ein möglicher Handel mit ihnen geeignet sei, die Anstaltsordnung zu stören³²⁷⁾.

Diese ministerielle Anordnung sieht also die Häftlingsinserate aus Resozialisierungsgründen prinzipiell als zulässig an, enthält aber gleichzeitig eine Reihe von Einschränkungen.

Zunächst sollen Heiratsschwindler diese Möglichkeit nicht haben. Man hat hier an eventuelle

327) Rundverf. des H.M.d.J. aaO

Vorbereitungshandlungen im Sinne von § 263 StGB und die Sicherungsfunktion des Vollzuges gedacht. Die sorgfältige Beteiligung der Anstalten soll dazu dienen, die Ernsthaftigkeit der Absichten des Gefangenen zu prüfen. Täuschungen über Person und derzeitige Situation werden durch die Offenbarungsverpflichtung verhindert. Dem unerlaubten Handel mit Adressen und Bildern wird dadurch entgegengetreten, daß Antworten von Ehevermittlungsinstituten überhaupt nicht und Schreiben von Privatinteressenten nur in beschränktem Umfang ausgehändigt werden.

Durch Ministerialerlaß vom 21. 9. 1961 wird die Möglichkeit des Gefangenen, mittels Heiratsinsin-
rat Kontakt aufzunehmen, weiter konkretisiert³²⁸⁾. Unter Berufung auf Nr. 148 DVollzO Ziffer 4, wonach Schriftverkehr unter einer Deckadresse nicht zulässig ist, verbietet die Aufsichtsbehörde dem Verurteilten, auf Chiffre-Heiratsanzeigen in Tageszeitungen, Zeitungen oder Zeitschriften zu antworten. Dadurch sind die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme insoweit beschränkt, daß dem Gefangenen zwar erlaubt ist, seinerseits Inserate unter den genannten Bedingungen aufzugeben, Antwortschreiben auf Inserate mit Chiffre dagegen unzulässig sind. Der Anstoß muß also vom Häftling selbst ausgehen.

Die Kosten für solche Inserate sind grundsätzlich vom Hausgeld zu tragen³²⁹⁾. Nur ausnahmsweise kann gestattet werden, daß der Gefangene die Inserate von der Rücklage und vom Eigengeld bezahlt.

328) 457o - V 2367

329) Rundverf. des H.M.d.J. vom 1.9.1969
(451o E - 2o18/67)

Der Runderlaß vom 1. 3. 1971 führt die Nr. 149 DVollzO neu ein³³⁰⁾. Unverheiratete erwachsene Gefangene dürfen innerhalb des letzten Jahres vor der voraussichtlichen Entlassung Heiratsinserate aufgeben und beantworten. Der Anstaltsleiter kann dies auch schon früher gestatten. Die Vorschriften über die Beschränkungen des Schriftverkehrs, insbesondere Nr. 148 II und IV, sowie Nr. 155 DVollzO bleiben weiter zu beachten³³¹⁾.

Diese Regelung in der DVollzO enthält einige wesentliche Neuerungen. Im Gegensatz zur früheren Verwaltungspraxis dürfen die Gefangenen nun nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Bestimmung auch auf Inserate antworten. Allerdings enthält Nr. 149 DVollzO eine zeitliche Limitierung. Heiratsinserate sollen grundsätzlich nur ein Jahr vor der Entlassung aufgegeben und beantwortet werden. Diese Einschränkung erscheint aber überflüssig³³²⁾. Es ist nicht einzusehen, warum der Gefangene nur im letzten Jahr vor der Entlassung eine Bindung eingehen soll. Die zeitliche Begrenzung geht offensichtlich am Problem vorbei.

Nicht zuletzt deshalb, aber auch im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. 3. 1972,³³³⁾ wird die Nr. 149 DVollzO durch Ministerialerlaß vom 22. 2. 1973³³⁴⁾ außer Kraft gesetzt. Dem Verurteilten ist nunmehr gestattet, Heiratsinserate in jeder Zeit und

330) JMB1 71, 253

331) Nr. 149 entspricht wörtlich der Nr. 89 in den VollzVv vom 12. 1. 73

332) Vgl. Grunau DVollzO zu Nr. 149

333) siehe S. 43 (BVerfGerE 33, 1)

334) 443o - IV - 199/73

ohne zahlenmäßige Beschränkung aufzugeben³³⁵⁾.

Hier erhebt sich erneut die schon im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Garantie des Eherechts aufgeworfene Frage³³⁶⁾, ob es überhaupt sinnvoll ist, die Bemühungen der Gefangenen in dieser Richtung unkontrolliert und unbeschränkbar laufen zu lassen. Sie zu beantworten, gilt es im Anschluß an die Darstellung der Untersuchungsergebnisse über die Eheschließungen in den hessischen Justizvollzugsanstalten³³⁷⁾

335) Vgl. Niederschrift über Dienstbesprechung der Leiter der hess. Justizvollzugsanstalten vom 23.3.74 in Butzbach - S. 15 (Punkt VIII 1).

336) siehe S. 70

337) Sowohl die Entwicklung des subjektiven Eherechts als auch die Entwicklung im Hinblick auf Heiratsinserate kennzeichnen die Gesamt-tendenz im Vollzug. Sie sind in ihren einzelnen Phasen gleichsam Maßstab für die rechtliche Stellung des Gefangenen im allgemeinen. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Postzensur (Art. 5, 10 GG) oder auf die Ausgestaltung der Freizeit hingewiesen.

3	<u>Empirischer Teil</u>
31	Einleitung
311	Untersuchungsziel

Es stellt sich die Frage, warum eine so grundrechtsfreundliche Handhabung des Ehrechts im Vollzug überhaupt noch auf Praktikabilität und Sinngehalt zu untersuchen ist.

Die verfassungsrechtliche Position des Gefangenen im Bezug auf Art. 6 I GG kann nicht großzügiger ausgestaltet sein als im derzeitigen Vollzug. Sicherheit und Ordnung sowie das reibungslose Funktionieren des Anstaltslebens werden durch eine Heirat nicht gestört³³⁸⁾.

Auch ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich, wie die Eheschließung der Spezialprävention als primärem Vollzugsziel³³⁹⁾ zuwiderlaufen könnte. Die Sicherung der Allgemeinheit vor neuen Taten des Rechtsbrechers wird durch den Freiheitsentzug in hohem Maße erreicht und ist durch die Eheschließung in der Anstalt kaum gefährdet. Daneben ist auch der Sozialisierungsfunktion des Vollzuges scheinbar voll Genüge getan.

Bezugspersonen, Kontakte mit der Außenwelt oder gesteigertes Verantwortungsbewußtsein sind Gesichtspunkte, die schon während der Freiheitsstrafe den Wiedereingliederungsprozeß günstig beeinflussen können. Geordnete private Wohn- und Lebensverhältnisse verbessern die Entlassungssituation und Zukunftsprognose des Delinquenten erheblich. Die Eheschließung in der Anstalt ist aus diesen Gründen als Ideallösung für Gefangene angesehen worden.

338) siehe S. 61 ff

339) Vollzges. § 2 RegE/§ 2 AE

Häufig hört man aber auch von Mißbrauchsfällen. Teilweise sollen die Verurteilten die Heirat benutzen, um sich vorübergehende Haftvergünstigungen oder die Chance einer vorzeitigen Entlassung zu verschaffen. An eine ernsthafte Bindung denken diese Eheschließer nicht. Es sprechen aber auch gewisse Anzeichen dafür, daß "Freie" die Situation des Gefangenen ausnutzen. Sie wollen entweder ihren neurotischen Helferwillen durchsetzen, eigene Schwierigkeiten auf eine Person übertragen, die nicht entweichen kann, oder ganz einfach nur einen anderen Familiennamen erhalten.

Welche Rolle die Eheschließung allerdings bei der Entwicklung und Wiedereingliederung des Gefangenen letztlich spielt, kann niemand mit Sicherheit sagen. Die Sozialisierung eines Rechtsbrechers wird häufig von einer Vielzahl verborgener Faktoren bestimmt, so daß die Frage nach der ausschlaggebenden Ursache nicht gestellt werden darf. Aufgabe der folgenden Untersuchung kann deshalb nur sein, den Komplex Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt umfassend zu beschreiben und gewisse Tendenzen aufzuzeigen. Dabei stehen die Anzahl der geschlossenen Ehen, die Kontaktaufnahme, der Trauungsakt, die Partner, deren Motive sowie Auswirkungen der Heirat vor und nach der Entlassung im Vordergrund. Insbesondere im Hinblick auf die herrschende Unbeschränkbarkeit des Eherechts in der Vollzugspraxis muß interessieren, welchen Stellenwert die vorgekommenen Mißbräuche einnehmen.

Wie die Kriminologie zum Strafrecht, so verhält sich die Poenologie³⁴⁰⁾ zum Recht des Vollzuges: Die Kriminologie als empirische Wissenschaft vom kriminellen Menschen vermittelt der Strafrechtswissenschaft wertvolle Erkenntnisse, die je nach kriminalpolitischer Brauchbarkeit Einzug in das Strafgesetzbuch halten. Die Poenologie oder nach modernem Sprachgebrauch die Sanktions- und Behandlungsforschung³⁴¹⁾ dagegen wirkt mit ihren Erkenntnissen auf die Ausgestaltung des Vollzugsrechts ein.

Jedoch sind Kriminologie und Behandlungsforschung keine eigenständigen Wissenschaften. Zwischen der kriminologischen Grundlagenforschung und der Vollzugsforschung besteht nicht nur eine unlösbare Verknüpfung, sondern die Vollzugsforschung wird überhaupt erst sinnvoll im Rahmen der Kriminologie von der sie ein Teil ist³⁴²⁾. Weil der Vollzugszeitraum und die Bewährung zum Längsschnitt der Täterpersönlichkeit gehören³⁴³⁾, beeinflußt die Behandlungsforschung ihrerseits wiederum nicht nur das Vollzugsrecht³⁴⁴⁾, sondern darüber hinaus auch die gesamte Kriminologie.

Die Vollzugsforschung hat auf der einen Seite den anstaltsinternen Aspekt des möglichst reibungslosen Funktionierens aller täglichen Abläufe in der Anstalt zum Gegenstand, auf der anderen Seite den kriminalpolitischen Aspekt

340) Poenologie soll hier verstanden werden als die Lehre vom tatsächlichen Vollzug und der Wirkung der Strafen und Maßregeln.

341) Kaiser, S. 85

342) Göppinger, S. 269

343) Göppinger, aaO

344) siehe oben, diese Seite

eines möglichst erfolgreichen Vollzuges³⁴⁵⁾. Sie bedient sich dabei der Methoden der empirischen Sozialforschung. Die Persönlichkeitsdiagnose des Gefangenen steht im Mittelpunkt³⁴⁶⁾. Die folgende Untersuchung wurde daher mit Methoden der empirischen Forschung durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein Gebiet, auf dem der Jurist bisweilen unsichere Schritte tut³⁴⁷⁾. Allerdings sind auch die Vollzugsanstalten, wo die Erkenntnisse gewonnen und angewandt werden, zum größten Teil in der Hand von Juristen. Auch nach der Reform des Vollzuges wird sich daran nicht viel geändert haben³⁴⁸⁾. Der Rechtswissenschaftler wird also täglich mit dieser Thematik beschäftigt. Er muß die Probleme mit Hilfe der Fachleute aus dem Anstaltsstab lösen. Auch bei der hier durchgeführten Untersuchung war die Unterstützung dieser Personen unerlässlich.

Auswahlkriterium für die anzuwendende Methode sollen inhaltliche Gültigkeit (Validität), Zuverlässigkeit einer Untersuchung (Reliabilität) sowie Bedeutsamkeit der Angelegenheit (Relevanz) sein³⁴⁹⁾. Neben diesen Gesichtspunkten hat bei der Methodenwahl immer noch das Untersuchungsziel eine entscheidende Rolle zu spielen.³⁵⁰⁾

Zunächst mußten die Namen der Eheschließer ermittelt werden. Dabei konnte man in einer der Anstalten auf eine entsprechende Statistik

345) Schüler-Springorum, S. 25

346) Nr. 53 3 DVollzO; § 7 RegE/S 53 AE

347) Vgl. Schüler-Springorum, S. 27

348) Quensel, KrimJourn. 70, 66

349) Köniq, Bd. 3 a, S. 173; Göppinger, S. 53

350) siehe S. 76

zurückgreifen³⁵¹⁾. Nützlich waren beim Zusammenstellen der Eheschließer die Heiratsbücher der örtlichen Standesämter. Das Standesamt Butzbach untersuchte anhand der Anstaltsadresse, welche Eheschließungen in der Justizvollzugsanstalt vorgenommen wurden. In Schwalmstadt existierte sogar eine entsprechende, vom zuständigen Standesbeamten geführte Liste. Das Kasseler Standesamt hielt sich als Kommunalbehörde nicht an die Verfügung des Hessischen Ministers der Justiz gebunden. Man verweigerte Auskunft und Unterstützung. Die Namen der Eheschließer in der Justizvollzugsanstalt Kassel konnten deshalb nicht über das Standesamt in Erfahrung gebracht werden. Häufig waren aber die Eheschließer den Beamten der Anstalt noch bekannt. Im übrigen durchsuchte man die Unterlagen der betreuenden Sozialarbeiter auf Anträge und Stellungnahmen, die einen Hinweis auf die Eheschließung enthalten konnten.

Nachdem so die Namen der Eheschließer bekannt geworden waren, nahm die Analyse der Vollzugsakten einen breiten Raum ein. Diese Akten führt immer die Strafanstalt, in der sich der Gefangene gerade aufhält. Sie werden nach seiner Entlassung auch dort aufbewahrt³⁵²⁾. Wird der Gefangene aus irgendeinem Grund in eine andere Anstalt verlegt, so sendet die Anstalt seine Personalakten mit.

351) Um eventuelle Anschlußuntersuchungen zu erleichtern, soll hier der Vollzugsverwaltung die Anregung gegeben werden, in den einzelnen Anstalten Listen zu führen, in denen der Name des Eheschließers und der Zeitpunkt der Heirat vermerkt werden sollte. Damit ein möglichst schneller Gesamtüberblick gewonnen werden kann, sind solche Listen an zentraler Stelle (Aufsichtsbehörde) innerhalb von Statistiken auszuwerten.

352) Vgl. Göppinger, S. 88

Sie enthalten u. a. die persönlichen Daten des Gefangenen, den Lebenslauf, eine sogenannte Persönlichkeitsdiagnose auf Grund der Zugangskonferenz³⁵³⁾, den Haftbefehl, einen Registerauszug über Vorstrafen und das Urteil.

Mit Hilfe dieses Materials ließ sich in den meisten Fällen schon ein gewisser Eindruck vom Persönlichkeitsbild des untersuchten Gefangenen gewinnen. Darüberhinaus gaben die Vollzugsakten Auskunft über die Art der Kontaktaufnahme, über das Haftverhalten vor und nach der Heirat, über besondere Wünsche des Gefangenen und über seinen Brief- und Besuchsverkehr^{354) 355)}. Auch über die Person des Partners war einiges zu erfahren.

Wenn Krankenakten existierten, so wurden diese in die Analyse mit einbezogen. Für eine Einsichtnahme war hier allerdings eine Einverständniserklärung der Betroffenen erforderlich, die von allen ohne Zögern erteilt wurde. Aus den Krankenakten waren häufig persönliche Dinge zu sehen, über die eine normale Personalakte schwieg.

Soweit man die erforderlichen Daten nicht aus den Akten entnehmen konnte, wurde die Untersuchung durch Interviews ergänzt. Insbesondere bei der Frage nach dem Heiratsmotiv erwiesen sich die Akten als wenig ergiebig. Das Interview als wichtiges Informationsinstrument der Sozialforschung³⁵⁶⁾ sollte nicht nur hier wertvolle Dienste leisten.

353) Meist wurde diese Diagnose von einem Anstaltspsychologen erstellt. Nicht selten hatte diese Aufgabe aber auch ein Sozialarbeiter zu erfüllen.

354) Vgl. Göppinger, S. 88

355) u. U. enthielten die Personalakten auch noch Vorgänge, die der Anstalt nach der Entlassung zur Kenntnis gelangten.

356) Göppinger, S. 92

Die Interviewformen reichen vom zwanglosen Gespräch bis zum streng standartisierten Fragebogen³⁵⁷⁾. Mischform ist das sogenannte Intensivinterview. Es liegt ein festes Frageschema vor, die Fragen sind jedoch nicht standartisiert und an eine bestimmte Reihenfolge geknüpft. Auch sind Zusatzfragen erlaubt.

Diese Art der Befragung wurde bei den Untersuchungen zunächst gegenüber dem Anstaltspersonal angewandt. Anstaltsleiter, Stellvertreter, Arzt, Psychologe, Pfarrer, die Sozialarbeiter und das Wachpersonal wurden zum Ablauf der Trauung, zu den beteiligten Personen, zu deren vermeintlichen Motiven, sowie zu den Auswirkungen der Heirat gehört. Darüberhinaus erwiesen sich zahlreiche auf die einzelnen Eheschließer konkret zugeschnittene Zusatzfragen als nützlich. Die noch in Haft befindlichen Eheschließer wurden in der gleichen Art und Weise interviewt. Bei allen Befragten, insbesondere aber bei den Gefangenen, waren die Antworten mit Vorsicht zu würdigen. Die folgende Darstellung beschränkt sich daher an einigen Stellen auf die bloße Wiedergabe der gegebenen Auskünfte, ohne daß damit etwa ein Anspruch auf Richtigkeit verbunden wäre.

Der in Freiheit lebende Ehepartner wurde nicht persönlich aufgesucht und gesprochen. Einerseits standen technische Schwierigkeiten³⁵⁸⁾ entgegen, andererseits erfolgte ein solches Vorgehen aus Rücksichtnahme auf die Interessen der Gefangenen. In den Gesprächen verdeutlichte sich, daß die Verurteilten unter großen Bemühungen bestrebt

357) Mayntz-Holm-Hübner, S. 71

358) In zahlreichen Fällen wohnten die Partner hunderte von Kilometern entfernt.

waren, alles von ihren Partnern fernzuhalten, was zu deren Verunsicherung geeignet gewesen wäre.

Die größten Schwierigkeiten traten bei der Weiterverfolgung der Eheschließer nach der Entlassung auf. Während sich eine erfolgte Straffälligkeit bzw. ein straffreies Verhalten noch aus den Strafregistrauszügen bestimmen ließ, war die Frage nach dem Bestand der Ehen schon schwieriger zu beurteilen. Teilweise wußte man in den Anstalten, was aus den Ehen geworden war, entweder weil der Eheschließer erneut dort ein-
saß oder weil noch persönlicher Kontakt zur Anstalt bestand. Die Standesämter³⁵⁹⁾ konnten über das Schicksal der Ehen nichts sagen, da nach der Entlassung die Heiratsbücher an das Standesamt des neuen Wohnsitzes geschickt wurden. Als einzig gangbarer Weg erwies sich, die Einwohnermeldeämter der Entlassungsorte zu befragen³⁶⁰⁾. Einige Ehen waren selbst so nicht verfolgbar. Der Weg, entlassene Eheschließer mittels Fragebogens um Auskunft zu bitten, führte zu keinem Erfolg. Von allen Angeschriebenen antwortete nur einer.

Von einem persönlichen Aufsuchen nach der Entlassung mußte aus verschiedenen Gründen Abstand genommen werden. Die Eheschließer verstreuten sich über das gesamte Bundesgebiet. Eine persönliche Kontaktaufnahme hätte unverhältnismäßig hohe Kosten mit sich gebracht. Darüberhinaus

359) Soweit überhaupt Auskunftsbereitschaft vorhanden war.

360) Wenn ein Umzug erfolgt war, so wurde die Meldebehörde des neuen Wohnsitzes angeschrieben. Da die Entlassenen in der Regel noch unter Bewährung standen, kamen sie mit ungewöhnlicher Sorgfalt ihrer Meldepflicht nach.

waren nur wenig ergiebige Antworten zu erwarten, denn es ist ein Teil Vollzugserfahrung, daß entlassene Gefangene durch nichts an die Zeit ihrer Freiheitsentziehung erinnert werden wollen. Kommt dieses Thema dennoch irgendwie zur Sprache, dann reagieren sie abwehrend oder aggressiv³⁶¹⁾.

- 32 Die Eheschließung in den hessischen Vollzugsanstalten
- 321 Zahlenmäßige Erfassung
- 3211 Untersuchungsgegenstand

Bei der Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes war zunächst der Umstand bedeutsam, daß Eheschließungen umso schwerer verfolgbar sind, je weiter sie zurückliegen. Der fragliche Zeitraum ist deshalb auf die Zeit zwischen 1968 und 1973 beschränkt worden.

Weil die Genehmigung des Hessischen Ministers der Justiz für die Akteneinsicht und Gefangenenbefragung sich nur auf hessische Anstalten beziehen konnte, blieb die Erhebung räumlich auf Hessen begrenzt³⁶²⁾.

Bei der Auswahl der Anstalten spielte die entscheidende Rolle, daß bei der Eheschließung von langfristig Verurteilten und Verwahrten die interessantesten Auffälligkeiten ermittelt wurden. Unter Berücksichtigung des hessischen

361) Der Versuch einer persönlichen Kontaktaufnahme mit entlassenen Eheschließern wurde in zwei Fällen ohne Erfolg unternommen. Die Entlassenen ziehen sich teilweise in die verbrecherischen Subkulturen der Großstädte zurück und können nicht ohne Risiko aufgesucht werden.

362) Wegen der überwiegenden Einheitlichkeit des Vollzuges werden die Phänomene in anderen Bundesländern sich nicht erheblich unterscheiden.

Vollstreckungsplanes kamen daher die Justizvollzugsanstalten Schwalmstadt und Butzbach in Betracht. Die Anstalt Kassel wurde mit einbezogen, weil sie als einzige hessische Justizvollzugsanstalt eine psychotherapeutische Abteilung besitzt, wo unter Abweichung vom Vollstreckungsplan größtenteils langstrafig Verurteilte oder Sicherungsverwahrte behandelt werden.

Die Erhebungen blieben auf Männervollzugsanstalten beschränkt, weil die Eheschließungen von Frauen während ihres Freiheitsentzuges sehr selten sind,³⁶³⁾ und weil die Aufsichtsbehörde eine Untersuchung in einer Frauenvollzugsanstalt für problematisch hielt.

Nicht berücksichtigt wurden Ehen, die während des Sozialurlaubs geschlossen worden sind. Oftmals bleiben solche Ehen unbekannt, da sie weder über die Standesämter am Anstaltsort noch über die Anstalt selbst festgestellt werden können.

Untersuchungsgegenstand bilden also die von 1968 bis 1973 in den Justizvollzugsanstalten Schwalmstadt, Butzbach und Kassel geschlossenen Ehen.

3212

Zeitpunkt und Ort der Eheschließungen

Zunächst ist festzuhalten, wieviel Gefangene im entsprechenden Zeitraum geheiratet haben, und in welcher Anstalt die Ehen im einzelnen geschlossen wurden. Die Vermutungen der mit dem Vollzug vertrauten Personen beliefen sich auf etwa insgesamt 150 - 200 Ehen. Doch es zeigte

363) Nach Angaben der Frauenvollzugsanstalt Preungesheim heiraten jährlich etwa 3 weibliche Gefangene.

sich, daß diese Zahl zu hoch geschätzt worden war.

In Kassel heirateten vom 1. 1. 1968 bis zum Abschluß der Untersuchungen in der dortigen Anstalt³⁶⁴⁾ 19 Gefangene. Vier davon wurden in andere Bundesländer³⁶⁵⁾ oder in das Gustav-Radbruch-Haus³⁶⁶⁾ verlegt. Diese Fälle sind nicht weiter verfolgt worden.

20 Gefangene heirateten von 1. 1. 1968 bis 15. 10. 1973 in der Justizvollzugsanstalt Butzbach, zweimal fand eine Verlegung in eine nicht hessische Anstalt statt.

In Schwalmstadt schlossen zwischen dem 1. 1. 68 und dem 31. 12. 1973 28 Gefangene die Ehe. Ein Verurteilter wurde in ein anderes Bundesland verlegt.

Insgesamt haben also in den drei hessischen Vollzugsanstalten in der fraglichen Zeit 67 Gefangene geheiratet. Sieben Fälle sind aus den oben genannten Gründen nicht weiterverfolgt worden.

Vier Eheschließer haben bereits das zweitemal eine Ehe in der Vollzugsanstalt geschlossen, ihre erste Heirat in Gefangenschaft lag allerdings außerhalb des Untersuchungszeitraumes.

Durchschnittlich haben also in Kassel 4, in Butzbach 5 und in Schwalmstadt 6 Gefangene pro Jahr geheiratet. Berücksichtigt man neben

364) 31. Juli 1973

365) Die Genehmigung des HMDJ für die Akteneinsicht und Gefangenenbefragung bezog sich nur auf die hess. Anstalten. Es konnten also die in andere Bundesländer verlegten Eheschließer nicht weiter berücksichtigt werden.

366) Da in dieser Anstalt der offene Vollzug praktiziert wird, sind die Schwierigkeiten, die eine Eheschließg. des Gefangenen mit sich bringt, nicht so erheblich wie im geschlossenen Vollzug. Im Hinblick auf die Problemstellung dieser Arbeit handelt es sich um Ausnahmefälle, die hier ausgeklammert bleiben sollen.

diesen absoluten Zahlen noch die Kapazitäten der einzelnen Anstalten³⁶⁷⁾, so wird deutlich, daß in Schwalmstadt ein wesentlich größerer Prozentsatz von Gefangenen die Ehe einging, als in den anderen Anstalten. Dafür können verschiedene Dinge ursächlich gewesen sein.

Es ist z. B. möglich, daß in Schwalmstadt die Anstaltsbediensteten eine Eheschließung besonders gefördert haben. Die Gefangenen wurden dazu befragt. Die Hälfte der noch in Haft befindlichen Eheschließer in Schwalmstadt gab an, ihnen sei die Heirat von der Anstalt besonders empfohlen worden. Bei der anderen Hälfte soll sich die Anstalt überhaupt nicht geäußert haben. Abgeraten wurde keinem der Verurteilten. In Butzbach dagegen befürwortete die Anstalt angeblich keine der durchgeführten Eheschließungen. 1/3 der Gefangenen will keinerlei Reaktion der Anstalt auf ihre Eheschließung bemerkt haben, während 2/3 behaupteten, die Anstalt habe ohne Erfolg versucht, sie von diesem Schritt abzuhalten. Allen befragten Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kassel soll entweder von der Anstalt oder, soweit sie sich noch in Untersuchungshaft befanden³⁶⁸⁾, vom Untersuchungsrichter zur Ehe geraten worden sein.

Selbst, wenn man unterstellt, daß einige Gefangene nicht wahrheitsgemäß geantwortet haben³⁶⁹⁾, so ist dennoch eine gewisse Tendenz erkennbar. In Kassel stand die Anstalt überwiegend positiv einer Heirat gegenüber, in Butzbach reagierte

367) Durchschnittliche Belegzahlen: Kassel: 450; Schwalmstadt: 150; Butzbach: 450;

368) In zwei Fällen waren die Eheschließer noch nicht rechtskräftig verurteilt.

369) siehe S. 82

man in den meisten Fällen ablehnend und in Schwalmstadt war die Auffassung bei den einzelnen Eheschließungen geteilt.

Es läßt sich daher unter Zugrundelegung der gegebenen Antworten nicht sagen, daß die Anzahl der Eheschließungen von der Einstellung der jeweiligen Anstalt abhängig ist. In Kassel und Butzbach heirateten die Gefangenen trotz gegenteiliger Position der Anstalten in gleichem Maße. In Schwalmstadt wurde häufiger die Ehe geschlossen als in Kassel, obwohl die Anstalt hier nach Aussage der Gefangenen die Unternehmen wesentlich differenzierter beurteilte.

Modeströmungen in der Anstalt können die Anzahl der Eheschließungen beeinflußt haben. Sozialarbeiter berichteten von Fällen, in denen die Eheschließung eines Gefangenen gleiche Entschlüsse befreundeter Zellennachbarn nach sich zog.

In bestimmten Jahresabschnitten häuften sich die Eheschließungen. So waren Mai, August und November als Heiratsmonate besonders beliebt. Auffällig wenig wurde im Januar, Februar, März und Dezember eine Ehe eingegangen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß diese Zahlen rein zufallsbedingt sind, da es oft von technischen Dingen abhängt, in welchem Monat eine geplante Ehe letztlich standesamtlich geschlossen wird.

Eheschließungen in den Vollzugsanstalten hängen nicht zuletzt von der Dauer der Freiheitsentziehung ab. Während kurzfristig Verurteilte mit ihren Heiratsplänen in der Regel bis zur Entlassung warten, neigen langfristige Gefangene oder Sicherungsverwahrte dazu, eine geplante Ehe

in der Anstalt einzugehen. Da entsprechend dem Vollstreckungsplan überdurchschnittlich hohe Zeitstrafen und die Maßregeln der Sicherungsverwahrung in Schwalmstadt vollzogen werden, verwundert die relativ hohe Anzahl der Eheschließungen in dieser Anstalt nicht.

Zu Beginn der Untersuchung wurde die Hypothese aufgestellt, daß die Zahl der Eheschließungen abhängig sei von den jeweiligen Heiratsvoraussetzungen und der Gesamtsituation im Vollzug. Mit dem Entfallen des Verbotsvorbehaltes in Nr. 166 DVollzO³⁷⁰⁾ und der Übertragung der Genehmigungsbefugnis auf die Anstaltsleiter³⁷¹⁾ war eine Steigerung der Heiratszahlen zu vermuten, weil dem Gefangenen nun ein abschreckendes Antragsverfahren erspart blieb und die Einflußmöglichkeiten der Vollzugsbehörden erheblich gesenkt wurden.

1968 wurden die meisten Ehen geschlossen. In 16 Fällen gab der Generalstaatsanwalt die Genehmigung zur Heirat. 1969 heirateten in allen drei Anstalten insgesamt nur noch 5 Gefangene. Auch 1970, als 9 Ehen geschlossen wurden, und 1971, als 6 Gefangene heirateten, brachten keine Tendenzwende. Erst 1972 stieg die Heiratsfreudigkeit der Gefangenen wieder an. Es wurden 14 Ehen geschlossen. Daß 1973 nur 8 Fälle bekannt geworden sind, liegt daran, daß die Erhebungen in Kassel und Butzbach schon weit vor Jahresfrist beendet wurden³⁷²⁾.

370) siehe S. 69
(Ministererlaß 12.6.1969 JMB1 69, 758)

371) siehe S. 69
(Ministererlaß 12.6.1969 4430-IV/1-1103)

372) siehe S. 86

Auch ein Blick auf die Zahlen in den einzelnen Anstalten bestätigt den gewonnenen Gesamteindruck³⁷³⁾.

Die oben aufgestellte Hypothese bestätigte sich nicht, denn die Zahl der jährlichen Eheschließungen hat sich nach der Abänderung der Nr. 166 DVollzO am 12. 6. 1969 nicht erhöht.

Das Absinken der Eheschließungen 1969, 1970 und 1971 läßt sich vermutlich mit der zunehmenden Gewährung von Haftunterbrechung und Sozialurlaub erklären. Gewisse Liberalisierungstendenzen gaben den Gefangenen immer mehr die Möglichkeit, außerhalb der Anstalt zu heiraten.

3213

Die Heirat innerhalb eines bestimmten Straf- oder Verwahrungsabschnittes

War zunächst festzustellen, wieviele Ehen in welcher Anstalt und in welchem Jahr geschlossen wurden, so ist nun zu untersuchen, in welchem Straf- oder Verwahrungsabschnitt die einzelnen Gefangenen geheiratet haben³⁷⁴⁾. Bei den Berechnungen wurde die Zeit zwischen Festnahme und (voraussichtlicher) Entlassung zugrunde gelegt³⁷⁵⁾.

373)	Kassel	Butzbach	Schwalmstadt
1968	4	4	8
1969	-	2	5
1970	2	5	2
1971	2	1	3
1972	5	5	4
1973	2	1	5
	(bis 31.7.) (bis 15.10.)		

374) Die Zeit des Freiheitsentzuges wurde dabei in Viertel geteilt, weil es sich hier um typische Vollzugsphasen handelt.

375) Ausgeklammert blieben die noch im Vollzug befindlichen Lebenslänglichen und Sicherungsverwahrten, da sich bei ihnen ein voraussichtlicher Entlassungszeitpunkt nicht bestimmen ließ. Das war bei 7 Probanden der Fall.

10 Gefangene heirateten im ersten Viertel ihrer Freiheitsentziehung. Zwei Ehen wurden noch vor Rechtskraft des Urteils geschlossen. Im zweiten Viertel wurden 8 Verurteilte in der Vollzugsanstalt getraut, während im dritten Viertel 7 Gefangene die Ehe eingingen. 28 Probanden heirateten im letzten Viertel ihrer Straf- oder Verwahrungszeit. Es ist bemerkenswert, daß in zwei Fällen Entlassungstag und Trauung zusammenfielen. Man kann daher von einer auffälligen Bereitschaft der Verurteilten sprechen, im letzten Abschnitt ihrer Freiheitsentziehung zu heiraten. Das kann u. a. an einer verstärkten Partnerbedürftigkeit liegen. Auch mag eine Rolle spielen, daß der Gefangene in dieser Phase die Aussichten auf eine häusliche Gemeinschaft positiver beurteilt als in anderen Haftabschnitten.

322 Das Zustandekommen der Ehen

3221 Kontaktaufnahme vor Beginn der Freiheitsentziehung

Bereits oben ³⁷⁶⁾ ist darauf hingewiesen worden, daß rechtlich verschiedene Möglichkeiten bestehen, einen Partner kennenzulernen. Es soll nun dargestellt werden, wie die Kontakte tatsächlich zustande gekommen sind.

Von den 60 untersuchten Ehen sind 28 auf Grund einer Bekanntschaft geschlossen worden, die schon vor Beginn der Freiheitsentziehung bestand. Insbesondere die kurzstrafig verurteilten Eheschließer haben ihre Frauen regelmäßig schon in Freiheit gekannt. In der Justizvollzugsanstalt Kassel, wo kurzstrafig Verurteilte erheblich

³⁷⁶⁾ siehe S. 71

überrepräsentiert sind, haben über 60 % der Eheschließer schon vor Beginn der Freiheitsentziehung in Beziehung zu ihren späteren Frauen gestanden. Nur 30 % der Eheschließer aus der Anstalt Schwalmstadt, die vorwiegend langstrafig Verurteilte und Sicherungsverwahrte beherbergt, hatten schon vor ihrer Festnahme Kontakt zum Ehepartner.

Teilweise waren die Verbindungen auf Grund eines nachbarschaftlichen Verhältnisses zustande gekommen. Es fiel auf, daß zahlreiche Gefangene mit einer Frau aus der unmittelbaren Umgebung ihres Lebensbereiches die Ehe eingingen. Entweder stammte die Partnerin aus dem gleichen Dorf oder lebte, wenn es sich um Großstädte handelte, mit ihrem zukünftigen Gatten in derselben Obdachlosensiedlung.

Ein Gefangener gab an, seine spätere Ehefrau bei der Ausübung seines Berufes kennengelernt zu haben. Als Geschäftsführer einer Nachbarschaft schloß er die Bekanntschaft, aus der in der Anstalt die Ehe hervorging. Weitere Kontakte wurden durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen geschaffen. In vier Fällen heirateten Zuhälter ihre Prostituierten.

Die Intensität der Verbindungen, aus denen sich später die Ehen entwickelten, war verschieden. Von den 28 Gefangenen, die ihre Gattin bereits vor der Freiheitsentziehung kannten, waren 19 mit diesen Frauen verlobt. Ein Paar befand sich bereits 6 Jahre im Brautstand, andere hatten sich erst wenige Tage vor der Festnahme das Versprechen der Ehe gegeben. In eheähnlichen Verhältnissen lebten 10 Paare. Diese Verbindungen bestanden größtenteils schon mehrere Jahre.

Die geplante Heirat stand in 4 Fällen bei der Festnahme unmittelbar bevor. Zweimal war sogar schon das standesamtliche Aufgebot bestellt. Ein Paar war bereits nach Zigeunerbrauch verheiratet. In der Justizvollzugsanstalt wurden die Partner standesamtlich getraut, nachdem die Braut volljährig geworden war. Vier Gefangene gaben zu Beginn der Freiheitsentziehung an, sie seien zwar eng mit ihrer Partnerin befreundet, aber nicht verlobt. In fünf weiteren Fällen kannte man sich zwar vor Beginn der Freiheitsentziehung, es bestanden aber keine Bestrebungen, die auf eine feste Verbindung bzw. Heirat angelegt waren. Die Kontakte waren anderer Natur. Zwei Verurteilte frischten während der Inhaftierung ihre bereits abgebrochenen Beziehungen zu Jugendfreundinnen wieder auf. In der Justizvollzugsanstalt wurde dann die Ehe geschlossen. Ein Gefangener gab an, mit seiner späteren Ehefrau weder verlobt noch befreundet, sondern nur flüchtig bekannt gewesen zu sein. Bei der Durchsicht der Personalakten stellte sich heraus, daß der Verurteilte in der Anstalt eine Geschädigte seiner betrügerischen Manipulationen heiratete. Auf familiärer Ebene lernten zwei Gefangene ihre späteren Frauen kennen. Ein Eheschließer heiratete mehrere Jahre nach Strafantritt die Frau seines verstorbenen Bruders. Der andere Verurteilte ging in der Anstalt die Ehe mit der Tante seiner geschiedenen Frau ein.

- 3222 Kontaktaufnahme während der
Freiheitsentziehung
- 32221 Kontakt durch Heiratsinserate

32 Verurteilte kannten ihre Ehefrauen im Zeitpunkt ihrer Inhaftierung nicht. Sie waren zu Beginn ihrer Strafe oder Maßregel häufig mit anderen Frauen verheiratet oder verlobt. Regelmäßiger Schrift- und Besuchsverkehr erhielt ihnen den Kontakt zur Außenwelt. Doch bald nach der Festnahme brachen diese Beziehungen ab. Nur selten überdauerten die Verbindungen Jahre, ehe sie zum Leidwesen der Gefangenen zerstört wurden. Einige Verurteilte hatten keinerlei Kontakte zu irgendwelchen Frauen.

In den Vollzugsakten der Gefangenen, die keine Beziehung zu einer Frau hatten, war bald das Bestreben erkennbar, neue Bekanntschaften zu schließen. Der beliebteste Weg für diese Bemühungen war die Beantragung einer Heiratsanzeige in einer für solche Zwecke einschlägigen Zeitschrift³⁷⁷⁾ oder in einer Tageszeitung. Anzeigen in Sex-Zeitschriften wurden von den Anstaltsleitungen regelmäßig abgelehnt, meist unter dem Hinweis, daß diese Blätter für eine Kontaktaufnahme im Interesse des Gefangenen nicht geeignet seien³⁷⁸⁾. Da die Wiedereingliederung eines Verurteilten gefährdet erschien, hielt man die Antwort einer Gefangenen aus der Frauenstrafanstalt Preungesheim an, die in ordinarer Art und Weise von sich und ihren brutalen Straftaten berichtete.

377) Ca. 90 % aller Inserate wurden in einem bestimmten Wochenendblatt aufgegeben.

378) In einigen Fällen fragte die Redaktion der beauftragten Zeitschrift sogar von sich aus nach ob die Anstalt mit der Aufgabe des Inserates einverstanden sei.

Auch die Versuche der Verurteilten, mit einem Eheinstitut in Verbindung zu treten, wurden unter Hinweis auf die anstaltliche Ordnung unterbunden.

Die Kosten der Anzeigen sollten vom Hausgeld getragen werden³⁷⁹⁾. In fast allen Fällen wurde jedoch auf Antrag erlaubt, einen Teil der Kosten vom Eigengeld oder der Rücklage zu decken.

Von 32 Verurteilten, die ihre spätere Frau nicht bei Inhaftierung kannten, lernten 29 ihre Partnerin auf Grund eines Inserates kennen. In 26 Fällen kam die Verbindung zustande durch eine Anzeige, die der Gefangene aufgab. Der gegenwärtige Aufenthaltsort wurde in den Inseraten auf Drängen der Anstalt angegeben. Die drei anderen Beziehungen entstanden, weil ein Verurteilter auf ein Inserat der Frau antwortete.

Nach Auskunft der Gefangenen ist die Chance einer aussichtsreichen Bekanntschaft größer, wenn man selbst inseriert. Während der Verurteilte bei der Beantwortung einer Heiratsanzeige nur einer unter vielen Bewerbern ist, kann er bei einem eigenen Inserat wählen³⁸⁰⁾.

Die Zuschriften waren meist sehr zahlreich. So erhielt ein zu lebenslangem Freiheitsentzug Verurteilter 70 Zuschriften, obwohl er seine Strafe in dem Inserat angab. Durchschnittlich antworteten die Frauen jedoch nicht ganz so häufig. Es war aber selten, daß für einen Gefangenen sich nur wenige Bewerberinnen interessierten. Nur einmal mußte ein Inserat wiederholt

379) Ministerialerlaß HmJ 1.9.1969 (Vgl. S. 73)

380) Es kommt hinzu, daß die Gefangenen auf Chiffre-Anzeigen erst seit dem 1.3.1971 antworten dürfen (siehe S. 74).

aufgegeben werden, weil es zunächst nicht den gewünschten Erfolg hatte.

Warum die Resonanz auf Gefangeneninserate so unterschiedlich war, konnte nicht festgestellt werden. Eine Häufung der Rückantworten war allerdings dem steigenden Lebensalter proportional. Offenbar meinen die interessierten Frauen, daß bei älteren Gefangenen die Chancen hinsichtlich einer Entlassung und die Aussichten auf eine gelungene Wiedereingliederung größer sind, als bei jüngeren Rechtsbrechern. Zu dieser Auffälligkeit kann allerdings auch der Umstand beigetragen haben, daß bei höherem Lebensalter die Möglichkeiten der Partnerwahl beschränkter werden.

32222

Handel mit Anschriften

Nicht jeder Gefangene ist in der Lage, ein Heiratsinserat aufzugeben. Manchmal ist die Gleichgültigkeit eines Verurteilten so groß, daß er nicht die Kraft aufbringt, sich selbst einen Partner zu suchen. Einige Gefangene haben auch Angst vor dem ersten Schritt, obwohl sie stark an einer Ehe interessiert sind. Darüberhinaus ist von Fällen zu berichten, in denen die Verurteilten ein Heiratsinserat nicht beantragen konnten, weil sie Analphabeten waren. Diese Eigenschaften machen sich aktive und schreibgewandte Gefangene zunutze.

In den Subkulturen der Strafanstalten erhalten die einzelnen Verurteilten je nach ihrer wirtschaftlichen Stellung Funktionen. Sie reichen vom Hörigen über den Schieber und Spitzel bis

hin zum Tabakkönig³⁸¹⁾. Im täglichen Kampf um die stärkeren Positionen spielt auch der Handel mit Adressen von heiratswilligen Damen eine gewisse Rolle. Zwar kommt dieser Branche nicht die Bedeutung zu, wie etwa dem Handel mit Tabletten und Rauschgift. Die entsprechenden Adressen sind nach Angaben von Gefangenen aber nicht zu unterschätzende Handelsobjekte im unkontrollierten Güterverkehr. Der Preis soll allerdings recht unterschiedlich sein³⁸²⁾. Er hänge ab von den Eigenschaften der Frau. Die wirtschaftliche Situation spiele eine gewichtige Rolle. Besonders beliebt sind nach Aussage der Verurteilten Adressen von Frauen, die bereits ein Foto in die Anstalt geschickt haben. Je anregender die Aufnahme in spezieller Hinsicht sei, desto mehr werde dafür gezahlt. Auch soll der Informationsstand der Frau für den Preis von Bedeutung sein. Habe man sie bereits über die Schwierigkeiten aufgeklärt, die sich aus einer Verbindung mit einem Gefangenen ergeben, so steigere das erheblich den Preis³⁸³⁾.

381) v.Hentig, S. 334 Fußnote 3;
Morris, S. 233

382) Die Befragten gaben an, die Spanne reiche von einem einfachen Päckchen Zigaretten bis zu Tabakwaren und Kaffee im Werte von DM 50,-- ("Koffer" und "Bombe"). Aus Mitleid würden auch Adressen verschenkt. Es soll sich dann aber um wenig aussichtsreiche Anschriften handeln.

383) Nicht nur Mitgefangenen wurden Adressen, Fotos oder intime Briefe zum Kauf angeboten. Ein Gefangener wollte mit einem Taschenbuchverlag ins Geschäft kommen. Er bot 957 Liebesbriefe einer Schweizer Beamtin als "heiße Eisen" an und wollte dem Verlag seine Erfahrung gegen angemessenes Entgelt zur Verfügung stellen. (Das Schreiben wurde gem. Nr. 155 II DVollzO als mit den Zielen des Vollzuges unvereinbar angehalten.)

Aus einem angehaltenen Brief war zu ersehen, daß der Verkäufer auch noch die Rolle des Vermittlers übernahm. Zunächst überschüttete er die Briefpartnerin mit Komplimenten und drückte seine Bewunderung aus. Danach berichtete der Verkäufer, wie ein befreundeter Mitgefangener zufällig Brief und Foto der Frau zu sehen bekam, und wie ein heftiger Kampf entbrannte, weil jeder die Partnerin für sich allein haben wollte. Der Vermittler schrieb weiter, er habe zwar den Kontakt geknüpft, gebe aber schweren Herzens nach, weil sein Mithäftling schüchtern veranlagt sei. Dieser Mitteilung folgten verherrlichende Worte über den angeblichen Freund, dessen einziger "Nachteil" die Kontaktarmut sei. Nachdem der Verkäufer noch darauf hingewiesen hatte, daß nur ein Verurteilter schreiben darf, bedauerte er den "Raub" der Partnerin. Die Bitte um Antwort an den Freund beendete diesen Vermittlungsversuch.

Gegen einen Verurteilten wurde ein Hausstrafverfahren eingeleitet, weil er das Inserat eines Mitgefangenen finanzierte und dafür 12 Anschriften erhielt.

Die meisten Gefangenen behüteten die Adressen ihrer Partnerinnen sorgsam wie Geheimnisse, um Mißbrauch zu verhindern. Dennoch besorgte sich ein Verurteilter die Kontaktadresse eines verhassten Mithäftlings und versuchte, die Verbindung durch das Schreiben von Unwahrheiten zu zerstören.

32223

Andere Arten der Kontaktaufnahme

Drei Verurteilte lernten ihre späteren Ehefrauen nicht durch Inserate kenne. Ein Gefangener bekam Kontakt, als ein Zellengenosse ihm die Adresse seiner Cousine verschaffte und deren Fähigkeiten, sowohl auf sexuellem, als auch auf hauswirtschaftlichem Gebiet besonders empfahl. Eine weitere Bekanntschaft wurde während des Sozialurlaubs geschlossen. Der Verurteilte hatte als Urlaubsort die Anschrift seines Onkels angegeben³⁸⁴⁾. Er kam als Verlobter pünktlich in die Anstalt zurück. Auf eine seltene Art lernte sich ein anderes Paar während der Freiheitsentziehung kennen. Beide Partner waren in der gleichen Untersuchungshaftanstalt untergebracht. Nach Auskunft des Anstaltspersonals ist es dort üblich, daß die in getrennten Gebäudeteilen einsitzenden Untersuchungsgefangenen verschiedenen Geschlechts durch lautes Zurufen miteinander kommunizieren. Bei dieser Gelegenheit nahm das Paar erste Kontakte auf, die vertieft wurden, indem man dem Essenskalfaktor Briefchen zusteckte. Das erste persönliche Zusammentreffen fand anläßlich des Kirchganges statt, den weibliche und männliche Gefangene gemeinsam unternehmen. Da auch weitere Freizeitveranstaltungen für Gefangene beider Geschlechter gemeinschaftlich durchgeführt wurden, gab es Gelegenheit, die Verbindung weiter auszugestalten.

384) Gem. § 30 a HessGnO

32224

Vertiefung der Beziehungen

Nachdem die ersten Kontakte geknüpft worden waren, entwickelte sich rasch ein reger Briefverkehr. Einige Gefangene pflegten enge Beziehungen mit mehreren Frauen gleichzeitig. Sogar der Wortlaut der Briefe war gleich. Es wurden nur Name und Datum ausgewechselt. In allen bekannt gewordenen Fällen schritt die Anstalt ein. Den Gefangenen wurde unter-
sagt, mit mehreren Frauen gleichzeitig zu korrespondieren und Versprechungen zu machen, die bestenfalls nur einer Briefpartnerin gegenüber zu halten waren. Im Gespräch mit den zuständigen Sozialarbeitern wurden die Gefangenen auf die Unstatthaftigkeit dieser Praktiken hingewiesen. Man legte ihnen nahe, sich innerhalb einer kurzen Frist³⁸⁵⁾ für eine Partnerin zu entscheiden und die Verbindungen zu den anderen Frauen abubrechen. Die Gefangenen reagierten meistens schon, wenn sie auf die moralische Verwerflichkeit ihres Vorgehens aufmerksam gemacht wurden. Selten mußten die Beamten mit dem Anhalten der Briefe drohen³⁸⁶⁾. Einigen gelang es trotz dieser Maßnahme, "mehrere Eisen im Feuer zu haben". Die Kontakte mit anderen Frauen dauerten dann oft bis kurz vor die Eheschließung. Teilweise bestanden die Beziehungen sogar noch darüber hinaus.

Ca. 50 % der Verurteilten bekannten sich im ersten oder zweiten Brief voll zu ihrer Situation. Sie klärten ihren Partner über Vorleben, Tat und Dauer der Strafe auf. Man ging aber auch stufenweise vor. So wurde beispielsweise

385) Man ließ bis zu 3 Wochen Zeit.

386) Als Grundlage wurde Nr. 155 II DVollzO genannt.

die Strafdauer zuvor korrekt angegeben, eine anschließende Maßregel der Sicherung und Besserung aber verschwiegen. Ständiges Drängen der Sozialarbeiter führte dann zur ratenweisen Aufklärung der zukünftigen Ehefrauen.

In einigen Fällen kam es nach der Kontaktaufnahme aber auch zu echten Täuschungsversuchen. Ein Mörder bezeichnete seine Tat als Unglücksfall, für den er zu Unrecht bestraft worden sei. Von einem Sicherungsverwahrten wurde gegenüber seinem Partner von Schutzhaft gesprochen. Ein anderer Verwahrter, der wegen Betruges im Rückfall verurteilt worden war, gab an, wegen einer "Konkurssache" einzusitzen. Ein Bankräuber, der seine brutalen Taten aus übersteigerter Gewinnsucht beging, bezeichnete sich als politischen Gefangenen³⁸⁷⁾. Häufig wurden die Schwere der Tat gemindert oder die Umstände erheblich entstellt. Den "einmaligen Ausrutscher" rechtfertigte man mit der Wirkung von Alkohol und Tabletten. Gescheiterte Frauenbekanntschaften wurden gern als Ursache der Delinquenz vorgespiegelt. Größten Wert legte man darauf, Vorsatz und Unrechtsbewußtsein zu leugnen.

Nicht nur über Tat und Strafe, sondern auch über die eigene Person versuchte man zu täuschen, unwahre Angaben über die materiellen Verhältnisse sollten offenbar als Anreiz dienen. Charaktereigenschaften wurden verschwiegen oder erfunden. Bei jungen Gefangenen war es besonders beliebt, sich entweder als abenteuerlichen

387) Der Verurteilte schrieb an seine Partnerin, er mache sich nichts aus Geld, er liebe Adorno und Whisky. Die Mao-Bibel wolle er aber jetzt gegen Haar und Bein austauschen.

und starken Typ³⁸⁸⁾ oder als romantischen, von der Umwelt verkannten, Träumer hinzustellen. Die älteren Gefangenen zogen es vor, ihre handwerklichen Fähigkeiten in den Vordergrund zu stellen. Auch Häuslichkeit wurde gern angepriesen, was dann besonders komisch wirkte, wenn ein vielfach vorbestrafter Landstreicher diese Mitteilung machte.

Wenn die Briefe unkontrolliert die Anstalt verließen, waren die Empfängerinnen entweder beruhigt oder irritiert. Verunsichert wandten sie sich dann an die Anstalt mit der Bitte um genaue Auskunft. Diese Anliegen wurden von den einzelnen Anstalten unterschiedlich behandelt. Häufig teilte man mit, die Anstalt dürfe keinerlei Auskünfte geben und gab den Frauen gleichzeitig den Rat, sich an den Gefangenen selbst zu wenden. Kam der Verurteilte auch dann seiner Aufklärungspflicht noch immer nicht nach, wurden die Frauen informiert³⁸⁹⁾. Die Anstalten erteilten auch den Rat, sich an das verurteilende Gericht zu wenden, was allein zur Auskunftserteilung berechtigt sei. Wenn der Anstalt an einer Verbindung viel gelegen war, trug sie an die betroffenen Frauen die Bitte heran, den Partner auch nach Information nicht fallen zu lassen. In einem anderen Fall wurde die anfragende Frau in der Weise über ihren Partner unterrichtet, daß man zwar nicht direkt Auskunft

388) So berichtete z.B. ein Gefangener im ersten Brief darüber, wie er in der Innenstadt mit einem Tempo von 200 km/h die Polizei ver-schaukelt habe. Er gab die Dauer seiner ersten Ehe mit 10 Min. an und bezeichnete sich als den "deutschen Richard Kimbel" (- Star der Fernsehserie: "Immer auf der Flucht")

389) Einmal wurde sogar ein kompletter Strafre-gisterauszug übersandt.

gab, die Situation aber unmißverständlich andeutete³⁹⁰⁾.

Aber auch die Frauen schrieben nicht immer die Wahrheit. Das Scheitern früherer Ehen wurde teils unwahr begründet, teils verschwiegen. Besonders häufig wurde aber über den Beruf und die materiellen Verhältnisse getäuscht. Prostituierte verschwiegen die wahre Herkunft ihrer finanziellen Mittel. Die Inhaberin eines Bratwurststandes erzählte in ersten Briefen von einer ihr eigenen Kette von Imbißhallen.

Obwohl Täuschungen hin und wieder auch bei Frauen vorkommen, wurden sie von den Gefangenen zahlreicher versucht³⁹¹⁾. Während bei den Verurteilten die Anstalt immer auf vollständige Aufrichtigkeit hinarbeitete und die Frauen sogar warnte, waren die Gefangenen vor den Täuschungen der Frauen ungeschützt.

Der Briefverkehr in der ersten Zeit nach der Kontaktaufnahme war sehr umfangreich. Das gilt sowohl für die Zahl als auch für die Länge der Schreiben. Zwei bis drei Briefe pro Tag waren keine Seltenheit. Durchschnittlich ist ein Brief täglich geschrieben worden. Die Länge der Schreiben betrug in der Regel drei bis fünf Seiten. Der umfangreichste Brief erstreckte sich über 52 Seiten³⁹²⁾. Obwohl dieser Brief von einer

390) Es wurde mitgeteilt, daß ihr Briefpartner wegen des schwersten Deliktes einsitze, welches das StGB kennt, und daß die Strafe die längste sei, die das Gesetzbuch anordnet.

391) Berücksichtigt sind natürlich nur die bekannt gewordenen Fälle. Wie groß das Dunkelfeld ist, vermag niemand zu sagen.

392) Hier schritt die Anstalt ein. Sie wies die Schreiberin darauf hin, daß die Zensur solcher Briefe unzumutbar sei. Briefe über 10 Seiten wollte die Anstalt dem Gefangenen nicht mehr zukommen lassen.

Frau geschrieben war, zeigten sich die Gefangenen schreibfreudiger. Die unausgefüllte Freizeit der Verurteilten diente zur Erledigung ihrer Postangelegenheiten. Der Schriftverkehr war deshalb so umfangreich, weil die Partner über ihre Person, den Tagesablauf und sämtliche Probleme erschöpfend berichteten. Auffällig waren die ständigen Wiederholungen gegenseitiger Versprechen.

Man bezeichnete sich schon nach kurzer Zeit als Brautpaar. Oft lagen nur wenige Tage zwischen dem Kennenlernen und der Verlobung, obwohl man zum Teil noch gar nicht geschieden war. Man verhielt sich aber wie ein Paar, das sich schon Jahre kennt.

Die brieflichen Kontakte wurden bald durch persönliche Treffen erweitert. In der Regel erfolgte der erste Besuch nach ca. 2 Monaten. Unter den Eheschließern war allerdings auch ein Paar, das sich am Tage der standesamtlichen Trauung erstmalig begegnete.

Kurz nach den ersten Besuchen wurden Heiratspläne bekannt. Nur vereinzelt lag zwischen persönlicher Kontaktaufnahme und Eheschließung längere Zeit.

323

Die Trauung

3231

Vorbereitung der Trauung

Ausgangspunkt für die Vorbereitung der Trauung bildete ein vom Gefangenen gestellter Antrag auf Genehmigung der Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt. Die Genehmigung wurde bis auf zwei Ausnahmen von der zuständigen Behörde unverzüglich erteilt. Bei der Verweigerung machte man Bedenken hinsichtlich der Aufrichtigkeit

geltend. Nach Widerspruch der abschlägig Beschiedenen und erneuter Rücksprache gaben die Behörden jedoch auch diesen Anträgen statt.

Nachdem die Genehmigung erteilt war, begannen die Partner intensiv mit den Vorbereitungen. Es zeigte sich, daß zahlreiche Hindernisse auftraten. Weil ca. 80 % der Gefangenen nicht polizeilich gemeldet waren und etwa die Hälfte der Verurteilten keine Legitimationspapiere besaß, konnten die Voraussetzungen nach dem Ehegesetz nicht ohne weiteres erfüllt werden. Hinzu kam, daß bei einigen geschiedenen Gefangenen Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Scheidungsurteile auftraten. Die angekündigten Termine mußten oft verschoben werden. Das Anstaltsleben wurde dann durch die Reaktion der Gefangenen erheblich belastet. Die Verurteilten befürchteten, so kurz vor dem gesteckten Ziel an behördlichen Formalitäten, deren Notwendigkeit sie stark bezweifelten, zu scheitern. Die Sozialarbeiter und das Bewachungspersonal wurden bei der Beschaffung der Heiratspapiere eingeschaltet. Dabei überschätzten die Gefangenen die Einflußmöglichkeiten dieser Personen grenzenlos. Verzögerte sich ein Vorgang, waren die Beamten schwerer Kritik ausgesetzt. Die Verurteilten und die Bräute warfen Nachlässigkeit, bisweilen sogar böse Absicht vor³⁹³⁾.

Selbst dort, wo der zuständige Beamte eine Eheschließung für äußerst unangebracht hielt, weil er negative Folgen prognostizierte, war

393) Ein Verurteilter fragte z.B. an, ob die Anstalt eine Ehegenehmigung erst beim Papst einholen müsse.

er dennoch auf Grund seiner Amtsstellung verpflichtet, dem Gefangenen bei der Verwirklichung seiner Pläne zu helfen. Einige Sozialarbeiter berichteten in diesem Zusammenhang von Gewissenskonflikten. Es sei nicht einfach gewesen, an einer Sache mitzuwirken, deren Scheitern wahrscheinlich sei.

Auch bei den Frauen traten Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Heiratspapiere auf. Für Ausländerinnen mußten Urkunden aus dem Heimatland angefordert und übersetzt werden. Eine Braut war unmittelbar vor der Heirat aus wirtschaftlichen Gründen nicht geschieden. Von der Anstalt wurde daraufhin beim Generalstaatsanwalt um Rücknahme der bereits erteilten Heiratserlaubnis ersucht.

Dieser Vorgang veranlaßte die höhere Vollzugsbehörde zu der Verfügung, daß von der Anstalt der Personenstand des Antragstellers und seiner Partnerin sorgfältig zu prüfen und mitzuteilen sei³⁹⁴⁾.

Die unmittelbaren Heiratsvorbereitungen setzten ein, sobald die erforderlichen Unterlagen vorhanden waren. Beantragte Sonderbesuche und Besuchsverlängerungen wurden im Rahmen des Möglichen gewährt. Man bemühte sich, die Kleidung in Ordnung zu bringen. Zahlreiche Verurteilte kauften sich anläßlich der Eheschließung neue Anzüge, soweit genügend Geld vorhanden war. Der Kauf von Eheringen erfolgte entweder über ein Versandhaus, oder ein Anstaltsbediensteter wurde zu dem Geschäft bevollmächtigt. Verlangte

394) Von diesem Zeitpunkt an wurden Heiratserlaubnisse nur noch unter dem Vorbehalt erteilt, daß Ehehindernisse im Sinne des Ehegesetzes nicht entgegenstehen.

Ausführungen zu diesem Zweck lehnten die Anstaltsleiter regelmäßig ab. Nur einem Gefangenen wurde dieses Anliegen genehmigt. Bei der Bestellung des Aufgebotes verfuhr man in der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt großzügig, weil die örtlichen Verhältnisse es erlaubten. In Butzbach und Kassel wurden Ausführungen zum Standesamt dagegen generell abgelehnt. Die zukünftige Ehefrau mußte das Aufgebot in ihrer Heimatgemeinde bestellen. Danach wurden die Unterlagen an die Standesämter Butzbach und Kassel gesandt. Die Kosten trug entweder die Frau selbst, oder der Verurteilte überwies einen entsprechenden Betrag von der Rücklage oder dem Hausgeld.

Der Trauungsakt selbst wurde sehr sorgfältig vorbereitet. Einen beantragten Sonderbesuch mit Verlängerung genehmigten die Anstaltsleiter für den Tag der Eheschließung ausnahmslos. Die Gefangenen besorgten frühzeitig³⁹⁵⁾ Kaffee, Gebäck und Zigaretten zur Ausgestaltung der geplanten Hochzeitsfeier. Wenn die Frauen diese Gegenstände mitbringen wollten, war eine entsprechende Sondergenehmigung erforderlich. Nicht selten hielten die Gefangenen Geschenke für die Bräute bereit. Es handelte sich um Bastelarbeiten, selbstgemalte Bilder oder billigen Schmuck.

Problematisch war die Beschaffung von Trauzeugen für diejenigen Paare, die keine Angehörigen hatten. In zahlreichen Fällen bezeugten nahestehende Beamte die Trauung. Sollten Mitgefangene als Trauzeugen fungieren, so wurde das von der Anstaltsleitung mit dem Hinweis

395) Beim wöchentlichen Einkauf.

auf Sicherheit und Ordnung abgelehnt³⁹⁶⁾. Teilweise weigerten sich auserwählte Anstaltsbedienstete, die Trauung zu bezeugen. Während sie bei den Heiratsvorbereitungen ihre Unterstützung nicht verweigern durften³⁹⁷⁾, konnte man die Rolle des Trauzeugen ihnen ohne Willen nicht auferlegen. Die Gefangenen wurden auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, sich zwei Trauzeugen vom Kirchenamt stellen zu lassen. Aber auch die Gefangenen lehnten bisweilen Anstaltspersonal als Trauzeugen ab³⁹⁸⁾. Irgendeine Lösung wurde aber trotz großer Querelen immer gefunden.

Weil die Verurteilten großen Wert auf formelle Dinge legten, kam es auf Grund einer gewissen Übersensibilität zu Beschimpfungen und Trotzreaktionen, wenn nicht alles nach ihrer Vorstellung ablief. Ein als besonders ruhig bekannter Gefangener bekam einen Tobsuchtsanfall, als sich ein bestimmter Blumenstrauß nicht besorgen ließ. Demonstrative Suizidversuche nach einem abgelehnten Anliegen waren in dieser Phase keine Seltenheit. Auch die Frauen wurden in die Aktionen mit einbezogen. Sie beleidigten in Briefen Anstaltsleiter wie Sozialarbeiter und behaupteten, man gönne ihnen ihr großes Glück nicht.

In einem Fall wurden die Heiratsvorbereitungen durch einen Unglücksfall abgebrochen. Die Braut verunglückte tödlich auf dem Weg zur Anstalt,

396) Die abgelehnten Anträge waren nicht näher begründet. Es ist im Gegensatz zur Ansicht der Vollzugspraxis jedoch nicht ersichtlich, wie hier die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gestört sein könnte.

397) siehe S. 106

398) Ein Gefangener schrieb zur Begründung, an einem solchen Tag müsse man ganz Mensch sein, wozu die Beamten nicht in der Lage wären.

wo die Ehe geschlossen werden sollte. In einer deutschen Boulevardzeitung wurde ausführlich darüber berichtet.

3232

Die standesamtliche Trauung

Die Trauung selbst wurde von den Standesbeamten der Gemeinden Butzbach, Kassel und Schwalmstadt durchgeführt. Von der Anstalt wurde ein spezieller Raum zur Verfügung gestellt^{399) 400)}.

Nach der standesamtlichen Trauung wurde die Hochzeitsfeier durchgeführt. Gäste ließ die Anstaltsleitung in angemessenem Umfang zu⁴⁰¹⁾. Teilnehmer an diesen Feiern berichteten, daß sich erschütternde bis groteske Szenen abgespielt hätten. Die Aufsichtsbeamten sollen sich großzügig verhalten haben, so daß Liebkosungen unter den Partnern oft vorkamen. Nur wenn eine bestimmte Grenze erreicht war, schritt man ein. Die Ehepartner gaben an, die vergitterten Fenster hätten sie gestört. Man sei sich so jederzeit der unpassenden und ungewöhnlichen Umgebung bewußt gewesen. Bei der Eheschließung waren in einigen Fällen sogar Photographen dabei, die das Ereignis im Bild festhielten. Allerdings mußte das zunächst genehmigt werden. Die Hochzeitsfeier dauerte durchschnittlich zwei Stunden.

399) Einmalig war das Vorgehen der Schwalmstädter Anstaltsleitung, als sie einen Sicherungswahrten zur Trauung zum Standesamt ausführen ließ.

400) Der Raum hob sich durch keinerlei Veränderungen von den gewöhnlichen Besucherzimmern ab.

401) Nach Auffassung der Aufsichtsbehörde sollen nicht mehr als 3 Personen gleichzeitig als Besucher zugelassen werden. Regelmäßig werden von diesem Grundsatz aber bei Hochzeiten Ausnahmen gemacht. Im Höchstfall waren 8 Besucher anwesend.

In zwei Fällen wurde sogar geduldet, daß man den gesamten Nachmittag gemeinsam verbrachte. Nach Beendigung der Feier fiel der Abschied schwer. Die restlichen Genußmittel wurden den Verurteilten ausgehändigt, wenn der Verzehr anläßlich der Hochzeitsfeier gering gewesen war.

3233

Die kirchliche Trauung

Von den hier untersuchten 60 Paaren ließen sich 6 Paare im Anschluß an die standesamtliche Eheschließung kirchlich trauen. Zweimal wurden die Partner katholisch, viermal evangelisch getraut.

Die katholische Kirche war erst in jüngster Zeit dazu bereit, Eheschließungen in der Justizvollzugsanstalt zuzulassen. Davor war man der Ansicht, eine kirchliche Trauung in der Anstalt scheide aus, weil die Ehe unter geschlechtlichen und häuslichen Gesichtspunkten nicht vollziehbar sei. Heute liegt die Entscheidung über die Trauung in den Händen der Anstaltsgeistlichen.

Die evangelische Kirche dagegen traute in der Vollzugsanstalt schon immer, wenn die Voraussetzungen des Kirchengesetzes über die Trauung⁴⁰²⁾ vorlagen. Es werden keinerlei Unterschiede zur Eheschließung in Freiheit gemacht. Mindestens ein Partner muß die evangelische Konfession besitzen. Eine der Trauung entsprechende Handlung einer anderen Kirche, Weltanschauungs- oder Glaubensgemeinschaft darf nicht vorausgegangen sein. Darüberhinaus darf der Pfarrer ablehnen,

402) Letzte Fassung vom 6.11.1970. Veröffentlicht in den Zusammenfassungen der Gottesdienstordnungen und kirchlichen Lebensordnungen für evangelische Geistliche.

wenn Zweifel an der Christlichkeit bestehen, wenn ein Ehegatte keiner christlichen Glaubensgemeinschaft angehört oder geschieden wurde. Der Pfarrer soll in diesen Fällen in Wahrnehmung seiner seelsorgerischen Verantwortung entscheiden.

Schwierigkeiten gab es bei einer geplanten kirchlichen Heirat nur einmal, als die Konfirmationsbescheinigung nicht beigebracht werden konnte. Aber auch diese Ehe wurde später kirchlich getraut. Das Zeremoniell, von dem nach Angabe der Geistlichen die Beteiligten magische Wirkung erwarteten, begann regelmäßig mit einem Traugespräch in angemessener Zeit vor der Trauung. Die kirchliche Trauung selbst fand entweder in der Anstaltskirche oder in einem gottesdienstähnlichen Raum statt, der reichlich mit Blumen ausgestattet war. Bei zwei kirchlichen Trauungen, die nicht als Sonderbesuch angerechnet wurden, sorgte ein Organist für den musikalischen Rahmen.

Nach Auskunft der Anstaltsgeistlichen geht das Interesse an einer kirchlichen Trauung in der Anstalt stark zurück. Man vermutet, der zunehmend gewährte Sozialurlaub werde für kirchliche Hochzeiten genutzt. Im übrigen sei die geringe Zahl der kirchlichen Ehen auch mit dem rückläufigen Interesse an kirchlichen Dingen allgemein zu erklären. Zahlreiche kirchliche Trauungen unterbleiben auch deshalb, weil auf dem Trauschein die Adresse der Anstalt vermerkt wird.

33	Die Ehepartner
331	Die Männer
3311	Kriminalrechtliche Gesichtspunkte.

Die Zusammensetzung der männlichen Ehepartner wurde zunächst im Hinblick auf kriminalrechtliche Gesichtspunkte untersucht. Auf eine Darstellung der Problematik kriminologischer Tätertypologien mit allen einhergehenden Unsicherheiten soll verzichtet werden^{4o3)}. Entscheidendes Merkmal für die Einstufung bildete die letzte Verurteilung^{4o4)}. Sie erfolgte allerdings in ca. 2/3 der Fälle wegen eines Deliktes, das der Täter schon vorher einmal begangen hatte.

Die stärkste Gruppe bildeten die Eigentums- oder Vermögensstraftäter. 26 Eheschließer verbüßten zur Zeit ihrer Heirat eine Strafe wegen Diebstahls und schweren Diebstahls. Neun Betrüger heirateten in der Anstalt. Interessanterweise waren zwei Täter deshalb gem. § 263 StGB verurteilt worden, weil sie Frauen unter Vor Spiegelung nicht vorhandener Heiratsabsichten zu schädigenden Vermögensverfügungen veranlaßt hatten. Wegen Raubes oder raubähnlicher Delikte saßen 7 Eheschließer ein. Die begangenen Straftaten reichten von der Beihilfe zum einfachen Raub bis zum besonders schweren Raub mit Todesfolge. Jeweils ein Gefangener war wegen Verletzung der Unterhaltungspflicht, Beleidigung und Trunkenheit am Steuer verurteilt worden. Unter den Eheschließern befanden sich weiter drei Verurteilte, die eine Strafe wegen Zuhälterei

4o3) Vgl. hierzu Göppinger, S. 114

4o4) Wenn die Verurteilung wegen mehrerer Delikte erfolgte, war das Delikt mit der schwersten Strafe maßgeblich.

verbüßten. Drei Mörder und zwei Totschläger heirateten in dem entsprechenden Untersuchungszeitraum. Sechsmal waren die Eheschließer wegen Sittlichkeitsdelikten bestraft worden. Darunter befanden sich vier Verurteilungen wegen Notzucht⁴⁰⁵; eine Verurteilung wegen Unzucht mit Kindern⁴⁰⁶). Ein anderer Sittlichkeitstäter verbüßte eine langjährige Freiheitsstrafe, nachdem er zunächst seinen Halbbruder und danach einen elfjährigen Knaben homosexuell mißbraucht hatte.

Das Strafmaß der Eheschließer war genauso differenziert wie die von ihnen begangenen Delikte. Die geringste Freiheitsstrafe betrug 6 Monate, dreimal hatten die Gerichte auf lebenslänglich erkannt. Die angeordnete Freiheitsentziehung dauerte durchschnittlich 4 1/2 Jahre⁴⁰⁷). Ungewöhnlich hoch war der Anteil der Sicherungsverwahrten. 17 Eheschließer heirateten während der Maßregel der Sicherung und Besserung. Ein Gefangener heiratete während einer Jugendstrafe, die er in Abweichung vom Vollstreckungsplan in einer Erwachsenenanstalt verbüßte. Bei einem Verurteilten war neben einer zeitlich begrenzten Freiheitsstrafe auf anschließende Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt erkannt worden.

Bis auf einen Gefangenen waren alle Eheschließer erheblich vorbestraft. Zwei Verurteilte hatten bereits 32 Vorstrafen. Durchschnittlich lag die

405) In einem Fall hatte der Eheschließer eine 83-jährige Frau genotzüchtigt

406) § 176 StGB (= Sexueller Mißbrauch von Kindern)

407) Für die lebenslängliche Strafe wurde bei der Berechnung 25 Jahre eingesetzt. Bei 3 Sicherungsverwahrten mit unbestimmten Entlassungsterminen diente die bereits verbüßte Strafe als Grundlage.

Anzahl der Vorstrafen bei ca. 10 Verurteilungen.

3312 Lebensalter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz

Fast alle Altersgruppen waren vertreten. Der jüngste Eheschließer war bei seiner Heirat 21 Jahre alt, der älteste dagegen schon 72 1/2. Das Durchschnittsalter der Gefangenen betrug 38 Jahre.

Die männlichen Ehepartner besaßen alle die deutsche Staatsangehörigkeit. 60 % von ihnen konnten bei ihrer Verhaftung einen festen Wohnsitz angeben, 40 % waren nicht polizeilich gemeldet.

3313 Personenstand und Kinder

18 Gefangene waren noch ledig, als sie ihre spätere Ehefrau kennenlernten. Sie hatten aber häufig nichteheliche Kinder. In fünf Fällen waren die späteren Ehepartnerinnen die Mütter. 8 ledige Gefangene hatten keine Kinder.

37 Eheschließer waren bereits geschieden⁴⁰⁸⁾. Einige hatten schon 3 Ehen hinter sich.

27 Gefangene lebten bei Inhaftierung von ihren ehemaligen Frauen getrennt. Bei 10 Verurteilten erfolgte die Scheidung erst während der

408) Vereinzelt bestand zwischen den geschiedenen Partnern noch reger Kontakt. Ein Verurteilter beabsichtigte sogar, in der JVA seine geschiedene Frau erneut zu heiraten, ließ aber von seinem Plan ab und schloß mit einer anderen Frau die Ehe.

Gefangenschaft. Diese Eheschließer hatten zum Teil mehrere Kinder mit ihren geschiedenen Partnerinnen oder mit anderen Frauen. In 6 Fällen waren die geschiedenen Gefangenen kinderlos. Vier Witwer heirateten in der Justizvollzugsanstalt. Auch aus deren Ehen waren bis auf eine Ausnahme Kinder hervorgegangen. Ein Eheschließer war sowohl verwitwet als auch zweimal geschieden.

3314

Das Verhältnis zur Herkunftsfamilie

Das Verhältnis zur Herkunftsfamilie war unterschiedlich. Mehr als 2/3 der Probanden hatte keinerlei Beziehungen zu Eltern oder Geschwistern. Teilweise waren die Eltern schon gestorben, häufiger aber brach der Kontakt zur Familie wegen der Flucht des Eheschließers aus der DDR ab. In anderen Fällen hatte man sich aus den Augen verloren oder zerstritten⁴⁰⁹⁾. 18 Probanden hatten zur Herkunftsfamilie ein gutes Verhältnis. Einige Gefangene aus geordneten Verhältnissen wurden von ihren Eltern und Geschwistern unterstützt. Auffällig war der positive Kontakt zur Familie bei Verurteilten, die in einem Lebensbereich aufgewachsen waren, den man herkömmlicherweise als asoziale Großfamilie bezeichnet. Diese Familien lebten in Zigeunerlagern und Obachlosensiedlungen der Großstädte. Die Familienmitglieder gaben den Eheschließern jegliche Hilfestellung.

409) In zahlreichen Fällen soll das schlechte Verhältnis zum Stiefvater den Bruch mit der Familie verursacht haben.

Größere Geldbeträge wurden in die Anstalt geschmuggelt oder andere materielle Unterstützung gewährt. Regelmäßig konnten die Gefangenen einer solchen Familie mit Besuch und Post rechnen. Sogar eine Flucht aus der Anstalt wurde arrangiert. Auch für die Bräute der Gefangenen sorgten die Familien. Sie nahmen die zukünftigen Ehefrauen in ihre Gemeinschaft auf und gaben finanzielle Hilfen.

Einige Verurteilte hatten engen Kontakt mit ihren Müttern. Sie unterstützten die Mütter bisweilen mit ihrem Verdienst. Besondere Bedeutung hatte der Muttertag. Blumen, Bastelarbeiten und Glückwunschtelegramme wurden ohne Rücksicht auf die Kosten übersandt. Aber auch die Mütter unterstützten ihre Söhne. Sie schickten Pakete mit Nahrungsmitteln in die Anstalt und finanzierten den Bezug von Zeitschriften. Diese engen Mutter-Sohn-Beziehungen brachen meist kurz vor oder nach der Heirat ab. Nur ein Verurteilter erhielt trotz seiner Eheschließung von seiner Mutter in regelmäßigen Abständen ein Sexmagazin.

3315

Intellektuelle Fähigkeiten

Legt man psychiatrische Gutachten, psychologische Tests und die Ausführungen im Strafurteil zu Grunde, so waren ca. 80 % der Eheschließer unterdurchschnittlich begabt. In einigen Fällen wurde sogar von hochgradigem Intelligenzmangel an der Grenze zur Deбилität gesprochen. Nur ca. 20 % der Verurteilten waren danach durchschnittlich mit geistigen Fähigkeiten ausgestattet.

Besondere Ausfallerscheinungen wurden bei den Untersuchten dort festgestellt, wo das Erfassen von Gliedern einer Gedankenkette verlangt wird. Überdurchschnittliche Oberflächlichkeiten im Durchdenken von Problemen und beim Lösen von Aufgaben waren keine Seltenheit. Meistens überschätzten die Eheschließer ihre Fähigkeiten maßlos, zudem konnte man einen Mangel an Selbstkritik finden. Ausgeglichen wurden diese Intelligenzschwächen häufig durch eine Stärke im verbalen Bereich⁴¹⁰⁾. Einige Gefangene zeichneten sich durch überdurchschnittliche Fähigkeiten bei manueller Betätigung aus. In Einzelfällen sprach man sogar von einem erstaunlichen Durchhaltevermögen und von einer außergewöhnlichen Konzentrationsfähigkeit.

3316

Schul- und Berufsausbildung

Die Schul- und Berufsausbildung der Eheschließer war entsprechend schlecht. 40 Verurteilte haben abgeschlossene Volksschulbildung, zwei davon besuchten anschließend die Handelsschule. Jeweils ein Gefangener ging zur Real- bzw. Oberrealschule, allerdings ohne Abschluß. 10 Verurteilte brachen die Volksschulausbildung vorzeitig ab. 6 Eheschließer besuchten eine Sonderschule. Keinerlei Schulbildung hatten zwei Gefangene. Sie blieben des Lesens und Schreibens unkundig.

Die berufliche Ausbildung war unzulänglich. 22 Probanden brachen ihre Lehre vorzeitig ab, 20 begannen erst gar keine Berufsausbildung.

410) Insbesondere bei den Betrügern

Nur 18 Gefangene beendeten ihre Ausbildung. Das geschah teilweise in Heimen und Strafanstalten. Ein Eheschließer legte in der Justizvollzugsanstalt sogar die Meisterprüfung ab, während ein anderer an einem Fernlehrgang als Designer mit Erfolg teilnahm.

Bei Beginn der Freiheitsentziehung wurde jedoch von den erlernten Berufen kaum noch einer ausgeübt. Man gab häufig Tätigkeiten an, die ungeleitet verrichtet wurden:

10 Hilfsarbeiter; 6 (Kfz)Schlosser; 4 Vertreter;
3 Kraftfahrer; 3 Händler; 2 Bäcker; 2 Schneider;
2 Schausteller, 1 Fliesenleger; 1 Kellner;
1 Mechaniker; 1 Bargeschäftsführer; 1 Pferdepfleger; 1 Kaufmann; 1 Korbmacher; 1 Fleischer;
1 Polsterer; 1 Disc-Jockey; 1 Dolmetscher;
1 Zeitsoldat; 1 Stapelfahrer; 1 Schuster; 1 Heizungsmonteur; 1 Taxifahrer; 1 Nachtportier;
1 Maurer; 1 Gärtner; 1 Conferencier; 1 Tankwart;
1 Baggerführer; 1 Operettentenor; 1 Landwirt;
1 Rentner; 1 Melker; 1 Maler; 1 kaufmännischer Angestellter.

3317

Die finanzielle Lage

Für alle Eheschließer war die finanzielle Situation angespannt. Zahlreiche Gefangene hatten erhebliche Schulden⁴¹¹⁾, die für die geplante Ehe eine große Belastung bedeuteten. Die Gefangenen beklagten deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt die geringe Entlohnung ihrer Arbeit. Nur ein 72jähriger Rentner war materiell abgesichert.

411) Hauptsächlich waren es Verbindlichkeiten, die mit ihrer Delinquenz in Zusammenhang standen.

3318

Die physische und psychische Verfassung der Eheschließer

Der körperliche Zustand der Eheschließer war überwiegend gut. Zwei Gefangene hatten allerdings eine chronische Leberentzündung, ein Verurteilter war zuckerkrank. Einmal wurde geschlossene TBC diagnostiziert. Ein Gefangener mußte dreimal am Magen operiert werden, weil er Löffel geschluckt hatte. Über chronische Magenbeschwerden klagten zwei Verurteilte. Hautkrankheiten traten ebenfalls zweimal auf. In einem Fall wurde sogar stationär behandelt. Allerdings ging es um eine kosmetische Operation. Der Verurteilte ließ sich aus Wiedereingliederungsgründen enttätowieren⁴¹²⁾. Ein Eheschließer erkrankte kurz nach seiner Hochzeit lebensgefährlich. Er erlitt einen Schlaganfall mit Lähmungen. Auf Grund eines zerebralen Gefäßprozesses mit partieller Hemiplegie waren weitere Ausfallerscheinungen zu erwarten. Der Verurteilte hatte auf Grund seiner Krankheit erhebliche Schreib- und Artikulationsschwierigkeiten. Bei einem Sittlichkeitstäter wurde eine stereotaktische Operation bzw. eine Kastration erwogen⁴¹³⁾.

Die Eheschließer sollen nach ihrem Körperbau nicht vollständig im Sinne der Kretschmer'schen

412) Die Enttätowierungsbehandlung erfolgte vermutlich auf Drängen der Verlobten. (Ca. 90 % aller Eheschließer waren an den typischen Körperteilen tätowiert.)

413) Die Anstalt schaltete die junge Ehefrau mit ein. Die Entscheidung war bei Abschluß der Untersuchungen noch nicht gefallen.

Konstitutionsbiologie eingeordnet werden⁴¹⁴⁾. Einige Auffälligkeiten und grobe Tendenzen bleiben jedoch festzuhalten⁴¹⁵⁾:

Zu der Gruppe der Leptosomen konnte man ca. 10 % der Eheschließer zählen. Als Pykniker ließen sich ca. 30 % bezeichnen. Ca. 60 % erschienen als Athletiker. Die deutliche Überrepräsentation der sogenannten Athleten unter den männlichen Ehepartnern läßt sich teilweise mit der situativen Bedeutung des Vollzuges erklären. In jeder Anstalt werden die sogenannten Athleten überwiegen. Zahlreiche Straftaten setzen diese Konstitution geradezu voraus. Die Eheschließung als solche dürfe auf die Stärke der konstitutionsbiologischen Gruppen keinen Einfluß gehabt haben.

-
- 414) Kretschmer teilt die Menschen je nach Körperbau in Leptosomen (S.24 ff), in Athletiker (S.27 ff) und in Pykniker (s.32 ff) ein. Den Körperbautypen ordnet er jeweils einen psychischen Typ zu, der gewisse Eigenschaften besitzt. Der Leptosom (Schlankwüchsige) hat nach Kretschmer den Habitus des Schizothymen. Er soll kontaktschwach sein, das Innenleben verbergen und zum Unanschaulichen tendieren. In Extremfällen (Schizoide) könne es u.a. zu Brutalität und autistischem Verhalten kommen. (S.189 ff). Der Athletiker habe in der Regel den Habitus des Viskösen. Er sei zuverlässig, zäh, schwerfällig und neige zu Affektdurchbrüchen. Der Pykniker sei zylothym. Er soll affektiv stark ansprechbar, kontaktfähig und schwankend sein. In der Extremform (Zykloid) ist er nach Kretschmer gutmütig und gesellig, aber wenig ehrgeizig (S.175 ff).
- 415) Bei der folgenden Betrachtung wurden die von Kretschmer angegebenen Durchschnittsmaße (S.25, 28, 32) und die darüberhinausgehende Beschreibung (S.17 ff) berücksichtigt.

Geisteskrankheiten waren nach den Auskünften der Gutachter bei den männlichen Ehepartnern nicht nachweisbar, obwohl fünf Verurteilte für längere Zeit in der psychotherapeutischen Abteilung einer Anstalt untergebracht waren. Nur einem Gefangenen wurde für seine Tat der Schutz des § 51 StGB aF/§§ 20, 21 StGB nF zugestanden. Es handelte sich hier aber nicht um eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit im Sinne der § 51 I StGB aF/§ 20 StGB nF. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit (§ 51 II StGB aF/§ 20 StGB nF) wurde auf Grund eines hochgradigen Intelligenzmangels bescheinigt, der laut Gutachten unter Alkoholeinfluß den Grad der Debilität erreicht. Bei zwei anderen Eheschließern war in früheren Verfahren auf verminderte Zurechnungsfähigkeit wegen Geistesschwäche erkannt worden. Ein Verdacht auf Schizophrenie, der bei einem Gefangenen auf Grund seiner Verhaltensweisen bestand, erwies sich nach genauer Begutachtung als unbegründet.

Die psychische Allgemeinverfassung der männlichen Ehepartner bot teilweise Anlaß zur Sorge. Alle Befragten führten das auf den Umstand der Freiheitsentziehung zurück. Aber ein Blick auf Biographie und Tat macht deutlich, daß zahlreiche Eheschließer schon vorher erhebliche psychische Schwierigkeiten hatten. Ca. 15 % waren arzneimittelsüchtig⁴¹⁶⁾. Übermäßiger Alkoholgenuß war bei mehr als der Hälfte aller untersuchten Probanden zu finden. Insbesondere die Sexualtäter konnten unter Alkoholeinwirkung ihren ausgeprägten Geschlechtstrieb kaum kontrollieren. Homosexuelle Auffälligkeiten waren in

416) Beliebt waren Preludin, Captagon und alle Sedativa.

der Vergangenheit bei 10. Eheschließern feststellbar.

Der insgesamt schlechte psychische Zustand ist nicht zuletzt die Folge einer unruhigen Lebensweise der Verurteilten. Aufreibende Erlebnisse, Exzesse beim Alkohol- und Nikotinguß sowie auf sexuellem Gebiet füllten die meist kurzen Aufenthalte in Freiheit aus⁴¹⁷⁾. In der Anstalt kam es zu demonstrativen und ernstgemeinten Suizidversuchen. Mehr als ein Drittel der Personalakten berichteten von solchen Unternehmungen.

332

Die Frauen

Aus technischen Gründen lag für die Persönlichkeitsbeurteilung der weiblichen Ehepartner weniger Material zugrunde als bei den Männern. Aufschlußreiche Auskünfte in den Personalakten der Ehemänner wurden durch gezielte Befragungen ergänzt⁴¹⁸⁾.

3321

Kriminalität der Frauen

Unter Wiedereingliederungsgesichtspunkten interessierte zunächst die Delinquenz der Ehefrauen.

In 8 Fällen waren die weiblichen Ehepartner unmittelbar vor oder nach der Heirat mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten. Kriminalität, die weiter zurücklag, ließ sich nicht ermitteln. Weil der Geburtsort meist unbekannt

417) Typische Beschreibungen bei Aufnahme: "Der Gefangene macht den Eindruck eines gehetzten Tieres." "Es handelt sich um einen außergewöhnlich ungeduldigen und mutlosen Menschen." "Ein athenisches und gehässiges Bübchen, dem es nirgendwo nach seiner Flucht gelang, Fuß zu fassen."

418) siehe S. 81 Zur Methode

geblieben war, konnten die Strafregistrauszüge nicht angefordert werden.

Zwei spätere Ehefrauen waren Gehilfin oder Mittäterin ihres Verlobten. Eine Braut diente als Lockvogel, die andere mußte bei den Einbrüchen ihres zukünftigen Mannes Wache stehen. Wegen Kindestötung saß eine Ehepartnerin zwei Jahre in Untersuchungshaft und wurde dann aber aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Kaufhausdiebstähle waren der Anlaß für die Freiheitsstrafe zweier Frauen, die später einen Gefangenen heirateten. Ein Verfahren wegen Kindesaussetzung wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Im Namen ihres einsitzenden Mannes beging eine Ehefrau Betrügereien und wurde deshalb zu Freiheitsentzug verurteilt. Ein Gefangener heiratete eine mehrfach vorbestrafte Betrügerin, wie sich erst nach der Eheschließung herausstellte. Am Tage seiner vorzeitigen Entlassung, die u. a. mit dem gefundenen Halt für die Zukunft gerechtfertigt wurde, mußte die Ehefrau sich ihrerseits der Strafvollstreckung stellen.

3322

Staatsangehörigkeit und Lebensalter

Drei Frauen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter ihnen befand sich eine Französin, eine Türkin und eine Ungarin.

Das Durchschnittsalter der Ehefrauen betrug 37 Jahre^{418a)}. Die älteste Partnerin heiratete

418a) Es war daher nur ein Jahr geringer als das Durchschnittsalter der Männer. Das ist ungewöhnlich, denn bei Eheschließungen in Freiheit sind die Männer durchschnittlich mehrere Jahre älter als ihre Frauen.

mit 64 Jahren, die jüngste mit 18. In zahlreichen Ehen waren die Frauen erheblich älter als die Gefangenen. Sechsmal betrug der Altersabstand über 10 Jahre. In zwei Fällen lag das Alter von Mann und Frau sogar 20 Jahre auseinander. Solche extremen Altersunterschiede konnte man nicht feststellen, wenn der Mann älter als die Frau war. Nur selten betrug der Altersabstand dann über fünf Jahre.

3323

Personenstand und Kinder

23 Frauen waren noch ledig, als sie ihren Mann in der Justizvollzugsanstalt heirateten. Fünf davon hatten Kinder, teilweise mit dem Verurteilten, teilweise aber auch mit anderen Männern. Geschieden waren ebenfalls 23 Frauen⁴¹⁹⁾. Sie brachten in 15 Fällen Kinder mit in die Ehe, von denen einige allerdings nicht im Hause der Mutter lebten. Die geschiedenen Frauen hatten durchschnittlich mehr Kinder zu versorgen als die geschiedenen Gefangenen. Im Höchstfall lebten elf Kinder mit ihrer Mutter in einer viel zu kleinen Wohnung. Neunmal heirateten Witwen einen Verurteilten in der Justizvollzugsanstalt. Die Hälfte von ihnen war kinderlos. In fünf Fällen war der Personenstand und die Kinderzahl nicht feststellbar.

3324

Verhältnis zu den Eltern und Wohnorte

Die Frauen lebten in einigen Fällen noch mit den Eltern oder ihren Müttern zusammen. Bei

419) Als Scheidungsgründe wurden z.B. Trunksucht oder Brutalität der Männer genannt.

jüngeren Frauen war das Verhältnis zur Herkunftsfamilie oft sehr gut. Einigen Interessentinnen riet man von dieser Seite ab. Bei Minderjährigen wurde die geplante Eheschließung sogar von den Eltern verboten.

Ältere Ehepartnerinnen hatten in der Regel keinen Kontakt mehr zu ihrer Familie. Entweder war Verwandtschaft nicht mehr vorhanden oder man hatte sich zerstritten. Auch sonst lebten diese Frauen sehr isoliert. Eine Ausnahme bildete allerdings eine Braut, die trotz intensiver Heiratsvorbereitungen weiterhin mit ihrem geschiedenen Mann die Wohnung teilte.

Ca. 80 % der Ehepartnerinnen wohnten auf dem Land oder in Kleinstädten, nur etwa 20 % in Großstädten. Bei den Gefangenen war das Verhältnis umgekehrt.

3325

Geistige Fähigkeiten und Ausbildung

Das geistige Niveau der Frauen lag in zahlreichen Fällen erheblich über dem der Verurteilten. Das konnte man trotz der geringen Anhaltspunkte doch erkennen.⁴²⁰⁾ In ca. 70 % der bekannten Fälle spielten die Frauen die geistig dominierende Rolle. Auch die Ausbildung der Ehefrauen soll besser gewesen sein. Zwei Ehepartnerinnen hatten Abitur, während von den Gefangenen nicht einer Realschulabschluß

420) Während bei den Männern die Begutachtungen in den Vollzugsakten nutzbar waren, konnte man bei den Frauen nur die Aussagen der Anstaltsbediensteten berücksichtigen.

vorweisen konnte⁴²¹⁾. Die ausgeübten Berufe waren:

6 Verkäuferinnen; 6 Prostituierte; 4 Arbeiterinnen; 2 Serviererinnen; 1 Auslandskorrespondentin; 1 Tänzerin; 1 Sozialhelferin; 1 Fotolaborantin; 1 Sekretärin; 1 Mannequin; 1 Schneiderin; 1 Postangestellte; 1 Bardame; 1 Küchenhilfe; 1 techn. Zeichnerin; 1 Lehrerin; 1 Köchin; 1 Näherin; 1 Krankenschwester; 1 Schwesternhelferin; 1 Inhaberin eines Restaurants; 1 Inhaberin einer Schneiderei; 1 Inhaberin eines Autohandels; 1 Inhaberin eines Zeitungskiosks.

16 Frauen gingen keinerlei Beruf nach. Davon bezogen 5 Witwenrente, zehn bestritten ihren Lebensunterhalt von der Sozialhilfe. Eine Ehepartnerin wurde von ihren Kindern finanziell voll unterstützt. In 5 Fällen blieb der Beruf unbekannt.

Mit jeweils 10 % lagen das Gewerbe der Prostituierten und der Beruf der Verkäuferin an der Spitze. 4 Frauen führten selbständig ein Geschäft, 5 waren in der Gastronomie tätig. Die Frauen übten weniger soziale Berufe aus, als man zu Beginn der Untersuchung vermutete. Nur 3 Ehefrauen waren in entsprechenden Branchen beschäftigt.

3326

Die materiellen Verhältnisse

Sehr unterschiedlich waren die materiellen Verhältnisse. Arbeiterinnen und Sozialhilfeempfänger-

421) Die hohe Zahl der Akademikerinnen, die nach Angaben der Anstaltsbediensteten in Kassel zwischen 1960 und 1965 mit Gefangenen die Ehe geschlossen haben, ist allerdings erheblich gesunken.

rinnen lebten oft in einer ärmlichen Umgebung und hatten erhebliche finanzielle Sorgen. Schulden aus Abzahlungskäufen, hoher Mietzins und die erheblichen Unterhaltskosten belasteten den häuslichen Etat.

Die Geschäftsfrauen und Witwen waren materiell gut gestellt. Nicht selten besaßen sie Grundstücke und Häuser. Auch der Lebensstandard der Prostituierten war hoch. Sie fuhren große Wagen und besaßen teure Wohnungseinrichtungen.

Insgesamt gesehen, war die materielle Lage bei den Frauen wesentlich besser als bei den Gefangenen.

3327

Der Gesundheitszustand

Fast die Hälfte aller Partnerinnen wurde als kränklich oder kränkelnd beschrieben. Kreislauf-erkrankungen, Knochenbrüche, Sehstörungen, Magen- und Unterleibsbeschwerden traten besonders häufig auf. Eine Verlobung mit einer Querschnittsgelähmten aus der DDR wurde noch vor der Heirat wieder aufgelöst. Der Gesundheitszustand einer 64 Jahre alten Braut war so schlecht, daß sie beim Besuch ihres Verlobten einen schweren Herzanfall erlitt. Zwei Frauen hatten eine körperliche Anomalie (Mißbildung des Rückens)⁴²²⁾. Geisteskrankheiten wurden nicht bekannt.

Die Frauen wirkten häufig abstoßend und häßlich. Sie waren entweder zu dick oder zu dünn. Die Mehrzahl von ihnen wäre mit Kretschmer zu den Pyknikerinnen oder Frauen mit vorwiegend leptosomem Habitus zu zählen⁴²³⁾.

422) Darunter befand sich auch die Ehepartnerin, die sich ihrem Mann am Tage der Eheschließung das erste Mal zeigte.

423) siehe S. 120

Oftmals heirateten schwergewichtige Frauen schlankwüchsige und kleine Gefangene. Aber auch zahlreiche athletisch gebaute Verurteilte schlossen mit zierlichen Partnerinnen die Ehe. Beides kann jedoch zufallsbedingt gewesen sein.

3328

Die psychische Verfassung

Bei mehr als 50 % der bekannt gewordenen Fälle war der seelische Zustand der Frauen schlecht. Sie fühlten sich oft vom Leben benachteiligt. Die einen hatten Enttäuschungen noch nicht überwunden, die anderen litten offenbar stark unter ihrer unvorteilhaften Erscheinung⁴²⁴). Bei ihrer eigenen Konfliktbewältigung zeigten sich einige willensschwach und überfordert; sie reagierten hysterisch und aggressiv. Die Prostituierten waren größtenteils dem Alkohol verfallen. Aber den realitätsbezogenen, energischen und ausgeglichenen Typ konnte man unter den Frauen auch finden. Zielstrebig und selbstbewußt stellten sie sich den auftretenden Schwierigkeiten. Oft mußte man aber bei diesen Frauen eine gewisse Liebenswürdigkeit vermissen. Andere Ehepartnerinnen wurden von dem Anstaltspersonal als freundlich und sympatisch beschrieben. Sie sollen Wärme und Ruhe ausgestrahlt haben. Eine übergroße Sensibilität erzeugte aber für diese Frauen nach Angaben der Bediensteten hin und wieder besondere Probleme.

424) siehe S. 127

34	Die Motive
341	Einleitung

Es wird oft schwierig oder sogar unmöglich sein, die Beweggründe für ein bestimmtes Verhalten zu erforschen. Insbesondere wenn es um Entscheidungen in Ausnahmesituationen geht, können die Entschlüsse von Umständen und Überlegungen beeinflußt sein, die im Normalfall unbeachtlich oder abwegig erscheinen. Es ist sogar vorstellbar, daß in solchen atypischen Situationen nicht einmal der Handelnde selbst weiß, warum er etwas tut oder unterläßt⁴²⁵⁾.

Bei der Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt handelt es sich um eine außergewöhnliche Situation. Mag es schon schwierig sein, Gründe für eine Eheschließung in Freiheit offenzulegen, so ist es oft noch komplizierter, die Motive der Personen zu erkennen, die einen solchen Schritt während der Freiheitsentziehung tun. Erschwerend kommt hinzu, daß meist ein Bündel von Beweggründen für ein Verhalten ursächlich ist⁴²⁶⁾. Infolge der Überlagerung sind die ursprünglichen Motive in zahlreichen Fällen kaum noch sichtbar. Es wird oft verborgen bleiben, was den einzelnen eigentlich dazu veranlaßt hat, einen bestimmten Partner, zu einer bestimmten Zeit, in einer bestimmten Strafanstalt zu heiraten. Es kann daher nur Aufgabe des folgenden Abschnitts sein, ohne Anspruch auf Vollständigkeit eindeutig zutage getretene

425) Vgl. zu den Unsicherheiten in der Motivforschung: Anger in HB der Psychologie, Bd. 7, S. 583, 604

426) Vgl. Sixtl und Korte in HB der Psychologie, Bd. 7, S. 187

oder von den Betroffenen selbst angegebene Beweggründe darzustellen.

342

Motive der Gefangenen

Männliche Ehepartner haben in der Regel die Ehe geschlossen, weil man sich davon irgendwelche Auswirkungen auf den Freiheitsentzug versprach.⁴²⁷⁾ Bis auf drei Verurteilte bejahten alle eine entsprechend gestellte Frage. Um den Verdacht des Opportunismus zu entkräften, antworteten 3 Probanden vermutlich nicht wahrheitsgemäß. Ihre Angaben standen im Widerspruch zum Verhalten, denn sie begründeten die Mehrzahl ihrer außergewöhnlichen Anliegen mit der Eheschließung. Die Reaktion auf erfolgte Ablehnungen war bei diesen Gefangenen besonders heftig.

Die Vorstellungen, wie sich die Heirat auf den Vollzug auswirken sollten, unterschieden sich allerdings je nach Situation erheblich.

Die Untersuchungshäftlinge wollten die Aufhebung des Haftbefehls erreichen. Einer gab an, er habe seine Braut, die er schon 10 Jahre kannte, und mit der er zwei Kinder hatte, in Freiheit nicht geheiratet, weil sonst die Versorgungsrente der Frau entfallen wäre. Durch ständiges Erscheinen der Polizei im Rahmen seines Ermittlungsverfahrens habe er seine Wohnung verloren. Er sei daraufhin ohne festen Wohnsitz gewesen

427) Davon anzunehmen sind die beiden Verurteilten, die bei Antritt ihrer Strafe das Angebot bereits bestellt hatten. Ihre Ehe wäre auch ohne den Umstand der Freiheitsentziehung zum vorgesehenen Zeitpunkt geschlossen worden. Die Inhaftierung dürfte hier keinen Einfluß auf die Entscheidung gehabt haben.

und gemäß § 112 StPO verhaftet worden. Weil seine Verlobte eine eigene Wohnung besitze, habe er mit der Heirat die Ausräumung des Haftgrundes beabsichtigt. Dem anderen Untersuchungsgefangenen soll der Richter für den Fall einer Eheschließung die Freiheit versprochen haben. Der Gefangene gab daneben zu, daß er Einflußnahme auf das zu erwartende Strafmaß plante.

Die zeitstrafig Verurteilten wollten u. a. mit der Eheschließung die Chancen einer vorzeitigen Entlassung nach § 26 StGB aF/§ 57 StGB nF verbessern. Die Lebenslänglichen erstrebten einen Gnadenerweis und die Sicherungsverwahrten die Aufhebung der Maßregel gemäß § 42 h StGB aF.

Teilweise werden die Verurteilten von den Gerichten zur Eheschließung regelrecht aufgefordert. Ablehnende Beschlüsse enthalten in diesen Fällen den Hinweis, daß an eine erneute Prüfung des Antrages erst zu denken sei, wenn der Betroffene einen entsprechenden Halt für Leben in Freiheit gefunden habe. In einigen Beschlüssen wurde eine Eheschließung wörtlich als taugliches Mittel empfohlen. Eine Strafkammer eröffnete dem Antragsteller, daß mit seiner bedingten Entlassung erst zu rechnen sei, wenn er seine Braut geheiratet habe⁴²⁸⁾. Alle Aufgeforderten befolgten die Empfehlung der Richter umgehend.

Aber auch Anstaltsbedienstete rieten den Gefangenen zur Heirat zwecks Verbesserung der Aussichten auf eine vorzeitige Entlassung. Nicht

428) Es wurde sogar Name und Adresse der Braut genannt.

zuletzt veranlaßten vorangegangene Beispiele, in denen ein Gefangener auf Grund seiner Eheschließung die Freiheit erlangte, einige Verurteilte zur Eheschließung.

In vielen Fällen waren solche Überlegungen allein maßgeblich. Die Eheschließung wurde als Mittel zum Zweck benutzt. Das kam teilweise in unvorsichtigen Äußerungen der Gefangenen gegenüber Anstaltspersonal zum Ausdruck. Häufiger sprach man im Beisein von Mitgefangenen verächtlich über den Ehepartner⁴²⁹⁾. Rückfällig gewordene Eheschließer, die bereits wieder geschieden waren, gaben offen zu, sie hätten nur im Hinblick auf eine vorzeitige Entlassung geheiratet.

Wenn ein Entlassungsgesuch wegen der übergroßen Reststrafe oder aus anderen Gründen keinerlei Aussichten auf Erfolg bot, so waren andere Motive maßgeblich. Bei langfristig Verurteilten kam nach einiger Zeit das Bedürfnis, mit der Außenwelt in Kontakt zu treten. Nachdem sie teilweise mit Briefpartnerinnen ohne Heiratsabsichten unverbindlich korrespondiert hatten, erschien ihnen eine solche Verbindung zu oberflächlich. Man sehnte sich nach intensiveren Beziehungen, insbesondere auch nach persönlichem Kontakt. Die Eheschließung war für das gesteckte Ziel der geeignetste Weg. Die Schaffung einer ständigen Kommunikationsmöglichkeit war in diesen Fällen für die Eheschließung Hauptursache.

429) Den befragten Mitgefangenen kann man hier aber nur in beschränktem Umfang Glauben schenken. Oft sprachen sie aus Feindschaft oder taktischen Überlegungen abwertend über die Motive der Eheschließer. Nach Auskunft der Befragten sollen mindestens 70 % die Ehe nur als Vorwand benutzt haben. Der wirkliche Prozentsatz dürfte erheblich tiefer liegen.

Auch betonten die langfristig Verurteilten, daß allein der Gedanke, in Freiheit warte jemand auf sie, dazu ver helfe, die Schwierigkeiten des Vollzuges zu meistern. Unbedingt notwendig sei ein Mensch, der sich die Sorgen anhöre und Verständnis zeige. Die Suche nach Wärme und Geborgenheit sowie die beabsichtigte Flucht aus der Einsamkeit waren hier für eine Heirat bestimmend. Es verwundert in diesem Zusammenhang nicht, daß zwei Verurteilte, die jahrelang engsten Kontakt zur leiblichen Mutter gepflegt hatten, kurz nach dem Tode dieser Frau sich sofort entschlossen, eine Partnerin zu suchen und zu heiraten. Die Ehefrauen sollten hier u. a. ersatzweise die Rolle einnehmen, die die Mütter vor ihrem Tode im Leben der Häftlinge gespielt hatten.

Vordergründige Haftvergünstigungen^{43o)} waren in keinem Fall erkennbarer Beweggrund für die Eheschließung, obwohl auch materielle Betreuung während der Freiheitsentziehung erstrebt wurde. Ebensowenig heirateten die Verurteilten, um etwa das eintönige Anstaltsleben abwechslungsreicher zu gestalten. Zu diesem Zweck wurden zwar Briefbekanntschaften geschlossen, eine Ehe ging man aber deshalb nicht ein.

Einige ältere Sicherungsverwahrte heirateten auch aus Furcht vor der eigenen Zukunft. Im Bewußtsein ihrer Schwäche, in Freiheit ein gesetzmäßiges Leben führen zu können, trieb sie echte Sorge zur Eheschließung. Man versprach sich Halt und Hilfe für schwierige Situationen.

43o) z. B. Geburtstags- und Weihnachtspakete

Unter diesen Eheschließern befanden sich auch Gefangene, die trotz eines erheblichen Lebensalters niemals einen festen Wohnsitz gehabt hatten. Ein ausgeprägtes Heimatbedürfnis nach vielen Jahren der Rastlosigkeit war entscheidendes Motiv⁴³¹⁾. Neben einer Heimat wurde jedoch auch materielle Versorgung gesucht. Die Eheschließer dieser Gruppe legten besonderen Wert auf die finanzielle Situation der Frau. Weil sie sich ihrer Unfähigkeit, durch eigenhändige Arbeit die Existenzgrundlage zu schaffen, bewußt waren, suchten sie vorwiegend nach Partnerinnen, die materiell abgesichert waren. Allerdings wurde hin und wieder deutlich, daß die Gefangenen es nur auf das Geld der Frauen abgesehen hatten. Einer bereitete mittels der Eheschließung sogar schon ein neues Vermögensdelikt vor, wodurch die Gattin geschädigt werden sollte.

Viele Verurteilte sahen in der Eheschließung eine Möglichkeit, sich aus den bisherigen Bezügen zu lösen. Sie hofften nach ihren Angaben, durch die Eheschließung vor neuer Delinquenz geschützt zu sein. Auch für diese Gefangenen war die Ehe mehr als bloßes Mittel, das zur Entlassung führen sollte. Sorgfältig bereiteten sie ihren neuen Start vor, indem nach der Eheschließung fortbestehende Verbindungen zur Unterwelt der Großstädte abgebrochen wurden. Hier sollte die Eheschließung der Wiedereingliederung des Rechtsbrechers dienen.

431) Vgl. zur Einsamkeit in psychopathologischer und sozialpsychiatrischer Sicht: Berblinger in "Perspektiven" S. 69 ff.

Liebe als Heiratsmotiv nennen ca. 60 % der befragten Eheschließer⁴³²⁾. Häufig fand man hier Gefangene, die ihre Partnerin schon vor der Freiheitsentziehung kannten. Unter den Verurteilten, die ihre Frau erst durch Inserat kennenlernten, sprachen viele zunächst nur von Sympathie und Zuneigung. Erst langsam sollen sich die Beziehungen vertieft haben und zu einem Liebesverhältnis geworden sein.

Ob sexuelle Beweggründe zur Eheschließung führten, ließ sich im einzelnen nicht klären. Die Gefangenen beantworteten eine entsprechende Frage negativ. Zusätzlich wurde bemerkt, Geschlechtsverkehr in der Anstalt sei ja sowieso nicht möglich. Das Anstaltspersonal wußte dagegen bei triebhaft veranlagten Gefangenen und Sittlichkeitstätern von Drangzuständen zu berichten, die vermutlich zu einer Eheschließung geführt haben sollen. Häufiges, spontanes, situationsbedingtes Partnerwechseln sei ein Indiz. Man wies daneben auf die Unfähigkeit der geistig meist einfach strukturierten Gefangenen hin, mit dem Sexualtrieb fertig zu werden. Verdrängte Sexualitätsmotive wurden im Bereich der unbewußten Beweggründe vermutet⁴³³⁾.

Kinder waren in 5 Fällen Hauptmotiv für eine Heirat. Drei junge Bräute waren bei der Inhaftierung ihres Verlobten bereits schwanger. Nach Angaben der Väter sollten diese Kinder ehelich geboren werden. Bei zwei anderen Verurteilten

432) Das Anstaltspersonal schätzte weniger als 30 % als echte "Liebesheiraten" ein.

433) Eine eigene Untersuchung erscheint lohnend, die den Stellenwert der Sexualität bei der Eheschließung in der JVA überprüft.

war ausschlaggebend, daß sie für ihre zahlreichen Kinder aus erster Ehe Versorgung suchten.

Zuhälter heirateten, um ihre Prostituierten während des Anstaltsaufenthaltes fester an sich zu binden. Sie wollten damit die Gefahr entgegentreten, daß die "Partie" ihnen untreu wird.

343

Motive der Frauen

Die Beweggründe der Frauen wurden in den meisten Fällen nicht so deutlich wie die Motive der Gefangenen. Man wird differenzieren müssen zwischen Eheschließerinnen, die ihren Partner schon vor dem Freiheitsentzug kannten, und Frauen, die erst in der Anstalt Kontakt zu ihren Männern bekamen.

Bei der ersten Gruppe ⁴³⁴⁾ dürfte es sich um Beweggründe gehandelt haben, die auch unter normalen Umständen zu einer Eheschließung führen. Liebe, Zuneigung, Sorge um die Kinder oder um die eigene Zukunft sind für den Schritt dieser Frauen ursächlich gewesen. Materielle Erwägungen haben regelmäßig keine Rolle gespielt. Die schlechte Vermögenslage und der geringe Anstaltsverdienst boten in dieser Hinsicht keinen Anreiz. Sozialhilfe stand den Bräuten auch ohne Heirat zu ⁴³⁵⁾. Nur in zwei Fällen waren wahrscheinlich finanzielle Gründe ausschlaggebend. In großer materieller Not hatte es eine Häftlingsbraut auf Vorteile abgesehen, die von den begüterten Schwiegereltern zu erwarten waren. Es ging ihr

434) siehe S. 91 ff

435) §§ 1 ff BSHGes.

bei der Heirat weniger um die Person des Gefangenen als um eine wertvolle Wohnungseinrichtung. Das wurde deutlich, weil kurze Zeit nach der Heirat der Kontakt zu den Schwiegereltern abbrach. Sie ließ sich von ständigen Begleitern zur Justizvollzugsanstalt fahren und verließ, nachdem vor der Anstaltspforte Zärtlichkeiten ausgetauscht worden waren, das Auto, um ihren Mann oder sogar andere Gefangene zu besuchen.

Bei einer sehr attraktiven jungen Dame wurde vermutet, sie habe einen zu 12 Jahren Freiheitsstrafe und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilten Betrüger nur geheiratet, um in den Genuß der noch nicht wieder aufgefundenen Millionenbeute zu gelangen.

Zahlreiche dieser Frauen schlossen die Ehe auch deshalb, weil sie die Freiheit ihrer Verlobten damit erreichen wollten. Sie wurden oft von den Gefangenen darum gebeten. Einige Verurteilte bedrängten und bedrohten ihre Bräute oder bettelten wie Kleinkinder, bis die Frauen dem Begehren nachgaben.

Die Prostituierten heirateten ihre Zuhälter meist ohne Aufforderungen. Eine Eheschließung war ihrerseits schon länger ersehnt. Die Heirat diente dann ihrer Imagepflege, denn in Prostituiertenkreisen gelten verheiratete Frauen als besonders privilegiert. Eine Dirne heiratete allerdings, wie sie selbst angab, aus anderen Gründen. Durch spektakuläre Straftaten war sie über die Lokalpresse ihrer Heimatstadt in einem solchen Maße unangenehm bekannt geworden, daß sie die Änderung ihres Nachnamens wünschte. Von der Eheschließung mit einem Gefangenen versprach sie sich die problemlose und schnelle Erreichung des Zieles. Daß die häusliche

Gemeinschaft nicht aufgenommen werden konnte, empfand sie als äußerst angenehme Begleiter-scheinung.

Für viele Frauen, die ihre Männer erst durch ein Heiratsinserat während der Gefangenschaft kennenlernten, war die Tatsache entscheidend, daß sie unter normalen Umständen keinen Partner finden konnten. Das abschreckende Erscheinungsbild, die kränkliche Konstitution oder Charakterschwächen beschränkten die Möglichkeiten dieser Frauen sehr. Die Häftlinge sahen häufig großzügig über solche Mängel hinweg. Entweder sprach man über diese Dinge überhaupt nicht, oder man machte der Partnerin liebevoll Mut⁴³⁶⁾. Eine solche Reaktion war für die Frauen zwar fremd aber wohltuend. Zumindest für eine gewisse Zeit sicherten sie sich so einen Partner. Der ungewohnte Besitz schlug sich in seltsamen Verhaltensweisen nieder. So begann beispielsweise eine Ehefrau in einem Brief an die Anstalt 90 % aller Sätze mit den rot unterstrichenen Worten: "Mein Mann." Ein Mangel an Sozialisation wurde von den Frauen getauscht gegen die Rücksichtnahme auf irgendeinen Nachteil anderer Art.

Ähnliche Motive veranlaßten die selbst kriminellen Partnerinnen zur Eheschließung. Diese Frauen empfanden es als besonders angenehm, nicht ausführlich über ihre Eigenschaften und Vorleben berichten zu müssen. Unter anderen Bedingungen wäre ihnen das selten erspart geblieben.

436) Beamte beschrieben die Haltung eines Sicherungsverwahrten, der am Tage der Eheschließung seine Verlobte erstmalig sah, die unter einer hochgradigen Rückgradverkrümmung litt und auch sonst körperlich benachteiligt war. Völlig gefaßt soll der Verwahrte auf seine Partnerin zugegangen sein und sie lachend in die Arme geschlossen haben.

Die Gefangenen zeigten sich dagegen aus verständlichen Gründen daran in der Regel nicht interessiert.

Die Wahl eines Gefangenen als Ehepartner wurde bei einigen Frauen durch das Bedürfnis beeinflußt, einem Gescheiterten bei der Wiedereingliederung zu helfen. In Briefen kam zum Ausdruck, daß der unbedingte Wille, für einen Menschen zu sorgen, alle anderen Erwägungen überdeckt. Die Frauen sprachen dabei nicht so sehr von der Person des Mannes, sondern mehr von ihrem ausgeprägten Drang, jemandem etwas Gutes tun zu müssen. Einige behandelten die erheblich jüngeren Gefangenen wie Kinder. Alle Sorgen und jede Verantwortung wurde den Verurteilten abgenommen. Die Eheschließung diente vermutlich in einigen Fällen zur Schaffung einer ersatzweisen Mutterfunktion. Häufig hatte man den Eindruck, die Frauen wollten etwas gutmachen, was an anderer Stelle mißlungen war. Auch waren einige Frauen religiös motiviert.

Darüber hinaus wollten die Frauen sich und der Umwelt ihre Resozialisierungsfähigkeiten beweisen. Sie waren der Ansicht, woran Gesellschaft und Anstalt gescheitert seien, werde ihnen schon gelingen.

Diese "verfluchte Arroganz" wurde in Briefen deutlich, welche die enttäuschten Frauen nach ihrem fehlgeschlagenen Versuch an die Anstalt schrieben. Sie beklagten ihre verletzte Eitelkeit mehr als das Scheitern der Ehe.

Altruistische und egoistische Motive lagen oft dicht beieinander.

Zwei verwitwete Geschäftsfrauen suchten nach eigenen Aussagen einen Lebensgefährten, der ihnen bei der Weiterführung des Gewerbebetriebes

helfen sollte. Unter den handwerklich sehr geschickten Gefangenen hatten diese Wünsche gute Aussichten auf Erfolg.

Mehrere Frauen heirateten auch, um ihren zahlreichen Kindern einen Vater zu verschaffen. Im Hinblick auf die Erziehung erwarteten sie energische Unterstützung. Auch setzte man große Hoffnung auf die Arbeitskraft der Männer, die nach der Entlassung die materielle Existenzgrundlage der Familie sichern sollte.

Neugier und Abenteuerlust waren bei jüngeren Frauen u. a. ein Grund zur Kontaktaufnahme mit einem Gefangenen⁴³⁷⁾. Die Töchter wohlhabender Eltern beklagten die Eintönigkeit ihres Lebens. Sie wollten von den Gefangenen wissen, wie deren Vorleben aussah und wie der Tagesablauf in der Anstalt aussehe. Eine Minderjährige schrieb von ihren Anstrengungen, mit einem Lebenslänglichen in Kontakt zu treten. Sie fragte gleichzeitig an, ob die Tat des Verurteilten mit den spektakulären Sittlichkeitsmorden eines anderen Täters der damaligen Zeit vergleichbar sei. Darüber hinaus wollte sie die Empfindungen und Erwartungen des Verurteilten wissen. Eine 17 Jahre alte Schülerin berichtete, wie interessant es sei, wenn sie den Brief eines Lebenslänglichen ihren Freundinnen zeigen könne.

Man benutzte den Gefangenen auch als Zuhörer, bei dem eigene Probleme ungestört abgeladen werden konnten. Die Briefe befaßten sich dann mit der Flucht aus dem Elternhaus, oder sie enthielten verworrene Lebensphilosophien, zu denen sich

437) Die Briefe minderjähriger Interessentinnen wurden z. T. gem. Nr. 147 III DVollzO gehalten und zu den Personalakten genommen.

die überforderten Gefangenen äußern sollten.

Es wurde jedoch festgestellt, daß keiner der Kontakte dieser Art zur Eheschließung führte. Die Ungewißheit vor der Zukunft übertraf offenbar doch die Suche nach Abwechslung oder nach einem ständigen Zuhörer.

Auch aus sexuellen Beweggründen haben die Frauen geheiratet. In einigen Fällen wurde das bald recht deutlich: Die Frauen traten bald nach Kontaktaufnahme mit sexuellen Fragen an ihren Partner heran. Sie erkundigten sich über den Zustand ihres Verlobten umfassend. Dabei fragten sie sowohl nach dem sexuellen Verlangen des Gefangenen als auch nach der Anatomie seiner Geschlechtsorgane. Mit Versprechungen aller Art war man nicht kleinlich. So beschrieben sie in allen Einzelheiten dem Partner, auf welche Weise er nach der Entlassung befriedigt werden sollte. Die übergroßen sexuellen Erwartungen wurden oft bitter enttäuscht. Durch die lange Inhaftierung waren die Gefangenen zum Teil nicht in der Lage, die Ansprüche der Frauen im Urlaub oder nach der Entlassung zu erfüllen. In bösen Briefen teilten sie das "Versagen" vorwurfsvoll der Anstalt mit.

- 35 Die Entwicklung und Auswirkungen der Eheschließung
- 351 Während der Freiheitsentziehung
- 3511 Kommunikation der Ehepartner

Am häufigsten standen die Ehepartner durch Briefe in Verbindung. Die Analphabeten ließen sich ihre Post durch schreibkundige Mitgefangene erledigen. In einigen Fällen flachte der Briefkontakt nach der Heirat etwas ab. Es fiel auf, daß die Gefangenen unverhältnismäßig oft

Eilbriefe und Telegramme verschickten und dafür einen großen Anteil ihres Hausgeldes verbrauchten. Sie waren immer an einer schnellen Übermittlung interessiert und zeigten sich in einigen Fällen sogar sehr ungeduldig.

Auch Telefongespräche wurden zahlreich geführt. Inhaltlich berichteten Briefe und Telfonate meist über alltägliche Dinge. Die Häftlinge sprachen z. B. über Anstaltsprobleme. Von den Frauen wurden gern Fragen gestellt oder beantwortet. Einen erheblichen Raum ihrer Mitteilungen nahm die Schilderung eigener Erlebnisse und Schwierigkeiten ein^{438) 439)}. Fast immer war der Umstand der Inhaftierung Gegenstand der Gespräche. Als zentrales Thema beherrschte er Schrift- und Fernsprechverkehr.

Die Frauen schickten neben Briefen auch Pakete in die Anstalt. Aus Gleichbehandlungsgründen war die zulässige Anzahl allerdings gering⁴⁴⁰⁾. Die Sendungen enthielten Nahrungs- und Genußmittel oder Andenken. Die Gefangenen ließen den Frauen zum Geburtstag und Muttertag Blumen zukommen und verbrauchten dafür viel Hausgeld. In regelmäßigen Abständen wurden die Verurteilten von ihren Ehepartnerinnen besucht, wenn der Wohnsitz in Anstaltsnähe war. Die Frauen unter-

438) Oft gebrauchte man in orthographisch völlig unzulänglichen Briefen oder in den Telefonaten übertriebene Verniedlichungen. Wenn ein zahlreich vorbestrafter Sicherungsverwahrter, dessen brutale Art bei seinen Taten und im Vollzug besonders gefürchtet war, mit "Katerle" bezeichnet wurde, entbehrte das nicht jeder tragischen Komik.

439) In einem Fall wurde sogar bekannt, daß die Ehefrau ihren recht triebhaft veranlagten Ehemann durch das telefonische Vorspielen von Sexplatten beunruhigte.

440) 1 Weihnachts- und 1 Geburtstagspaket.

nahmen auch weite und kostspielige Reisen zu diesem Zweck⁴⁴¹⁾. Vom Hausgeld oder der Rücklage trugen die Häftlinge zur Kostendeckung bei. Die Anstalt genehmigte in diesen Fällen Besuchsverlängerungen und Sonderbesuche.

Verlegungen in andere Vollzugsanstalten zur Aufrechterhaltung des persönlichen Kontaktes wurden erstrebt. Bei zwei Gefangenen wurde dieses Anliegen sofort genehmigt. In drei anderen Fällen lehnte man ab mit dem Hinweis, diese Schwierigkeiten seien unumgänglicher Reflex der Freiheitsentziehung und träfen alle Gefangenen gleichzeitig. Es wurden auch Verurteilte zwecks Besuchszusammenführung in eine Anstalt verlegt, die in der Nähe des Wohnsitzes der Frau lag⁴⁴²⁾.

Bei den Besuchen tauschte man häufig Geschenke aus. Die Gefangenen überreichten ihren Ehefrauen selbstgebastelte Gegenstände, die Frauen überraschten die Verurteilten mit Aufmerksamkeiten von geringem Wert.

Die Gespräche waren während der kurzen Besuchszeit hastig. Manchmal hatte man nicht einmal Zeit, die Unterredung zu beenden, was Anlaß zu Beschwerden gab. Inhaltlich sollen die Gespräche nach Auskunft der Anstaltsbediensteten sehr verschiedenartig gewesen sein. Sie dienten u. a. zur Aussöhnung nach brieflichen Ehekrisen oder zur Besprechung anderer persönlicher Anliegen. Es kam zu Liebkosungen und zu Streitigkeiten. Ein homosexueller Sittlichkeitstäter näherte sich in der Besuchszeit den Söhnen seiner

441) z. T. über 800 km

442) Vgl. Nr. 138 DVollzO

Ehefrau in eindeutiger Art und Weise. Er gab den Knaben Zungenküsse und betastete deren Geschlechtsteil, ehe das Aufsichtspersonal einschreiten konnte. Der auf seine Verfehlungen angesprochene Gefangene bezeichnete sein Verhalten als Ausdruck väterlicher Zuneigung. Die Ehefrau bestätigte überzeugt die Auffassung ihres Gatten, obwohl sie die Absicht erkennen mußte.

Einige Verurteilte verlangten immer wieder die Möglichkeit von unbewachten Besuchen zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs. Mit dem Hinweis auf Sicherheit und Ordnung wurden diese Anträge ausschließlich abgelehnt. Schwerer als das Ordnungsproblem dürfte hier jedoch die psychische Belastung der Beteiligten wiegen. Große Enttäuschung wird herrschen, wenn ein Verurteilter seine eigenen Erwartungen⁴⁴³⁾ oder die Ansprüche der Frau⁴⁴⁴⁾ aus irgendeinem Grunde nicht erfüllen kann. Einer möglichen Suizidgefahr müßte von fachmännischer Seite durch entsprechende Betreuung entgegengewirkt werden. Allerdings können solche Besuche überwiegend dem Gefangenen helfen, sozial positive Bindungen zu erhalten⁴⁴⁵⁾.

443) Oft spielt die physische Kraft und damit auch die sexuelle Potenz in der Selbsteinschätzung des Gefangenen die wichtigste Rolle. Als Ausgleich für soziales Versagen sehen viele Verurteilte ihre vorhandene Körperkraft an.

444) Die Einstellung der Frauen wird in vielen Fällen der Situation des Partners dann nicht entgegenkommen. Unter den Eheschließerinnen befanden sich zahlreiche Frauen, die für ein "sexuelles Versagen" der Männer vermutlich nicht allzu großes Verständnis zeigen würden.

445) Vgl. hierzu Schüler-Springorum S. 197, der auch nicht verheirateten Partnern die Möglichkeit solcher Besuche geben will, um sie vor einer überstürzten und deshalb der Würde der Ehe widersprechenden Heirat in der JVA zu bewahren.

Nicht nur bei Besuchen in der Anstalt konnten die Ehepartner den persönlichen Kontakt pflegen. Bei ca. 1/3 der Eheschließer waren die Voraussetzungen des § 30 HGnO erfüllt, so daß sie Urlaub in Freiheit verbringen konnten. Den erforderlichen Nachweis hinsichtlich garantierter Unterkunft und Verpflegung erbrachten regelmäßig die Ehefrauen⁴⁴⁶⁾. Eine Frau wandte sich allerdings vertraulich an die Anstalt und gab den Unterkunfts- und Verpflegungsnachweis nicht. Sie begründete ihr Vorgehen mit den Interessen des Mannes. Es sei möglich, daß er seelisch zerbreche, wenn er nach einigen Tagen Freiheit in die Zelle zurück muß. Das solle ihm erspart bleiben⁴⁴⁷⁾.

Wie die Eheschließer den Urlaub verbrachten, ließ sich im einzelnen nicht klären. Zum Teil kamen sie sehr unruhig wieder in die Anstalt zurück und brauchten einige Tage, um den Urlaub zu verkraften. Ein Verurteilter verlangte sofortige Ausführung, weil seit Beendigung des Urlaubs das Kind seiner Frau an hohem Fieber leide und immer wieder nach ihm verlange. Wenn der Gefangene seine Frau nicht schon vor seinem Urlaub vom Hausgeld oder von der Rücklage unterstützte, so tat er das in vielen Fällen nach Rückkehr in die Anstalt. Man stand

446) Fast alle Urlaubsgesuche wurden von den Ehefrauen gestellt. Die Antragsfreudigkeit der Partnerinnen erstreckte sich aber auch auf andere Anliegen (z.B. Ausführungen, Verlegungen, Zusatzkost, Gnadensachen, Strafunterbrechungen, Kleidung). Die Frauen waren meist ausdrucks-gewandter als die Gefangenen. Zusätzlich spekulierte man auf bessere Erfolgsaussichten, wenn das Anliegen von weiblicher Hand geschrieben war.

447) Der Gefangene entwich nach Ablehnung seines Urlaubsantrages, begab sich sofort zu seiner Frau und stellte sich freiwillig der restlichen Strafverbüßung.

dabei offensichtlich unter dem Eindruck der materiellen Not, die bei den Frauen herrschte.

Die Rückkehr in die Justizvollzugsanstalt fiel allen schwer. Teilweise kam man mit erheblicher Verspätung aus dem Urlaub. Ein Verurteilter benutzte die Gelegenheit zur Flucht. Er traf sich mit seiner Frau, die ebenfalls gerade Sozialurlaub genoß. Beide sind seit dieser Zeit nicht wieder festgenommen worden.

Strafunterbrechung wurde zur Aufrechterhaltung der Ehe oder aus familiären Gründen beantragt. Man begründete das Anliegen meist damit, daß die Frauen dringend Hilfe benötigten. In einem Fall wollte der Gefangene seine Frau vor ihrem geschiedenen Mann schützen, der sie bedrohte. Unter Hinweis auf die Gefahr einer neuen Straftat und die Zuständigkeit der Polizei wurde das Begehren abgelehnt. Am häufigsten wollte man die Strafunterbrechung benutzen, um die finanzielle Not durch eigene Arbeitskraft zu lindern⁴⁴⁸⁾. Nur zweimal wurden Strafunterbrechungen genehmigt⁴⁴⁹⁾.

Ausführungen, die wegen der Eheschließung beantragt wurden, gewährte man nicht. Ein Gefangener wollte zur Durchführung des Geschlechtsverkehrs in die eheliche Wohnung ausgeführt werden. Der Anstaltsleiter lehnte ab, weil kein wichtiger Grund i. S. der Nr. 165 II DVollzO vorliege. Er begründete seine Entscheidung mit folgenden Erwägungen: Auch Gefangene, die schon

448) Die Anträge waren immer dann sehr zahlreich, wenn die Ehefrauen die Wohnung wechselten. Durch Eigenhilfe wollte man Aufwendungen ersparen oder durch Fremdarbeit das benötigte Geld verdienen.

449) Längere Krankenhausaufenthalte der Frauen machten die Anwesenheit des Mannes im Haushalt unentbehrlich.

im Zeitpunkt der Inhaftierung verheiratet sind, stehen vor dem gleichen Problem. Es handelt sich um eine naturgemäße Folge der Freiheitsentziehung. Zu Recht wies der Anstaltsleiter besonders darauf hin, daß sich aus der erteilten Heiratsgenehmigung keine Ansprüche in dieser Richtung herleiten lassen.⁴⁵⁰⁾ Die Genehmigung betrifft die Eheschließung in der Anstalt, soweit die Vollzugsfunktionen nicht gestört werden. Sie enthält nicht gleichzeitig die Erlaubnis für den Gefangenen, die Ehe innerhalb oder außerhalb der Anstalt während seiner Freiheitsentziehung geschlechtlich vollziehen zu dürfen. Das angerufene Oberlandesgericht verweigerte dem Verurteilten das Armenrecht⁴⁵¹⁾, da sein Antrag keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hatte⁴⁵²⁾. Die Ablehnung des Anstaltsleiters sei nicht rechtswidrig. Der Verurteilte dürfe aus Sicherheitsgründen zu keiner Zeit ohne Aufsicht bleiben. Ein geschlechtlicher Verkehr mit seiner Frau in Gegenwart einer Aufsichtsperson sei für alle Beteiligten unzumutbar. Aber auch in der Justizvollzugsanstalt könne dem Antragsteller aus Gründen der Sicherheit und Ordnung kein unbeaufsichtigtes Zusammensein ermöglicht werden. Das Eheleben von Partnern, von denen einer eine Freiheitsstrafe verbüße, unterliegt nach Ansicht des Gerichts zwangsläufig erheblichen Beschränkungen. Der Betroffene plante nach der Ablehnung seines Antrages Verfassungsbeschwerde.

450) Das Gleiche gilt auch für den Sozialurlaub

451) § 29 III EGGVG/§ 114 I ZPO

452) OLG Frankfurt, 3 VAS 5/73

3512

Das Haftverhalten

Die Eheschließung beeinflusste das Haftverhalten nicht unerheblich. Mitgefangene und Anstaltsbedienstete schilderten, daß Eheschließer nach ihrer Heirat wesentlich mehr Wert auf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild legten als zuvor. Toilettenartikel wurden nach der Eheschließung oder Kontaktaufnahme auch von Gefangenen gekauft, die vorher keinerlei Interessen an solchen Gegenständen hatten. Die Eheschließer legten großen Wert auf ihre Kleidung⁴⁵³⁾. Auch sonst gaben sich die Gefangenen Mühe, den besten Eindruck zu hinterlassen. In den Gesprächen versuchten sie, einen Dialekt durch eine hochdeutsche Ausdrucksweise zu ersetzen. Schwächen in der Rechtschreibung waren den Verurteilten peinlich. In Schreib- oder Deutschkursen wollte man sich verbessern. Darauf blieben die Bemühungen jedoch nicht beschränkt. Ca. 20 % nutzten nach der Eheschließung die Fortbildungsmöglichkeiten in den Anstalten mit unterschiedlichem Erfolg.

Die Heirat soll nach Angaben der Eheschließer beruhigend gewirkt haben. Die Gefangenen sprachen von Sicherheit, Bewußtseinserweiterung, Entkrampfung und Glücksgefühlen. Bei etwa 2/3 der Eheschließer änderte sich die Einstellung zum Vollzug positiv. Die Zahl der Hausstrafverfahren war bei fast allen Probanden nach der Heirat erheblich geringer.

453) Häufig verlangten sie bei den ersten Besuchen Zivilkleidung, was ausnahmslos abschlägig beschieden wurde.

Zornausbrüche und Gewalttätigkeiten wurden soweit wie möglich verbannt. Waren vor der Eheschließung einige Verurteilte nur unregelmäßig oder überhaupt nicht zur Arbeit bereit, gingen sie danach ihren Tätigkeiten sorgfältig und fleißig nach. Sie brauchten den Verdienst dringend, um die steigenden Kosten zu decken. Auch an anderen Dingen zeigte man sich nach der Eheschließung interessierter als zuvor. Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften informierten die Gefangenen über das öffentliche Geschehen ⁴⁵⁴⁾.

Aber häufig hat die Heirat auch negative Auswirkungen auf das Haftverhalten gehabt. Alle Befragten gaben an, daß der Drang nach Freiheit größer geworden sei ⁴⁵⁵⁾. Bei einigen hatte die durch die Eheschließung eingetretene Dynamisierung sogar Überempfindlichkeit und Aggressivität zur Folge. Am meisten machte den Verurteilten die Ungewißheit bezüglich des Verhaltens und der Situation ihrer Partner zu schaffen. Wenn beispielsweise erwartete Post nicht pünktlich eintraf, waren die Betroffenen darüber sehr beunruhigt. Fast immer stellte sich nachträglich heraus, daß nur technische Dinge ursächlich waren.

In einigen Fällen aber unterbrachen die Frauen bewußt die Verbindung. Das Anstaltspersonal wurde von den ungeduldigen, bisweilen sogar mit Selbstmord drohenden, Gefangenen aufgefordert, den Kontakt wieder herzustellen. Die Frauen reagierten auf die unternommenen Vermittlungsversuche in der Regel nicht. Bei ca. 10 %

454) Zu ca. 70 % wurden die Zeitungen und Zeitschriften von den Ehefrauen bezahlt.

455) Es wurden dennoch nicht mehr Fluchtversuche unternommen.

wurde bekannt, daß sie in der Zwischenzeit mit anderen Männern zusammenlebten und deshalb keine Zeit hatten, sich um ihre Ehegatten zu kümmern. Zwei Frauen gebaren nach der Eheschließung Kinder, deren Erzeuger die Gefangenen nicht sein konnten. Eine Partnerin berichtete, sie sei im Drogenrausch vergewaltigt worden, die andere gab ihren Fehltritt offen zu. Die Verurteilten mußten ihren Frauen verzeihen. Man kann sich unschwer vorstellen, wie negativ sich die Untreue auf die psychische Situation der Gefangenen und auf ihr Haftverhalten auswirkte. Die Reaktion der Mithäftlinge soll dabei nicht immer sehr kameradschaftlich gewesen sein.

Vorwiegend wurde die Unruhe jedoch hervorgerufen durch Schwierigkeiten und Sorgen der Frauen, an denen die Ehemänner intensiv teilnahmen. Finanzielle Not und ein schlechter Gesundheitszustand waren häufig Ursache der Probleme. Drei Eheschließer flüchteten in einer Belastungssituation. Sie wurden nach kurzer Zeit wieder verhaftet.

3513

Auswirkungen auf das Leben der Ehefrau

Durch die Eheschließung verursachte Veränderungen im Leben der Frau waren schwer erkennbar. Die Partnerinnen erhielten einen anderen Familiennamen⁴⁵⁶⁾ und kümmerten sich größtenteils sehr engagiert um einen Menschen, der nicht in der Lage war, die häusliche Gemeinschaft mit ihnen zu teilen.

456) Eine Ehefrau unterschrieb noch Tage nach der Heirat ihre Post mit dem früheren Namen. In einem anderen Fall entschied sich die Partnerin für einen Doppelnamen.

Für einige Frauen bedeutete aber die Eheschließung ein erster Schritt aus ihrer Einsamkeit. Briefe an die Anstaltsleitung, an Gnadenbehörden oder an das verurteilende Gericht zeugten jedoch davon, wie sehr sie unter der Freiheitsentziehung ihrer Männer leiden mußten. Dennoch war man hoffnungsvoll. Wenn nötig wurden die Kinder⁴⁵⁷⁾ der Gefangenen von den Ehefrauen versorgt.

Die Frauen waren stets bemüht, den Aufenthaltsort ihrer Männer zu verheimlichen. Für den Briefverkehr wurden deshalb neutrale Umschläge beantragt. Auch sollte aus diesem Grund der eindeutige Zensurstempel vermieden werden. Nach dem Aufenthalt des Mannes befragt, gaben die Ehefrauen gern an, der Gatte lebe in der DDR, oder er müsse sich einer längeren Krankenhausbehandlung unterziehen. Es war in einigen Fällen aber unumgänglich, daß die Umwelt erfuhr, wo sich der Ehemann befand. Mehrmals wurde den Frauen daraufhin die Wohnung gekündigt. In kleinen Ortschaften war die Heirat eines Gefangenen sensationell. Lebten die Frauen in Großstädten, so erfuhren meistens nur die Angehörigen oder allenfalls die engsten Nachbarn von der Eheschließung.

Zahlreiche Frauen erlitten materielle Nachteile. Einige verloren durch die Heirat ihrer Versorgungsbezüge, andere erbrachten im Rahmen ihres Einsatzes für den Gefangenen große Opfer. Zwei Frauen ließen zugunsten der Verurteilten Bekanntschaften fallen, die ihnen angeblich eine sorgenfreie Zukunft garantieren konnten. Einer

457) In einigen Fällen wurden sogar in Heimen untergebrachte Kinder im Haushalt aufgenommen.

Eheschließerin wurde die Arbeitsstelle gekündigt, weil sie einen Strafgefangenen geheiratet hatte.

Die Verwandtschaft war mit der Eheschließung oft nicht einverstanden. Den Frauen wurden schwere Vorwürfe gemacht und die Zukunftsprognose fiel sehr ungünstig aus. Eltern trennten sich aus diesen Gründen von ihren Töchtern. Häufiger noch mißbilligten erwachsene Söhne und Töchter die Entscheidung ihrer Mutter.

3514

Während der Freiheitsentziehung
gescheiterte Ehen

Drei Ehen scheiterten schon vor der Entlassung. Zweimal erfolgte eine Scheidung noch während der Freiheitsentziehung, einmal bestand die Ehe nur noch formell. Die Partner hatten sich in diesem Fall bereits getrennt und betrieben die Scheidung.

Die Scheidungsgründe waren verschiedener Art. Eine 10 Jahre ältere Frau, die schon vor Inhaftierung ihren späteren Ehemann kannte, ließ sich scheiden, weil sie in der Verhandlung Dinge erfahren mußte, die ihr bisher unbekannt waren. Der Prozeß erhellte, daß der Ehemann trotz gegenteiliger Beteuerungen auch noch während des Zusammenlebens mit dieser Frau Straftaten begangen hatte. Außerdem wirkte das Verhalten des Ehemannes im Gerichtssaal auf sie furchterregend. Obwohl die Anstalt Vermittlungsversuche unternahm, war die Frau nicht zum Einlenken bereit, zumal sie noch erfuhr, daß der Gefangene weiter mit seiner geschiedenen Frau korrespondierte.

Die zweite Scheidung erfolgte, weil eine Prostituierte zwei Jahre nach der Heirat einen anderen Mann kennenlernte. Eine hohe Reststrafe des Ehegatten dürfte hier u. a. ursächlich gewesen sein.

Auch die dritte Ehe scheiterte am Verhalten der Frau. Der Gefangene ließ sich scheiden, weil die Ehefrau in seinem Namen, aber ohne sein Wissen, umfangreiche Abzahlungsgeschäfte tätigte.

Die Verurteilten nahmen das Scheitern ihrer Ehen erstaunlich leicht. Umgehend wurden erfolgreich neue Kontakte gesucht. Die Gefangenen waren vor allem daran interessiert, daß ihnen durch Auflösung der Ehen kein finanzieller Nachteil entstand⁴⁵⁸⁾.

3515

Auswirkungen der Heirat auf die Entlassung

Von den verfolgten 60 Eheschließern befanden sich 14 bei Abschluß der Untersuchungen noch in der Anstalt. Zwei Gefangene waren entwichen. Dreimal scheiterte die Ehe bereits vor dem Strafende. In diesen Fällen kann die Heirat keinen Einfluß mehr auf die Entlassung gehabt haben. Von den restlichen 41 Gefangenen wurden 5 erst nach Verbüßung der vollen Strafe entlassen. Auch bei ihnen hat die Eheschließung das Ende der Freiheitsentziehung nicht beeinflusst. Bei 22 Strafgefangenen wurde die Freiheitsstrafe nach erfolgter 2/3-Verbüßung zur Bewährung ausgesetzt⁴⁵⁹⁾. In 90 % der Fälle begründeten die Gerichte ihre Beschlüsse mit der

458) Die Anstalt wurde beispielsweise mit Sicherstellung der Habe in der ehelichen Wohnung beauftragt.

459) § 26 I StGB aF/§ 57 I StGB nF

Eheschließung. Nur vereinzelt erfolgte eine vorzeitige Entlassung nicht unter diesem Gesichtspunkt. Dann waren gutes Haftverhalten und Arbeitsleistungen entscheidend. Bei 14 Sicherungsverwahrten wurde die Maßregel bedingt ausgesetzt⁴⁶⁰). Hier begründete man alle Beschlüsse mit der Eheschließung.

352

Nach der Entlassung

3521

Formen und Ausgestaltung der ehelichen Gemeinschaft.

Insgesamt wurden 41 Eheschließer entlassen, deren Ehe noch bestand. Sie begaben sich meist zu ihren Frauen und verwirklichten dort die häusliche Ehegemeinschaft. Zwei Sicherungsverwahrte allerdings suchten trotz entsprechender Auflagen ihre Ehefrauen nicht auf. Sie trafen sich sofort mit ihren Freundinnen.

Das Startkapital, welches die Eheschließer besaßen, war ausnahmslos gering. Die geringste Rücklage eines Gefangenen betrug DM 1,10. Der höchste Betrag belief sich auf DM 919,76. Durchschnittlich wurden die Gefangenen mit DM 294,33 entlassen. Waren die Frauen nicht finanziell abgesichert, kamen erhebliche Schwierigkeiten auf die Ehepaare zu. Obwohl die bedingte Entlassung oft vom Vorhandensein eines Arbeitsplatzes abhängig gemacht wurde, blieben einige ohne Beschäftigung. Ein arbeitsloser Eheschließer wandte sich daraufhin in einem verzweifelten Brief hilfesuchend an die Anstalt.

460) § 42 h StGB aF

Er wollte nach Schwalmstadt zurückkehren, um wieder bei der Firma zu arbeiten, die ihn während der Verwahrung beschäftigt hatten, und wo er für Vollzugsverhältnisse zu den Spitzenverdienern zählte. Eine notwendige Trennung von der Ehefrau nahm er für einen Arbeitsplatz in Kauf. Seine Partnerin sollte ihn alle 6 Wochen dort besuchen. Die Anstalt mußte unter Bedauern mitteilen, daß die erwähnte Firma Einstellungsstop angeordnet habe. Man gab aber den Rat, nicht zu verzweifeln und weiter zu suchen.

Diejenigen, die Arbeit gefunden hatten, konnten diesen Umstand nicht selten dem Einsatz der Ehefrauen verdanken. Sie waren oft bei der Arbeitssuche erfolgreicher als die Behörden.

Einige Paare brachten es zu einem erstaunlich hohen Lebensstandard. Das war oftmals die Folge eines glücklichen Zusammenspiels. Die Geschäftstüchtigkeit der Frauen und das handwerkliche Geschick der Ehemänner ergänzten sich besonders gut.

In vielen Fällen war die Reaktion der Umwelt nach der Entlassung unbekannt. Es wurde jedoch berichtet, daß bisweilen Nachbarschaft und Verwandte nach anfänglicher Distanz den Entlassenen akzeptierten und seine soziale Integration förderten. Das gilt besonders für ländliche Gebiete. In Großstädten lebte man meist anonym. Einige Paare zogen in Orte, wo die Eltern der Frauen lebten. Zu der Herkunftsfamilie eines Entlassenen beqab man sich in keinem der bekannt gewordenen Fälle.

3522

Nach der Entlassung gescheiterte Ehen

Was weiter aus den Entlassenen und ihren Ehen geworden ist, kann nur auf Grund einiger Fakten geschildert werden, die objektiv den Behörden zugänglich waren. Der persönliche Kontakt zur Anstalt brach trotz entgegenstehenden Beteuerungen in der Regel bald ab. Von einem Aufsuchen der Paare mußte aus den oben genannten Gründen abgesehen werden⁴⁶¹⁾.

9 Ehen waren nach der Entlassung bei Abschluß der Untersuchungen bereits wieder geschieden. Ein Eheschließer ließ sich scheiden, weil er nach seiner Entlassung feststellen mußte, daß sich seine Ehefrau schon während seines Freiheitsentzuges einem ehemaligen Mitgefangenen zugewandt hatte. Die Ehefrau eines Zuhälters, die ihren Partner durch ein Inserat kennenlernte, reichte die Scheidung ein, weil sie von ihrem Mann mißhandelt wurde. Nach der Trennung kümmerte sie sich um den ebenfalls einsitzenden Bruder ihres ehemaligen Mannes. Sie machte ihm eindeutige sexuelle Angebote. Zu einer Heirat kam es allerdings nicht.

Viermal war die erneute Straffälligkeit der Männer Scheidungsgrund⁴⁶²⁾. Einer von ihnen entwendete schon drei Tage nach Entlassung das Sparkassenbuch seiner Frau und schädigte sie erheblich. In zwei Fällen trennten sich die Frauen von ihren Ehemännern, weil sie gleich nach Entlassung mit wesentlich jüngeren Frauen ein Verhältnis begannen. Im übrigen wurden die Scheidungsgründe nicht bekannt.

461) Vgl. S. 83

462) Siehe S. 157 ff

Zwei Frauen verloren ihre Ehemänner durch deren Tod. Ein entlassener Sicherungsverwahrter lebte zwei Jahre glücklich mit seiner Frau, ehe er starb. Der andere Entlassene starb schon zwei Monate nach bedingter Aussetzung der Verwahrung, die nicht zuletzt im Hinblick auf seinen schlechten Gesundheitszustand erfolgt war.

25 Ehen bestanden noch. In drei Fällen lebten die Partner aber schon getrennt. Die häusliche Ehegemeinschaft wurde als nur noch von ca. 50 % der Eheschließer durchgeführt. Berücksichtigt man die meist geringe Zeitspanne, die zwischen Entlassung und Abschluß der Untersuchungen lag⁴⁶³⁾, so hinterläßt dieses Ergebnis einen negativen Eindruck. Selbst wenn man den Bestand von fünf nicht verfolgbaren Ehen unterstellt, ändert sich daran nichts.

3523

Neue Straffälligkeit und Einfluß der Ehe auf die Wiedereingliederung

Um festzustellen, in welchem Umfang die Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt die Wiedereingliederung der Delinquenten beeinflusst hat, wurden die Entlassenen auf erneute Straffälligkeit hin untersucht⁴⁶⁴⁾. Insbesondere ging es darum zu klären, ob die Prognosen der Gerichte⁴⁶⁵⁾ und der anderen Beteiligten sich erfüllten und ob deshalb eine extensive Handhabung des Eherechts im Vollzug überhaupt sinnvoll ist⁴⁶⁶⁾.

Bei den drei Probanden, deren Ehen bereits vor Entlassung gescheitert waren, kann die Heirat

463) Im Höchstfall waren es sechs Jahre.

464) Zur Methode, Vgl. S. 78 ff

465) Siehe S. 153 f

466) Siehe S. 70 und 75

keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wiedereingliederung gehabt haben. Sie bleiben daher unberücksichtigt.

21 Eheschließer waren bei Abschluß der Untersuchungen ⁴⁶⁷⁾ nicht wieder strafrechtlich in Erscheinung getreten. 20 Entlassene wurden erneut straffällig. Oft waren es einschlägige Delikte, die von Eheschließern begangen wurden. In drei Fällen handelte es sich aber ganz im Gegensatz zu den Vorstrafen um geringfügige Delinquenz. Verkehrsdelikte und ein Verstoß gegen das Fernmeldegesetz waren Gegenstand der Verurteilungen. Auch bei diesen Probanden wird man vorbehaltlich von einer gelungenen Wiedereingliederung sprechen können.

Mit einer Rückfallquote von unter 50 % scheinen die Eheschließer besonders gut abgeschnitten zu haben. Dabei blieben jedoch zwei wesentliche Gesichtspunkte unberücksichtigt. Es handelt sich hier meist um vielfach vorbestrafte Gewohnheitsverbrecher, denen man ihre letzte Chance gewährt. Ihr überwiegend straffreies Verhalten ist vermutlich nicht zuletzt auf die drohende Sicherungsverwahrung zurückzuführen. Weiterhin ist zu beachten, daß zwischen Entlassung und Abschluß der Untersuchungen in vielen Fällen nur eine geringe Zeitspanne liegt. Ein endgültiges Urteil über die Wiedereingliederung ist hier nicht möglich. Die Ergebnisse wurden deshalb mit einer Gruppe von Entlassenen verglichen, die den Eheschließern bezüglich der Straftat, des Strafmaßes und des Entlassungszeitpunktes entsprechen. Sogar 60 % der Vergleichsprobanden wurden nicht mehr mit Strafe belegt, obwohl sie nicht in der Justizvollzugsanstalt geheiratet haben. Die scheinbar günstige Quote bei den Eheschließern wird also noch übertroffen. Damit ist gezeigt,

467) 31. April 1974

daß sie nicht notwendig eine Folge der Eheschließungen ist.

Ebensowenig wie die gelungene Wiedereingliederung immer auf einer Heirat in der Justizvollzugsanstalt zurückzuführen ist, bringt umgekehrt eine funktionierende Ehe nicht zwangsläufig straffreies Verhalten mit sich. Bei ca. 50 % aller erneut Straffälligen war die im Vollzug geschlossene Ehe noch intakt. Einige Frauen erwiesen sich sogar trotz problemloser Ehe nicht nur als untaugliche Wiedereingliederungshilfe, sondern darüber hinaus als außergewöhnlich kriminogen. Sie stachelten die Ehemänner an, zur Befriedigung ihrer materiellen Wünsche Straftaten zu begehen. Auch übergroße geistige Dominanz⁴⁶⁸⁾ mag für erneute Delinquenz ursächlich gewesen sein⁴⁶⁹⁾.

Bei den anderen 50 % der erneut Straffälligen waren die Ehen entweder schon vor Begehung der Tat gescheitert, oder die Frauen trennten sich wegen des neuerlichen Delikts.

Obwohl ca. 90 % der geschiedenen Eheschließer unter den Rückfälligen zu finden waren⁴⁷⁰⁾, ging nicht mit jeder gescheiterten Ehe gleichzeitig neue Kriminalität einher.

Es bleibt daher festzuhalten: Zwischen Eheschließung und Wiedereingliederung besteht keine not-

468) siehe S. 125 f

469) Sieverts, S. 156

470) Zur Interdependenz Scheidung - Kriminalität
Vgl. Sieverts, S. 158

wendige Wechselwirkung⁴⁷¹⁾.

In einigen Fällen hat die Heirat aber vermutlich die entscheidende Rolle bei der gelungenen Wiedereingliederung gespielt. Zwei verschiedene Arten von Ehen schälten sich als besonders haltbar und rückfallshemmend heraus. Einige junge Rechtsbrecher, die ihre Partnerin schon vor der Freiheitsentziehung kannten, führten sich mehrere Jahre straffrei, wenn sie Vater geworden waren. Sie entwickelten ein ungewohntes Verantwortungsbewußtsein und kümmerten sich intensiv um das Schicksal ihrer Familien.

Daneben gab es eine Gruppe älterer Sicherungsverwahrter, die trotz ungünstiger Prognose nach der Eheschließung nicht mehr strafrechtlich in Erscheinung traten. Voraussetzung allerdings war, daß sie eine realitätsbezogene Frau gefunden hatten, die Vermögen besaß.

471) Daß der Einfluß einer Ehe nicht stets kriminologisch günstig ist, sondern daß es auf die individuellen Eigenschaften des Partners ankommt, hat für die Eheschließung in Freiheit schon Exner (S.245) vertreten. Das gilt auch für die im Vollzug geschlossenen Ehen. Ein schlechter Einfluß der Ehefrau wird hauptsächlich bei Rückfallstätern vorhanden sein, (Stumpfel, S.245) deren Ehefrauen selbst zu 45 % kriminell sein sollen. Diesen Gedanken wird man allerdings nur beschränkt auf die Heirat im Vollzug übertragen dürfen, da die Frauen oft anderen Schichten angehören. Zahlreiche Paare hätten sich deshalb in Freiheit niemals kennengelernt.

4 Wertungen und zusammenfassende Ergebnisse

41 Die Eheschließung der Gefangenen im Rahmen
der Vollzugsreform

Die Untersuchungen haben gezeigt, daß die Eheschließung in der Justizvollzugsanstalt, wie sie zur Zeit praktiziert wird, in fast allen Belangen einem modernen Strafvollzug widerspricht. Die vollzugsrechtlich unbeschränkt zugelassene Eheschließung dient nur scheinbar dem Wohle der Betroffenen. Sie geht von einer Mündigkeit aus, zu der die Verurteilten erst geführt werden sollen. Der angerichtete Schaden ist oft sehr groß. Der vermutete Verdacht ist bestätigt worden⁴⁷²⁾. Fehleinschätzung der Lage und bewußte Mißbrauchsfälle nehmen einen breiten Raum ein⁴⁷³⁾. Die Tätigkeit der Verantwortlichen bleibt größtenteils darauf beschränkt, die rechtsstaatliche Position des Gefangenen unter allen Umständen zu wahren⁴⁷⁴⁾. Der sozialisierende Behandlungsvollzug verlangt aber mehr. Eine differenziertere Betrachtungsweise in Sachen Eheschließung ist geboten.

42 Kontrolle und Einflußnahme bei der Kontaktsuche
421 Zweckmäßigkeit der Maßnahmen

Nur wenige Ehen sind förderungswürdig. Denkt man an Handel mit Adressen und an die Täuschungen, so zeigt sich, daß die Anstalten schon bei Kontaktaufnahme ihre Funktionen nicht voll erfüllen konnten.

472) Siehe Einleitung S. 76/77

473) Vgl. S. 77 und 159

474) Die Pflicht, antisozialisierende Einflüsse während der Freiheitsentziehung zu vermeiden, ergibt sich aus Art. 20 GG

Zur Verhinderung solcher Vorkommnisse ist eine umfangreiche Zensur der Post geeignet. Aufschlußreiche Informationen könnten den Handel mit Adressen verhindern und damit die anstaltliche Ordnung wiederherstellen. Täuschungsversuche würden früh erkannt. Die Anstalten sollten nach einheitlichen Grundsätzen⁴⁷⁵⁾ die Getäuschten aufklären und die Gefangenen zum Unterlassen bewegen.

422

Rechtliche Zulässigkeit des Eingriffs

Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen steht außer Zweifel. Zu prüfen bleibt, ob solche Eingriffe im Hinblick auf die oben geschilderte Rechtsstellung des Gefangenen zulässig sind. Eine solche Zensur tangiert das verfassungsrechtlich geschützte Briefgeheimnis (Art. 10 GG) und das Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG). Für Vorschriften, die diese Rechte wirksam beschränken sollen, ist Gesetzesqualität zu verlangen⁴⁷⁶⁾.

Die Entwürfe des Vollzugsgesetzes haben eine Überwachungsmöglichkeit und damit eine Einschränkung von Art. 10 und 5 GG vorgesehen⁴⁷⁷⁾. Allerdings gilt diese Schranke nur, wenn Gründe der Behandlung oder Sicherheit und Ordnung es erfordern⁴⁷⁸⁾. Das Anhalten von Post ist ebenfalls gesetzlich normiert⁴⁷⁹⁾. Alle Maßnahmen

475) Vgl. zur unterschiedlichen Verwaltungspraxis, S. 100 ff

476) Vgl. S. 41 ff

477) §§ 28 ff RegE/§§ 114 AE

478) Vgl. § 28 II RegE. Der AE knüpft an § 119 II StPO an.

479) § 30 RegE/§ 115 AE. Während der RegE das Anhalten wie bei der Überwachung auch aus Behandlungsgründen zuläßt, haben die Verfasser des AE für diesen Fall auf ein Anhalten verzichtet. Nach ihrer Ansicht ist einer Behandlungsgefährdung nur zu begegnen, wenn man solche Briefe weiterleitet.

müssen aber verhältnismäßig sein⁴⁸⁰⁾.

Die oben zur Verhinderung von Täuschungen und Handel vorgeschlagene Zensur ist deshalb nur dann zulässig, wenn sie im konkreten Einzelfall für Sicherheit und Ordnung der Anstalt oder für eine beabsichtigte Behandlung das angemessene Mittel ist⁴⁸¹⁾. Dem Anstaltspersonal wird hier die notwendige Ermessensentscheidung überlassen, die in gewissem Umfang gerichtlich überprüfbar sein muß⁴⁸²⁾.

43 Die Möglichkeit des Eheverbotes im Vollzug
431 Fragestellung

Wenn die Kontrollen und anderen einschneidenden Maßnahmen bei der Kontaktaufnahme die erörterten Mißstände nicht verhindern können, so stellt sich die Frage nach einem Eheverbot. Es handelt sich dabei wiederum um eine Grundrechtsbeschränkung, die nur durch ein formelles Parlamentsgesetz erfolgen darf⁴⁸³⁾.

Das Strafvollzugsgesetz sieht eine Beschränkungsmöglichkeit nicht vor. Der Gesetzgeber geht offenbar wie die herrschende Vollzugspraxis von einem unbeschränkbaren Eheverbot der Gefangenen aus⁴⁸⁴⁾. Die Untersuchungen haben aber gezeigt, daß nicht alle Eheschließungen die erwartete Wiedereingliederungshilfe gewesen sind⁴⁸⁵⁾. Einige Gefangene benutzten nicht nur die Kontaktaufnahme zu Täuschungen und Handel, sie heirateten sogar, um neue Straftaten vorzubereiten. Bei anderen wurde durch die Person

480) § 71 II RegE/§ 120 AE

481) Vgl. Leisner DVBl 60, 625; v.Hentig, S. 266

482) Siehe S. 46 ff

483) Vgl. S. 41 ff; BVerfGE 33, 1

484) Vgl. S. 68 ff

485) Siehe S. 157

der Partnerin die Behandlung gefährdet. Der Gesetzgeber sollte für diese Fälle eine Eingriffsmöglichkeit schaffen.

432

Absolutes Eheverbot als Verfassungsverstoß

Berücksichtigt man die allgemeine Verpflichtung des Staates, den Bürger vor Straftaten zu bewahren und seine Rechtsbrecher von sozialisierungsfeindlichen Einflüssen freizuhalten, scheint ein absolutes Eheverbot im Vollzug das entsprechende Gegenmittel zu sein. Einer solchen generalisierenden Norm steht jedoch entgegen, daß auch den Verurteilten, deren Ehen nicht neue Straftaten vorbereiten oder desozialisierend wirken, die Möglichkeit zur Heirat genommen wird. Da es sich bei den hier zu verhindernden Fällen nur um ca. 8 % aller Eheschließungen handelt⁴⁸⁶⁾, wäre ein absolutes Eheverbot unverhältnismäßig und damit verfassungswidrig⁴⁸⁷⁾.

433

Eheverbot aus Gründen der Sicherung und Ordnung

Es stellt sich damit die Frage, ob nicht eine Bestimmung innerhalb des Vollzugsgesetzes für bestimmte Einzelfälle ein Eheverbot verfassungsmäßig normieren kann. Zu denken wäre an ein Eheverbot aus Gründen der anstattlichen Sicherheit und Ordnung. Es erscheint aber problematisch, wie die Eheschließung die Sicherheit und

486) Die desozialisierende Wirkung konnte man in einigen Fällen nur vermuten. Bei den 8 % geht es um Eheschließungen, bei denen man genau nachweisen konnte, daß sie zur Begehung einer Straftat vorgenommen wurden oder daß sie die Behandlung des Verurteilten in Frage stellten.

487) Zur Verhältnismäßigkeit bei Grundrechtsbegriffen BVerfGE 17, 108 (117); Hesse, S.133

Ordnung einer Justizvollzugsanstalt gefährden soll. Werden durch den Trauungsakt oder dessen Vorbereitungen nicht Ausbruchsversuche oder Meutereien verursacht, so ist die Sicherheit der Anstalt nicht berührt. Auch beeinträchtigt die Heirat nicht die anstaltliche Ordnung, denn das Funktionieren des Anstaltslebens wird durch die Sonderwünsche des Gefangenen nur unerheblich gestört. Im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht gegebenen Richtlinien für die Grundrechtsbeschränkungen im Vollzug⁴⁸⁸⁾ wäre ein Eheverbot aus Gründen der Sicherheit und Ordnung verfassungswidrig.

434

Eheverbot zur Sicherung und Behandlung

Soll die Sicherungs- und Resozialisierungsfunktion des Vollzuges allerdings gewahrt bleiben, muß die Möglichkeit eines Eheverbotes bestehen, wenn neue Straftaten vorbereitet werden oder das Behandlungsziel durch eine Heirat ernsthaft gefährdet erscheint.

Bei Sicherung der Allgemeinheit vor neuen Straftaten eines Verurteilten bestehen für gesetzlich manifestierte Grundrechtsbeschränkung keinerlei Zweifel⁴⁸⁹⁾. Der "Gefahren abwendende Rechtsbewahrstaat"⁴⁹⁰⁾ ist verpflichtet, sich für die Zeit der Freiheitsentziehung in gesteigertem Maße um die Absicherung des Rechtsbrechers zu kümmern⁴⁹¹⁾. Ein Eheverbot aus Sicherheitsgründen wäre also zulässig.

488) Siehe S. 44 f

489) Zumal die schutzwürdigen Rechte Dritter gefährdet sind.

490) Maunz-Dürig, Art. 2 I GG Rdnr. 87

491) Vgl. Meyer MDR 64, 724; Baumann DRiZ 59, 380

Für die beabsichtigte Wiedereingliederung eines Verurteilten kann die Eheschließung mit einer bestimmten Person schädlich sein. Im wirklich leistenden Vollzug sind verhältnismäßige und sachliche Grundrechtsbeschränkungen seiner sozialisierenden Wirkung gemäß und daher zulässig⁴⁹²⁾. Neben dem Interesse der Allgemeinheit sind so auch die Belange des Betroffenen gewahrt. Durch einen vorübergehenden Eingriff wird dem Verurteilten auf längere Sicht zur endgültigen Freiheit von staatlicher Bevormundung verholfen. Ein Eheverbot aus Wiedereingliederungsgründen verstößt deshalb nicht gegen das Grundgesetz. Über die Geeignetheit der Maßnahme muß allerdings sorgfältig entschieden werden, im Zweifelsfalle zugunsten des Betroffenen. Die Beweislast der Sozialschädlichkeit einer Ehe hat der Staat zu tragen. Eingehende Erkundigungen über die Frau sind Voraussetzung⁴⁹³⁾. Es müssen ihre intellektuellen Fähigkeiten, der Beruf, die materiellen Verhältnisse, insbesondere aber die charakterlichen Eigenschaften und eventuelle Kriminalität berücksichtigt werden.

Ein abschließendes Bild einer sozialisierungsfeindlichen Partnerin kann auf Grund der Untersuchungen nicht gegeben werden. Auch das Behandlungspersonal darf sich nicht auf einen bestimmten Typus festlegen, um vorurteilsfrei entscheiden zu können. Bei vorbestraften Frauen ist allerdings gesteigerte Vorsicht geboten.

492) Vgl. auch Schüler-Springorum, S. 258 ff

493) zu solchen Maßnahmen im Hinblick auf Eheförderung, siehe bei Fußn. 500

Auch hier kommt den Anstaltsbediensteten die wichtigste Funktion zu, obwohl Eheverbote ohne Zweifel justiziabel sind. Um dem Problem der Überforderung zu entgehen, bedarf es auch in dieser Angelegenheit einer demokratisch geleiteten, auf arbeitsteiliges und planmäßiges Zusammenwirken bedachten Sozialisationsmannschaft⁴⁹⁴⁾.

435

Eheverbot bei "Zweck-Heiraten"

Wie die Erhebungen gezeigt haben⁴⁹⁵⁾, benutzen zahlreiche Verurteilte eine Eheschließung nur, um irgendwelche Vergünstigungen, insbesondere die vorzeitige Entlassung zu erreichen. Rücksichtslos werden eigene Interessen verfolgt, die Frauen ausgebeutet und zum bloßen Objekt herabgewürdigt. Es fragt sich, ob in diesen Mißbrauchsfällen ein Eheverbot verfassungsmäßig ist.

Das mißbrauchte subjektive Recht gefährdet offensichtlich eine Verfassungsinstitution. Berücksichtigt man, daß nach allgemeiner Ansicht das Recht auf Heirat durch die Instituts-garantie der Ehe in Art. 6 I GG begrenzt wird und daß der Anspruch des Einzelnen dort haltmacht, wo er die Institution als solche aushöhlt⁴⁹⁶⁾, so scheint auch hier ein Eheverbot das angemessene Mittel zu sein.

Durch einzelne Mißbrauchsfälle wird die verfassungsrechtlich geschützte Ehe in ihrem elementaren Gehalt aber nicht tangiert. Auch

494) Mauch, MSchrKrim. 64, 118

495) Vgl. S. 129

496) Maunz-Dürig, Art. 6 I GG, Rdnr. 1

in Freiheit schließt man Ehen, um verwerfliche oder vordergründige Zwecke zu erreichen. Der Staat kann nicht dagegen einschreiten. Seine soziale Verpflichtung dem Bürger gegenüber darf nicht zur Bevormundung werden. Es ist nicht Aufgabe der hoheitlichen Gewalt, den Einzelnen zu einem vermeintlichen Glück zu zwingen oder ihn vor offensichtlich falschen Entscheidungen innerhalb seiner Privatsphäre zu schützen. An diesem Grundsatz ändert auch die Freiheitsentziehung nichts. Vordergründige Zweck-Ehen berühren die Belange des Vollzuges nicht.

Die Interessen der Frauen sind verletzt. Jedoch fordert dieser Gesichtspunkt keine andere Betrachtungsweise. Die Partnerinnen haben sich freiwillig zur Heirat entschlossen. Im Gegensatz zum Verurteilten stehen sie auch nicht in einem engen Kontaktverhältnis zum Staat, das eine gesteigerte Fürsorge verlangt⁴⁹⁷⁾.

Ein Eheverbot in diesen Fällen wäre verfassungswidrig und scheidet demnach aus.

44

Förderung des Ehevorhabens und des Ehevollzuges bei besonderer Eignung der Partner

Wenn an der Ernsthaftigkeit des Ehevorhabens und an der besonderen Eignung der Partner keine Zweifel bestehen, so ist der Staat auf Grund der sozialisierenden Behandlungsfunktion des Vollzuges sogar verpflichtet, das Ehevorhaben besonders zu fördern. Der sachliche Anknüpfungspunkt für eine differenzierte Behandlung gegen-

497) Was anderes gilt, wenn die Sicherungsfunktion des Vollzuges verletzt wird.
Siehe S. 165

über anderen Gefangenen ist dann gegeben, wenn die Eigenschaften der Beteiligten und Einzelfallumstände besonders günstig sind⁴⁹⁸⁾ 499). Über die Förderungswürdigkeit darf nicht ein einzelner Sozialarbeiter nach Belieben entscheiden. Verantwortlich sollte eine Kommission sein, die sich aus geschultem Fachpersonal zusammensetzt⁵⁰⁰⁾.

Aber nicht nur die Eheschließung als solche ist dann zu unterstützen. Man muß dann auch dafür sorgen, daß die Ehe in geschlechtlicher Hinsicht innerhalb der Anstalt vollzogen werden kann. Aus der erteilten Heiratsgenehmigung ergibt sich ein solcher Anspruch des Gefangenen nicht⁵⁰¹⁾. Allein aus der Sozialisierungsfunktion ist herzuleiten, daß der Staat Gelegenheiten schaffen muß, wenn sexuelle Kontakte als taugliches Wiedereingliederungsmittel festgestellt sind⁵⁰²⁾ 503).

-
- 498) Hier müßte der Person der Ehefrau größere Bedeutung beigemessen werden als bisher. Genaue Erkundigungen über Vorleben und Eigenschaften können dabei hilfreich sein.
- 499) Zu beachten ist, daß mit der Hervorhebung zweier besonders erfolgreicher Gruppen (S. 160) kein Anspruch auf absolute Gültigkeit oder Ausschließlichkeit verbunden ist. Es wird lediglich eine Auffälligkeit dieser Erhebung angezeigt, die u.a. eine gewisse Tendenz kennzeichnet. Ausschlaggebend werden immer die konkreten Umstände sein, so daß eine Klassifizierung unmöglich ist.
- 500) Psychiater, Psychologe, Anstaltsleiter oder Stellvertreter, betreuender Sozialarbeiter, Anstaltsgeistlicher z. B.
- 501) Siehe S. 147 OLG Frankfurt 3 VAS 5/73
- 502) Das gilt auch für Ehepaare, die schon vor Beginn der Freiheitsentziehung getraut waren.
- 503) Man sollte bei solchen Besuchen darauf Wert legen, daß sie nicht in zu großen Abständen erfolgen. Der Gewöhnungsprozeß würde andernfalls einen erheblichen Teil der Zeit beanspruchen. Auch könnte so die Gefahr psych. Probleme (Vgl. S. 121) verringert werden. Bei entsprechenden Möglichkeiten erschiene ein 14tägiger Turnus angebracht.

45 Ausgestaltungsmöglichkeiten für die Trauung
451 Vermeidung von Haftschäden

Beim Ablauf der Trauungen waren die unangebrachten Kleinlichkeiten der überforderten Beamten und die große Mittellosigkeit der Betroffenen besonders störend. Bei der Durchführung solcher Zeremonien ist darauf zu achten, daß antisozialisierende Wirkungen unterbleiben müssen. Wer einwendet, ein schlechter Trauungsakt und eine mißlungene Hochzeitsfeier könnten so schädlich nicht sein, der unterschätzt, welche große Bedeutung die Gefangenen dieser Angelegenheit beimessen⁵⁰⁴⁾.

Um Haftschäden zu vermeiden, ist zunächst erforderlich, geeignetes Personal für die Hochzeitsfeier zu finden. Auch Räumlichkeiten und äußere Ausgestaltung sollten sich von normalen Besuchen abheben. Art. 3 I GG und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt bleiben dabei die zu wahrenen Grenzen.

452 Trauungszeremonien im Hinblick auf einen
 leistenden Behandlungsvollzug

Aber nicht nur den Gefangenen vor Schäden zu bewahren, ist Aufgabe des Vollzuges, sondern der Staat muß darüber hinaus positiv sozialisierend auf den Gefangenen einwirken. Beide Bestrebungen lassen sich in der Praxis nicht immer streng voneinander trennen. Bei der tätigen Behandlung geht es im Gegensatz zum rein rechtsstaatlich orientierten Aspekt der Vermeidung von Haftschäden um den eigentlichen Kern

504) Vgl. zur Überbetonung der Formalien durch die Verurteilten und zu deren Empfindsamkeit S. 105 und S. 108

der Spezialprävention. Die Sozialisation als Vollzugsinhalt schlechthin steht im Vordergrund⁵⁰⁵⁾.

Berücksichtigt man dieses Postulat bei der Ausgestaltung der Trauungen, so ist mehr zu unternehmen als das routinemäßige Zurverfügungstellen eines Raumes. Fehlerhaft wäre daraus zu schließen, die Anstalt sei zum Arrangement einer prunkvollen Hochzeitsfeier verpflichtet. Es sind die vielen Interesse und Achtung ausdrückenden Kleinigkeiten, die dem Gefangenen helfen. Echte Anteilnahme der Anstalt, die sich in Gesprächen und Gesten ausdrücken kann, ist hier mehr Wert als ein mit Blumen großzügig ausgestatteter Raum.

Wenn es sich um völlig mittellose Partner handelt, so sollte die Anstalt hier unterstützend eingreifen, damit auch bei deren Hochzeitsfeier ein gewisses Maß an Annehmlichkeiten garantiert bleibt. Es bietet sich an, den Gefangenen schon frühzeitig zu einer zweckgebundenen Rücklage zu bewegen. Ist dies aus gewissen Gründen nicht durchführbar, so besteht noch die Möglichkeit, den erforderlichen Betrag vorzuschießen und später vom Arbeitslohn abzuziehen.

Briefe der Dankbarkeit, entsprechendes Haftverhalten und eine positive Einstellung zur eigenen Behandlung, wie sie auch vom neuen Vollzugsgesetz angestrebt wird⁵⁰⁶⁾, zeugen in wenigen Fällen von den Erfolgen, die eine überdurchschnittliche Sorge um die Belange des Eheschließers erreichen kann.

505) Schüler-Springorum, S. 210

506) § 71 I RegE/§ 119 I AE

- 46 Beratende Funktion des Personals und
 anderer Beteiligter
- 461 Während der Freiheitsentziehung

Für eine sinnvolle Behandlung in der Justizvollzugsanstalt ist die beratende Tätigkeit unmittelbar Beteiligter unerläßliche Voraussetzung. Während des Vollzuges muß das Behandlungspersonal den Verurteilten ständig beeinflussen. Es geht hier nicht um gerichtlich überprüfbare Eingriffsverfügungen, die den Gefangenen in seinen Rechten berühren, sondern um positive Tätigkeiten im Rahmen der Leistungsverwaltung.

Man muß versuchen, die Partner bei der Verwirklichung ihrer Ziele durch Ratschläge zu unterstützen, ohne ihnen jedoch die eigenverantwortliche Entscheidung abzunehmen. Auch sollten die Betroffenen gegebenenfalls von der Unsinnigkeit eines Vorhabens überzeugt werden.

Es handelt sich hier um eine Forderung, deren Unterstützung Gefangene und Anstaltspersonal in seltener Einmütigkeit erstreben. Leider ist das in der Praxis nur selten möglich. Die Verurteilten führen es auf mangelndes Interesse der Anstalten und der Aufsichtsbehörde zurück. Diese verweisen auf fehlendes Geld und Personalmangel⁵⁰⁷⁾.

Die Ursachen im einzelnen zu suchen, dürfte fruchtlos sein. Im Vordergrund steht die Überbrückung der verhängnisvollen Diskrepanz zwischen Vollzugspraxis und Theorie zugunsten eines sozialstaatlich orientierten Behandlungsvollzuges. Das entspricht der grundgesetzlich

507) Für einen Sozialarbeiter 100 Gefangene; Sicherungsverwahranstalt ohne Psychologe etc.

normierten Fürsorgepflicht⁵⁰⁸⁾, mit der ein subjektives Recht des Gefangenen unmittelbar korreliert.

Fraglich bleibt, wie der Verurteilte dieses Recht gerichtlich durchsetzen kann⁵⁰⁹⁾. Bei unmittelbar auf das Sozialstaatsprinzip gestützten Geldansprüchen ist eine Geltendmachung unproblematisch, da das Begehren leicht festzustellen ist⁵¹⁰⁾. Um die Leistungsansprüche des Gefangenen klagbar zu machen, bedarf es also einer gewissen Konkretisierung des sozialisierenden Vollzuges. Parlament und ausführende Gewalt müssen durch differenzierte Gesetze und eine überschaubare Verwaltungspraxis zur inhaltlichen Ausgestaltung beitragen.

462

Nach der Entlassung

Wenn der Verurteilte die Freiheit erlangt hat, entfällt die gesteigerte Pflicht der Anstalt, sich um seine Person und die Ehe zu kümmern. Die Rolle übernimmt u. U. ein Bewährungshelfer. Die Anstalten sollten aber unter dem Gesichtspunkt einer noch nicht abgeschlossenen Sozialisation dem ratsuchenden Entlassenen weiter hilfreich zur Seite stehen. Wendet sich ein ehemaliger Insasse mit Schwierigkeiten an die Anstalt, so sollten rein rechtsstaatliche Überlegungen und die Kostenfragen keine entscheidende Rolle spielen⁵¹¹⁾.

508) Siehe S.1 - Einleitung
Als Ausfluß von Art. 20 GG

509) Siehe S. 46 ff

510) BVerwGE 18, 352

511) So suchte beispielsweise ein ehemaliger Sicherungsverwahrter Zuflucht in der Anstalt, nachdem seine Frau sich von ihm in Streit getrennt hatte. Die Aufsichtsbehörde untersagte u. a. aus Kostenerwägungen die begehrte Aufnahme. Der Abgewiesene beging wenige Tage später ein Tötungsdelikt. Lebenslängliche Strafe schien sein Ziel.

Aber nicht nur Anstalt und Bewährungshelfer haben die Aufgabe nach Entlassung für den Eheschließer da zu sein. Staatliche Hilfe allein reicht oft nicht aus. Die gesamte Umwelt sollte die Unterstützung bieten, die jene Ehepaare brauchen, die in der Justizvollzugsanstalt geheiratet haben. Die Wirklichkeit ist von diesen Vorstellungen leider weit entfernt.

Lebenslauf

Am 31 August 1948 wurde ich in Kassel geboren. Nach Besuch der Volksschule und des Gymnasiums legte ich am 19. 4. 1967 dort die Reifeprüfung ab.

Im Wintersemester 1967/1968 nahm ich an der Philipps-Universität Marburg das Studium der Rechtswissenschaften auf. Die erste juristische Staatsprüfung bestand ich am 1. 2. 1973 vor dem Justizprüfungsamt Frankfurt (Main).

Von August 1973 bis März 1974 arbeitete ich als wissenschaftlicher Bediensteter am Institut für Strafprozeßrecht der Philipps-Universität für Professor Dr. K. A. Hall† und Prof. Dr. E. Hupe. Seit April 1974 bin ich in der gleichen Position bei Prof. Dr. R. v. Hippel beschäftigt.

